



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Möglichkeiten und Grenzen Solidarischer Ökonomie
als Entwicklungsmodell in Argentinien

Verfasserin

Cornelia Redl

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Johannes Jäger

DANKSAGUNG

Aufrichtig bedanken möchte ich mich in erster Linie bei meinem Betreuer Dr. Johannes Jäger, der mich von der Idee über das Konzept und bis zur Fertigstellung meiner Diplomarbeit begleitet hat. Darüber hinaus danke ich allen Lehrenden der Internationalen Entwicklung für ihr Engagement, darunter insbesondere Univ. Prof. Dr. Walter Schicho für die inspirierenden Diskussionen im Rahmen des DiplomandInnenseminars.

Zudem gilt mein besonderer Dank MMag. Teresa Fauser, die die Arbeit sehr gewissenhaft Korrektur gelesen hat.

Danke an alle meine FreundInnen, KollegInnen und MitbewohnerInnen für die Möglichkeiten des Austauschs und die aufbauenden Gespräche.

Ein großes Dankeschön geht auch an meine Familie, die mich während meines gesamten Studiums auf vielfältige Art und Weise unterstützt hat und mir immer zur Seite gestanden ist.

INHALTSVERZEICHNIS

1. EINLEITUNG UND FORSCHUNGSGEGENSTAND	1
1.1. Theorien der Entwicklungsökonomie	1
1.2. Alternative Wirtschaftsmodelle und die kapitalistische Marktwirtschaft.....	4
2. METHODE: Wirklichkeit strukturieren und interpretieren!	8
3. SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND PARTICIPATORY ECONOMICS	10
3.1. Solidarische Ökonomie.....	10
3.1.1. Organisation und Formen Solidarischer Ökonomie	13
3.1.2. Solidarische Ökonomie unter Bedingungen des globalisierten Kapitalismus	15
3.1.3. Solidarische Ökonomie und die kapitalistische Marktwirtschaft	17
3.1.4. Fazit	26
3.2. Participatory Economics	27
3.2.1. Parecon und traditionelle Wirtschaftssysteme	28
3.2.2. Die Werte einer partizipativen Wirtschaft	29
3.2.3. Organisationsstruktur: Produktion, Konsum und Allokation	34
3.2.4. Kritik und Bewertung	37
4. ARGENTINIEN: HISTORISCHE KONTEXTUALISIERUNG UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG	41
4.1. Koloniale Entwicklungsweise (1535-1810).....	41
4.2. Außenorientierte Entwicklung (1810-1929).....	45
4.3. Nationalstaatszentrierte Entwicklung (1929-1989)	51
4.3.1. Industrialisierung und Peronismus.....	51
4.3.2. Zwischen Diktatur und Demokratie: Die nach-peronistische Ära.....	54
4.4. (Neo-) Liberale Entwicklungsweise (1990-2002)	57
4.4.1. <i>Menemismo</i> : Die ökonomische Weichenstellung der 1990er Jahre	58
4.4.2. Die Globalisierungskrise 2001/02 und ihre sozialen Folgen	60
4.4.3. Die Abkehr vom Neoliberalismus: Entdollarisierung	64

5. SOZIALE BEWEGUNGEN UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN SOLIDARISCHER ÖKONOMIE IN ARGENTINIEN	69
5.1. Soziale Bewegungen	69
5.2. Politische Artikulation der arbeitslosen <i>Piqueteros</i>	72
5.3. Orte der Entstehung Solidarischer Ökonomie: Stadtteilversammlungen und Betriebe	74
5.4. FALLBEISPIEL: Die solidarökonomischen Erfahrungen der Tauschnetzwerke in Argentinien.....	77
5.4.1. <i>El Trueque Argentino</i> : Entstehungsgeschichte	77
5.4.2. Selbstverständnis und Funktionsweise des <i>Trueque Argentino</i>	80
5.4.3. Zusammenbruch des <i>Trueque</i> -Systems.....	80
6. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN SOLIDARISCHER ÖKONOMIE ALS ENTWICKLUNGSMODELL	82
7. QUELLENNACHWEIS	86
Literatur.....	86
Internet	92
ANHÄNGE	
Zusammenfassung.....	94
Summary	95
Lebenslauf	96

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Beispielhafte Zusammenstellung der Formen solidarökonomischer Selbstorganisation	11
Abbildung 2: Globalisierungskritische Forderungen solidarökonomischer Ansätze	12
Abbildung 3: Stand der städtischen Armuts- und Bedürftigkeitsrate betreffend Haushalte und Personen in Regionen unterschieden.	62
Abbildung 4: Armutsrate auf nationaler und städtischer Ebene im Vergleich	62
Abbildung 5: Prozentsatz der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerungsgruppen in Gran Buenos Aires zwischen 1965-2005	63
Abbildung 6: Größenentwicklung des <i>Trueque</i> -Phänomens in Argentinien; 1995- 2002	79

1. EINLEITUNG UND FORSCHUNGSGEGENSTAND

Die vorliegende Analyse hat zum Ziel Solidarische Ökonomie auf ihre Potenziale als gesellschaftsveränderndes Entwicklungsmodell zu untersuchen. Im folgenden Kapitel (1.1.) soll der Forschungsgegenstand in die Disziplin der Entwicklungsökonomie eingebettet werden, worauf es unter 2. zu einem methodischen Überblick kommt. Der 3. Abschnitt widmet sich voll und ganz der Theorie der Solidarischen Ökonomie (3.1.), wobei das Konzept der Participatory Economics (3.2.) eine intensivere Betrachtung erfährt. Nachdem unter 4. der historisch-geographische Kontext Argentinien unter Berücksichtigung der sozialen Bewegungen vorgestellt wird, rückt die Praxis der Solidarischen Ökonomie in Argentinien (5.) in den Vordergrund. Die solidarökonomischen Erfahrungen der Tauschkreis-Bewegungen werden in Form eines Fallbeispiel näher behandelt. Abschließend werden die zentralen Fragestellungen erneut aufgegriffen und diskutiert (6.).

1.1. Theorien der Entwicklungsökonomie

In der vorliegenden Arbeit wird davon ausgegangen, dass die Produktion von Wirklichkeit ein Prozess ist, der von einer Dialektik von Theorie und Praxis getragen wird (vgl. Jäger/Novy 2003:91). Die Bildung und Verbreitung von Theorien stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zu realen Entwicklungsprozessen. Wirtschaftstheorien sind eine Art Spiegelbild der historischen Umstände und auch der Gesellschafts- und Machtverhältnisse, unter denen sie entstehen. Als ursächlich für die Entstehung von Theorien der Entwicklungsökonomie kann ein gewisser (materieller) ‚Wohlstandsdurst‘, auf dem Machtverhältnisse basieren, betrachtet werden. Die Entwicklungstheorien erheben den Anspruch, die Ursache von Wohlstand und Armut zu ergründen sowie jene Faktoren aufzuzeigen, die den tatsächlichen Entwicklungsprozess eines Landes, einer Region, einer historischen Phase oder einer Gesellschaft bestimmen. Obwohl die Entwicklungsökonomie als eigenständiges Forschungsgebiet erst nach dem Zweiten Weltkrieg hervorging, hatte sie bereits lange zuvor ein wichtiges Anliegen für die Sozialwissenschaften dargestellt (vgl. Szentes 2005:146). Im frühkapitalistischen Zeitalter, zur Geburtsstunde der wirtschaftlichen Theorie, erklärten die Merkantilisten, dass der Reichtum eines Staates anhand einer Erhöhung der inländischen Geldmenge bzw. der Gold- und Silberreserven zu messen sei. Mittels protektionistischer

Maßnahmen sollte der Abfluss dieser Reserven verhindert und die Staatsmacht garantiert werden (vgl. Telematik 2001-2004).

Veränderte historische Umstände, wie etwa der Industrialisierungsprozess, bedingen immer neue ökonomische Vorstellungen von Entwicklung, welche auf ihre ideologischen Vorgänger aufbauen oder sich von ihnen abgrenzen. So etwa war es Adam Smith, der Begründer der liberalen Nationalökonomie, der in seinem 1776 erschienenen ‚Wealth of Nations‘ als Erster in systematischer Form eine geschlossene Theorie der Wirtschaft aus relativ wenigen Annahmen präsentierte. Er beschrieb die Ökonomie als ein sich selbst regulierendes System, womit er in diametralem Gegensatz zur herrschenden merkantilistischen Vorstellung stand (vgl. ebd.). Smith definierte Reichtum und Wohlstand als Summe der durch die jährliche Arbeit produzierten realen Güter. Der Ursprung des Reichtums liegt in der Produktion und in der darin stattfindenden Arbeitsteilung unter eigennutzorientierten Wirtschaftssubjekten. Das Zusammenwirken von Individuen in Märkten werde von einer unsichtbaren Hand geleitet und garantiere somit das gesamtwirtschaftliche Gemeinwohl. Der Handel zwischen den Staaten sei (theoretisch) durch das Gesetz der komparativen Kostenvorteile bestimmt, nach dem jedes Land sich auf jene Güter spezialisiert, die für dieses vorteilhaft sind. Selbst wenn in einem Land die Arbeitsproduktivität in allen Branchen geringer ist als bei den Konkurrenten, ist eine Spezialisierung auf solche Branchen von Vorteil, in denen der relative Nachteil am geringsten ist (vgl. Kolland 2003:58).

Entgegen dem klassischen Postulat für den Freihandel ist aus marxistischer Perspektive die imperialistische Weise, auf welche Entwicklungsländer erstmals mit dem Kapitalismus in Berührung kommen, ursächlich für deren Unterentwicklung. Die Interessen der herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern sind mit den wirtschaftlichen Interessen der imperialen Mächte verbunden, sodass nur eine tiefgreifende gesellschaftliche Revolution den wirtschaftlichen Aufschwung der Entwicklungsländer garantieren kann (vgl. ebd.:64). Theoretische Anknüpfungspunkte an die marxistischen Imperialismustheorien finden sich später in den in Lateinamerika in den 1960er Jahren entstandenen Dependenztheorien, welche ähnlichermaßen die Existenz von hierarchischen Abhängigkeiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländer stark hervorheben.

Ebenso im Gegensatz zur klassischen Theorie grenzt die neoklassische Theorie eine Politische Ökonomie bewusst aus. Der Ursprung des Reichtums wird in den rein

ökonomischen Austauschbeziehungen rationaler Individuen auf dem Gütermarkt gesehen. Betreffend die internationale Dimension der neoklassischen Ökonomie kommt es zur Weiterentwicklung der Ricard'schen Außenhandelstheorie. Gemäß dem Faktorproportionentheorem Eli Heckschers und Bertil Ohlins sind die komparativen Vor- und Nachteile auf die unterschiedliche Ausstattung mit Produktionsfaktoren wie Arbeit, Kapital und Land zurückzuführen. Eine Spezialisierung auf eine arbeits- oder kapitalintensive Produktion wird als sinnvoll erachtet. Fortan war freier Außenhandel nicht nur zwischen Rohstoffen und Fertigwaren, sondern auch zwischen Fertigwaren unterschiedlicher Faktorintensität für alle Beteiligten von Vorteil (vgl. ebd.:58).

Als radikaler Bruch mit sowohl den klassischen als auch den neoklassischen Wirtschaftsparadigmen, entsteht erstmals in den 1940er Jahren in Anschluss an die Arbeiten von John Maynard Keynes die Vorstellung von der Planbarkeit wirtschaftlicher Entwicklung. Die Entwicklungshilfe sollte über einen Kapitalimport die Sparfähigkeit der Entwicklungsländer ankurbeln, worauf es zu einem *trickle-down*-Effekt käme und der *Circulus Vitiosus* gebrochen würde. Die Entwicklungspläne hatten zum Ziel über wirtschaftliche Intervention, ergo einer entsprechenden Fiskal-, Geld- und Lohnpolitik, die Nachfrage zu stabilisieren. Auf internationaler Ebene bestehen dem Keynesianischen Modell zufolge starke Verflechtungen, die ein international agierender Wohlfahrtsstaat zu regulieren hat (vgl. Szentes 2005:154f).

Die neoliberale Phase als Gegenströmung zu der nachfrageorientierten Wirtschaftssteuerung betont erneut die Gewichtung der Märkte, indem vor allem die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte an Bedeutung gewinnt. Der Spielraum für wirtschaftspolitische Intervention ist äußerst gering, da die nach Keynesianischer Auffassung wirkungsvollen Hebel der Umverteilung, wie etwa eine Politik der Zinssenkung, außer Kraft gesetzt werden. Historisch wird die neoliberale Phase durch den weltweiten Siegeszug der kapitalistischen Wirtschaftsweise über den Realsozialismus durch den Wegfall der Systemkonkurrenz markiert (vgl. Telematik 2001-2004).

Die neoliberale Erklärung von Unterentwicklung beruht auf der Annahme, dass die Preise in den Entwicklungsländern verzerrt sind und nicht die eigentlichen Marktpreise widerspiegeln. Den Unternehmen mangle es an Anreizen zu investieren. Als Lösung dieser Probleme sieht der Neoliberalismus eine weitere Handelsliberalisierung und einen totalen Rückzug des Staates aus der wirtschaftlichen Sphäre vor. Voraussetzungen für den Wohlstand stellen einerseits die beliebige Verfügbar- und

Einsetzbarkeit von Privateigentum auf einem deregulierten Markt und andererseits der technische Fortschritt dar (vgl. Ederer 2007).

Der kurze Abriss über die großen Wirtschaftstheorien verdeutlicht sowohl ein großes Anliegen an Entwicklungsfragen in den Sozialwissenschaften als er auch bedeutsame Differenzen der unterschiedlichen Strömungen aufzeigt.

Vor allem im Hinblick auf die Art der Wirtschaftssteuerung weisen die ökonomischen Theorien sehr konträre Zugänge auf. Während nach klassischem, neoklassischem und neoliberalen Verständnis rein marktgetriebene Mechanismen letztendlich zu einem allgemeinen Wohlstand führen sollen, wird unter Keynesianischen Gesichtspunkten davon ausgegangen, dass eine gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt nur unter der Steuerung eines Interventionstaates stattfinden kann. Dependenztheoretische bzw. imperialismuskritische Ansätze kritisieren den Freihandel indem sie eine autozentrierte Entwicklung propagieren.

1.2. Alternative Wirtschaftsmodelle und die kapitalistische Marktwirtschaft

Um alternative Wirtschaftsmodelle auf ihre Möglichkeiten und Grenzen als Entwicklungsstrategien zu untersuchen, bedarf es zunächst einer Analyse ihrer Bezugspunkte zur vorherrschenden kapitalistischen Marktwirtschaft bzw. zum so genannten finanzmarktgetriebenen globalisierten Kapitalismus.

Wie bereits erwähnt, hängt die Dynamik ökonomischer Prozesse von den Mechanismen und Institutionen, die die Wirtschaft steuern, ab. Märkte stellen die wichtigsten Institutionen im Kapitalismus dar, da über sie Tauschbeziehungen organisiert werden. Sie gelten in der Neoklassik als so genannte ‚natürliche‘ Institutionen zur Steuerung von Produktion, Konsum und Ressourcenallokation. Alle anderen Institutionen werden hingegen als ‚künstlich‘ und als durch Tradition oder menschliche Intervention geschaffen betrachtet (vgl. Jäger/Novy 2005:68). In der freien Marktwirtschaft werden Produktion und Konsum über das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage und unter Wettbewerbsbedingungen auf den Märkten koordiniert. Der freie Marktzugang von ProduzentInnen und KonsumentInnen garantiert eine effiziente, pareto-optimale Allokation der Güter, bei der es nicht mehr möglich ist, ein Wirtschaftssubjekt besser zu stellen, ohne gleichzeitig (mindestens) ein Wirtschaftssubjekt schlechter zu stellen (Beutel 2006:370). Weiters ist die kapitalistische Marktwirtschaft durch das

Privateigentum an Produktionsmitteln, einer privaten Profitaneignung sowie einer hierarchischen Arbeitsorganisation gekennzeichnet. Der Preis hat auf den liberalen Märkten eine Koordinationsfunktion.

In der vorliegenden Arbeit soll anhand einer Analyse solidarökonomischer Ansätze insbesondere auf deren Wechselbeziehungen mit der kapitalistischen Marktwirtschaft eingegangen werden. Im Rahmen des Untersuchungsgegenstands wird die Wirtschaftsströmung der Solidarischen Ökonomie analysiert sowie das von Michael Albert entworfene visionäre Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ‚Participatory Economics‘ (Parecon) vorgestellt. Parecon beschreibt eine Wirtschaftsform, in der über partizipative Planung sowie Entscheidungsfindung Produktion, Konsum und Ressourcenallokation in einer Gesellschaft gesteuert werden. Das alternative Theoriekonzept sieht nicht die Märkte als wichtigste Institution zur Ressourcenallokation vor, sondern plant auf partizipatorische Weise die Schaffung neuer Institutionen in ProduzentInnen- und KonsumentInnenräten (Albert/Hahnel 1991; Albert 2006).

Solidarische Ökonomie, als Teil dessen sich auch Parecon begreift, ist eine Sammelbezeichnung für Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen. Das Prinzip der Solidarität steht in Opposition zur Orientierung an Konkurrenz, Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren. Diese kann dabei sowohl auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit als auch auf Umverteilung beruhen (Brand et. al 2007:206).

„Solidarische Ökonomie sollte sich als Teil des Kampfes um Emanzipation für Alle verstehen.“ (ebd.: 207)

Während Parecon jegliche Form von Märkten strikt ablehnt, existieren viele solidarökonomische Wirtschaftssysteme als Nischen parallel neben der kapitalistischen Marktwirtschaft und wirken häufig ergänzend. Obwohl sie eine eigenständige Logik wirtschaftlichen Handelns verfolgen, ist eine Abgrenzung zwischen Solidarischer Ökonomie und kapitalistischen oder staatlich organisiertem Wirtschaften nicht trennscharf vorzunehmen. Anhand eines Fallbeispiels, das die Erfahrungen des landesweiten Netzwerkes an Tauschkreisen in Argentinien behandelt, soll dieses Spannungsverhältnis genau untersucht werden. Es soll daran auch aufgezeigt werden, unter welchen Bedingungen Solidarische Ökonomie wachsen kann und welche

Möglichkeiten und Grenzen bestehen, wenn es zu einem massiven Ansturm von Personen hin zu solidarökonomischen Praktiken kommt.

Ein solidarisches Marktmodell durch eine veränderte alltägliche Praxis zu etablieren, war das oberste Ziel des *Red Global de Trueques* (RGT), des landesweiten Netzes an Tauschkreisen in Argentinien. Der multireziproke Tausch von Gütern und Dienstleistungen ist ein Konzept der Solidarischen Ökonomie, das im RGT besonders starken Ausdruck findet. Das Wirtschaftssystem basiert demnach nicht auf konkurrenz- und kapitalorientierten Interessen, sondern auf Solidarität und geldlosem Ressourcentausch.

1995 wurde der erste Tauschring in Bernal, im Süden von Gran Buenos Aires, gegründet. Die darauf folgende kontinuierliche Expansion der Tauschklubs (*Clubes de Trueque*) und deren TeilnehmerInnenzahlen stehen in direktem Zusammenhang mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Argentiniens. Die Zuspitzung der Wirtschaftslage 2001 und die Eskalation der Wirtschaftskrise 2002 hatten ein explosionsartiges Wachstum der Tauschringe zur Folge. Vor diesem Hintergrund verzehnfachte sich innerhalb von sechs bis acht Monaten die Zahl der *Trueque*-TeilnehmerInnen. Offiziellen Angaben zufolge beteiligten sich im Mai 2002 bereits 2,5 Millionen Personen in rund 6.000 so genannten Knotenpunkten (*Nodos*). Die Tauschbörsen boten für die Beteiligten Möglichkeiten, der Krise zu begegnen. Nahezu alles, was man zum Überleben brauchte, wurde mit der Komplementärwährung *Crédito* gehandelt: Lebensmittel, Kleidung, Medikamente, Bücher und Dienstleistungen. Ein Schlüsselwort der *Trueque*-Philosophie ist *Prosumción*, eine auf Vertrauensbasis funktionierende Allianz zwischen Produktion und Konsum (vgl. Colectivo Situaciones 2003b:156ff).

In der zweiten Hälfte des Jahres 2002 erfuhr der Tauschhandel einen Rückgang, der Ende des Jahres zum (fast) vollständigen Kollaps des Systems führte. Heute sind die Tauschringe in weiten Teilen des Landes beinahe vollständig verschwunden oder arbeiten mit sehr geringen Mitgliederzahlen. Landesweit schätzt man die Zahl der *Nodos* auf etwa 1.000. Es gibt verschieden Die Gründe für den Einbruch sind sehr verschieden. Sie setzen sich aus einer Mischung aus Naivität, politischer Unerfahrenheit und strategischen Fehlern sowie eine wenig ausgeprägte solidarische Haltung bei einer Vielzahl der beteiligten Menschen zusammen (vgl. Thimmel 2003:163). Ferner kommt hinzu, dass Gegenmittel seitens des Staates, wie u.a. die Illegalisierung lokaler

Knotenpunkte sowie die Besteuerung von Tauschprodukten, das Modell zum Scheitern brachten.

Die praktischen Erfahrungen aus Argentinien bestätigen, dass, wenn die dominante Wirtschaftsform der kapitalistischen Marktwirtschaft in eine Krise gerät und es nicht schafft, die vorhandenen Produktionspotentiale auszunutzen, geschützte Märkte, in denen die materielle Existenzsicherung der beteiligten Personen wiederhergestellt werden kann, an Bedeutung gewinnen. Warum sie, sobald sich die reguläre Wirtschaft von der Krise wieder erholt, alsbald an Bedeutung verlieren, soll in der vorliegenden Arbeit diskutiert werden.

Parecon und Solidarische Ökonomie, verhalten sich demnach in ihrer Relation zur kapitalistischen Marktwirtschaft äußerst unterschiedlich. Es ist Ziel der vorliegenden Arbeit zu untersuchen, ob und inwiefern sowohl Parecon als auch Solidarische Ökonomie entwicklungsfördernde Modelle in der Peripherie bzw. in Argentinien darstellen können. Ich möchte dabei herausfinden, inwieweit die jeweiligen Mechanismen zur Steuerung der Wirtschaft eine effiziente Alternative darstellen, wie sich die Anreize zur Bevorzugung alternativer Wirtschaftsformen gegenüber der kapitalistischen Marktwirtschaft gestalten, was die Erfahrungen der Tauschkreis-Netzwerke für die Suche nach lokalen Entwicklungsstrategien bedeuten und was man aus dem argentinischen Fall lernen kann.

2. METHODE: Wirklichkeit strukturieren und interpretieren!

Das in der vorliegenden Arbeit behandelte Thema der Solidarischen Ökonomie sowie ihre Implikationen für die Entwicklungsforschung sind sehr vielschichtig und erfordern einen interdisziplinären Zugang. Die Arbeit basiert auf der Methodologie der interpretativen Sozialforschung, welche von einer Analyse sozialer Phänomene ausgeht (vgl. Novy 2002a:25). Theoretisch bedient sich die Untersuchung der Politischen Ökonomie, da diese die bedeutsamen Machtfelder von Politik und Ökonomie integriert, während sie dialektisch arbeitet und auf die Widersprüche des Kapitalismus hinweist (vgl. Novy 2002b:13).

Des Weiteren geht es in der vorliegenden Arbeit darum, komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge in einen historisch-geographischen Kontext einzubetten. Die konkreten empirischen Erfahrungen der argentinischen Gesellschaft werden mit der Analyse der solidarökonomischen Ansätze wechselseitig in Verbindung gebracht. Darüber hinaus wird auf gleiche Weise die argentinische Wirtschaftsentwicklung den jeweils historisch relevanten Wirtschaftsparadigmen dialektisch gegenübergestellt. Die Dialektik zwischen der konkreten und damit empirischen Realität Argentiniens und den abstrakten Wirtschaftsmodellen wird einer kumulativ-zirkulären Forschung unterzogen (ebd.:26).

„Ein zirkulärer Forschungsprozess geht vom vorhandenen Vorwissen aus und hat seinen Ursprung in Phänomenen, die verstanden werden wollen. Schrittweise erfolgt ein Prozess der Strukturierung. [...] Feldforschung und Interpretation, Erhebung und Auswertung werden integriert. [...] Damit läßt [sic!] sich der Forschungsprozess idealtypisch als permanente Bewegung zwischen Feld und der Interpretation darstellen.“ (Novy 2002a:29).

Der Prozess der Strukturierung der vorliegenden Arbeit durchlief methodisch drei Phasen. Der erste Schritt erfolgte mit der Themenfindung: Aufgrund meines persönlichen Interesses für Argentinien und meinen vor Ort gemachten Erfahrungen mit Solidarischer Ökonomie kam es mit Unterstützung meines Betreuers, Dr. Johannes Jäger, zu einer vorläufigen Themenformulierung. Darauf folgte eine eingehende Recherche und Literaturzuordnung sowie die Formulierung der zentralen Fragestellungen und Arbeitshypothesen. Aufbauend auf Konzept und Fragestellung wurde abschließend mittels der Synthese und Interpretation der vorhandenen Quellen die Diplomarbeit verfasst.

Überwiegend wurden für die vorliegende Arbeit Sekundärquellen als Grundlage herangezogen. Primärdaten sollen einer verbesserten Veranschaulichung der konkreten historischen Prozesse in Argentinien dienen.

Es soll weiters an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Begrifflichkeit der Solidarischen Ökonomie bewusst einer Großschreibung unterzogen wird, um ihre zentrale Bedeutung für die Analyse hervorzuheben. Fremdsprachliche Ausdrücke sind kursiv gesetzt. Alle wörtlichen Zitate werden kursiv gehalten und unter Anführungszeichen gesetzt. Um zu differenzieren, werden im restlichen Text, etwa bei Eigennamen, nur einfache Anführungszeichen verwendet.

3. SOLIDARISCHE ÖKONOMIE UND PARTICIPATORY ECONOMICS

3.1. Solidarische Ökonomie

Solidarische Ökonomie bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen. Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, falsch verstandener, da unsolidarischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren. Damit emanzipieren sich die AkteurInnen von der durch den Markt vorgegebenen Handlungslogik. Diese kann sowohl auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit als auch auf Umverteilung beruhen. Der Begriff der Solidarität verweist ferner auf Freiwilligkeit von Kooperation. Damit beinhaltet die Idee der Solidarischen Ökonomie den Anspruch auf Selbstorganisation und Demokratie (Brand et. al 2007:206).

Solidarische Ökonomie existiert in einer Vielzahl an Projekten und Ansätzen, wobei der Begriff verschiedene Reichweiten hat: Die Zielvorstellung Solidarischer Ökonomie kann sich als humane Ergänzung kapitalistischer Marktwirtschaft ausdrücken oder das Ziel der Überwindung des Kapitalismus verfolgen. Auch der Raum, in welchem sich solidarökonomisches Handeln abspielt, kann sehr unterschiedlich sein. Solidarische Ökonomie existiert meist auf lokaler Ebene, kann aber auch über große räumliche Entfernungen praktiziert werden. Gleichmaßen kann Solidarische Ökonomie verschieden große ökonomische Einheiten umfassen. Diese reichen von solidarischen Einzelunternehmen bis zu großen Zusammenschlüssen von Genossenschaften wie auch Projekten oder Visionen für gänzlich neue Wirtschaftssysteme¹. Betreffend der Universalität von Solidarischer Ökonomie, kann diese sowohl auf freiwilligen Vereinbarungen zwischen wenigen KooperationspartnerInnen beruhen als auch in verbindliche Regeln münden. Damit kann Solidarische Ökonomie gemäß ihrer FürsprecherInnen durchaus unter Beteiligung des Staates stattfinden. Projekte Solidarischer Ökonomie können sich als langfristig bzw. überlebensfähig erweisen oder

¹ In diesem Zusammenhang wird unter Kapitel 3.2. die Vision des Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells der ‚Participatory Economics‘ vorgestellt. Das aus den Arbeiten von Michael Albert und Robert Hahnel hervorgehende Konzept bietet eine Gesamtalternative zu Marktwirtschaft und Kapitalismus.

auch von kurzer Dauer sein. Eine Abgrenzung zwischen Solidarischer Ökonomie und kapitalistischen oder staatlich organisiertem Wirtschaften ist demnach nicht trennscharf vorzunehmen. Dies drückt sich vor allem in den zahlreichen Beispiele von Übergängen aus:

„ [...] *demokratisch degenerierte Genossenschaften oder Familienunternehmen mit einer starken Mitbestimmungskultur, ökokapitalistische Unternehmen oder der/die selbstverwaltete VerkäuferIn von Flugreisen, konventionelle Unternehmen mit starker Förderung von Frauen gegenüber männerdominierten Kooperativen usw.*“ (Embshoff/Giegold 2008:13f)

Im 2008 erschienen Sammelband von Dagmar Embshoff und Sven Giegold zeigt sich über eine beispielhafte Zusammenstellung der Formen von ökonomischer Selbstorganisation, welche Bereiche eine Solidarische Ökonomie umfassen soll:

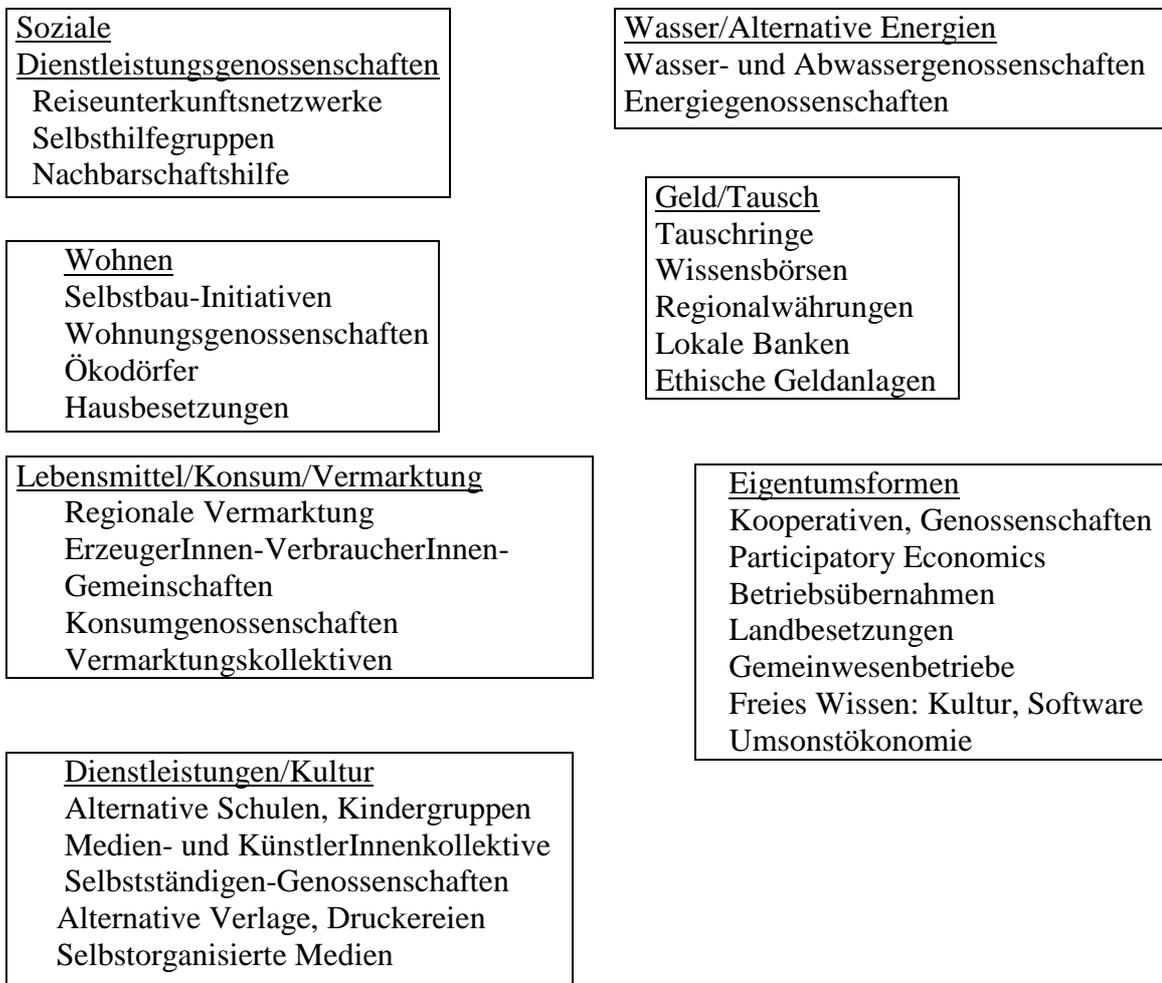


Abb. 1: Beispielhafte Zusammenstellung der Formen solidarökonomischer Selbstorganisation
Quelle: Embshoff/Giegold 2008:226f

Aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen Ansätzen gestaltet sich die theoretische Abgrenzung von Solidarischer Ökonomie als eine kontroverse Thematik, die in den folgenden Kapiteln diskutiert werden soll.

Im Allgemeinen ist Solidarische Ökonomie als Wirtschaftssektor, der sich als lokal zu verortender Teil der Alternativen zur neoliberalen Globalisierung begreift, zu verstehen:

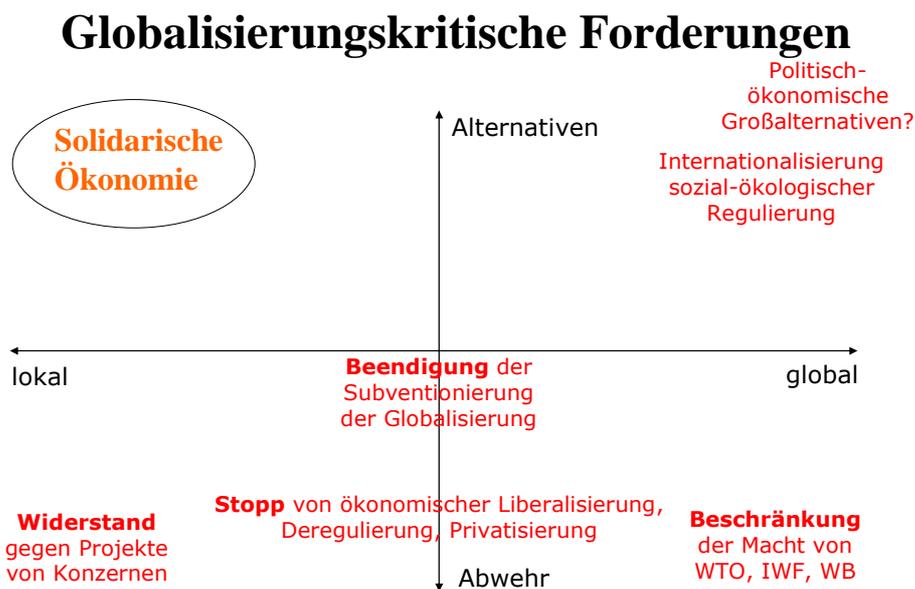


Abb. 2: Globalisierungskritische Forderungen solidarökonomischer Ansätze
Quelle: Embshoff/Giegold 2008:17

In Lateinamerika gibt es gemäß dem Ökonomen Paul Singer, der aktuell das ‚Nationale Sekretariat für Solidarische Ökonomie‘² in Brasilien leitet, verschiedene Auffassungen, was unter Sozialer oder Solidarischer oder Populärer Ökonomie zu verstehen sei.

„Die Populäre Ökonomie ist eine Ökonomie der Armut, sehr ähnlich derjenigen, über die unsere KollegInnen aus Afrika und Indien berichtet haben. Andererseits leben 80% der brasilianischen Bevölkerung jetzt in Städten. Damit ist auch die Armut in die Städte gewandert. [...] Deswegen hat sich die Solidarische

² Die *Secretaria Nacional de Economia Solidaria (SENAES)* wurde 2003 als eigenes Staatssekretariat, welches dem Arbeits- und Beschäftigungsministerium untergeordnet ist, gegründet. Paul Singer ist seither Leiter des SENAES (vgl. MTE).

Ökonomie sowohl bei Initiativen auf dem Land als auch in den Städten herausgebildet, wobei im Unterschied zu Afrika und Asien – oder zu mindest Teilen von Indien – die Betroffenen schon in die kapitalistische Ökonomie einverleibt sind. Viele waren bereits ArbeiterInnen, FabrikarbeiterInnen, IndustriearbeiterInnen, HandelsarbeiterInnen und wurden in Folge der Krisen entlassen und ausgegrenzt und werden auch weiterhin in großem Maße von sozialer Ausgrenzung erfasst. Vor diesem Hintergrund ist die Solidarische Ökonomie eine Reaktion mit dem Ziel, für Millionen und Abermillionen von Leuten neue Lebensgrundlagen zu schaffen. Es geht also um eine Ökonomie der Wiederintegration von vielen Menschen.“ (Singer 2008:152f)

Anders als in Europa, werfen die Bewegungen der Solidarischen Ökonomie in Lateinamerika die Frage nach der historischen Möglichkeit einer Ausweitung der Solidarischen Ökonomie auf – sei es über den Weg der Institutionalisierung oder ihrer breitflächigen Ausbreitung an der gesellschaftlichen Basis. Das erste Weltsozialforum, das 2001 im südbrasilianischen Porto Alegre stattfand, bildete für viele Bewegungen des ‚Südens‘ den Ausgangspunkt um in Erscheinung zu treten, sich zu vernetzen und Foren der Solidarischen Ökonomie zu gründen. Auch die weiteren Veranstaltungen des Weltsozialforums griffen immer wieder Themen betreffend solidarisches Wirtschaften auf, sodass etwa die Einrichtung der erwähnten brasilianischen SENAES zum Großteil aus den Diskussionen auf dem dritten Weltsozialforum in Porto Alegre hervorging (ebd.).

3.1.1. Organisation und Formen Solidarischer Ökonomie

Aufgrund der Diversität und Heterogenität von Ansätzen und Projekten, die sich allesamt als solidarökonomische Unternehmungen verstehen, ist es kaum möglich, die Wesensmerkmale ihrer Organisationsstrukturen klar zu unterscheiden oder zumindest typologisch abzugrenzen. Wie bereits erläutert, vereint eine Solidarische Ökonomie sowohl sozial orientierte Betriebe, ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften, Tauschringe, Fair Trade als auch Landbesetzungen, Betriebsübernahmen und Genossenschaften bzw. Kooperativen im klassischen Sinn. Der kontroverse Diskurs um eine solidarische, soziale und lokale Ökonomie zeigt, dass es sich um ein ideologisch und praktisch-politisch umkämpftes Terrain handelt, in dem stark divergierende Interessen und Strategien verfolgt werden. In diesem Sinn lässt sich aus der einschlägigen – Literatur, wie etwa aus den beiden im VSA-Verlag erschienenen Sammelbänden – entnehmen, dass die Autoren gerade in der Breite der Begrifflichkeit der Solidarischen Ökonomie, einen großen Vorteil sehen:

„Jede Idee, jeder Zugang, erweitert den Fundus an Blickwinkeln und die Möglichkeiten der praktischen und geistigen Vernetzung; diese selbst ist ein notwendiges Ingrediens jeder Alternative, die dem Kapitalismus dagegen halten und Terrain gewinnen will“ (Exner 2009).

Dennoch lassen sich hinsichtlich der postulierten Produktionsweise von solidarischen Betrieben bzw. solidarökonomischen Vereinigungen einige Gemeinsamkeiten feststellen: Erstens bedeutet solidarisches Wirtschaften eine freie Zugänglichkeit zu Gemeingütern, Gemeindiensten sowie Gemeinwissen und letztlich auch vergemeinschaftlichte Produktionsmittel (Elsen 2008).

Zweitens liegen solidarökonomische Unternehmungen einer basisdemokratischen und/oder genossenschaftlichen Selbstorganisation zugrunde. Es bestehen egalitäre Machtstrukturen und Entscheidungen werden in Versammlungen demokratischer Organe getroffen. Dies trägt zu einer Verringerung von Informationsasymmetrien innerhalb der solidarischen Betriebe oder Vereinigungen bei. Aufgrund dieser Tatsachen erscheint die Solidarische Ökonomie zunächst als anschlussfähiges Konzept an traditionelle Formen des genossenschaftlichen Produzierens (Herbert 2006).

Drittens liegen die Produktionsentscheidungen einer Orientierung an den Lebensbedürfnissen von KooperationspartnerInnen zugrunde und knüpfen an vorsorgendes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaften an (Altvater 2008).

Eine andere Weise, sich einer vergleichbaren Charakterisierung Solidarischer Ökonomie zu nähern, beschreibt Wolfgang Nitsch (vgl. Nitsch 2006:157-162): Er untersucht die Ansätze und Projekte auf ihr transformatorisches Potenzial und hinterfragt, welche sozio-ökonomischen Veränderungen eine Stärkung Solidarischer Ökonomie mit sich bringen können. Es können dabei mindestens zwei allgemeine Richtungen von Transformationen, zu welchen bestimmte soziale Wirtschafts-, Arbeits- und Lebensweisen führen können, unterschieden werden. Eine Transformation ist die aus den realsozialistischen, entwicklungs-diktatorischen oder kapitalistisch-wohl-fahrtstaatlichen Gesellschaftsformationen der ehemaligen Zweiten, Dritten und Ersten Welt in Richtung des sich von der Ersten Welt aktuell durchsetzenden post-fordistischen Kapitalismus. Gefördert werden Formen sozialer Ökonomie, angefangen bei der Wiederbelebung familiärer Haus- und Subsistenzwirtschaft über lokale Gemeinwesenökonomien bis zu marktwirtschaftlich kompatiblen genossenschaftlichen Unternehmen. Strategisch betrachtet können diese Formen Solidarischer Ökonomie auf längere Sicht stabilisierend auf das post-fordistische System wirken, indem sie

weitgehend sozialstaatliche Daseinsvorsorge und Armutsbekämpfung ersetzen und das Feld für eine Ausdehnung der von transnationalen Konzernen und den Finanzmärkten gesteuerten Ökonomie bereiten. Über die Idee der gemeinschaftlichen Selbsthilfe könnte eine Solidarische Ökonomie demnach einen Rückzug des Staates legitimieren (vgl. ebd.).

Die andere Transformation richtet sich emanzipatorisch gegen den post-fordistischen Kapitalismus selbst. Sie propagiert die Entfaltung der Potenziale von solidarischer und lokaler Ökonomie, indem sie sich auf gegenhegemoniale, globalisierungskritische und anti-kapitalistische Bewegungen stützt. Es wird eine neuartige Gesellschaftsformation angestrebt, die mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und mit menschenwürdigen Lebensformen vereinbar ist.

3.1.2. Solidarische Ökonomie unter Bedingungen des globalisierten Kapitalismus

Solidarische Ökonomie versucht gemäß ihrem Selbstverständnis, die Bedingungen des Erwerbsarbeitslebens im globalisierten Kapitalismus zu ändern, zu verbessern oder auszugleichen. Diese gehen häufig mit Massenarbeitslosigkeit, zunehmender Verarmung und prekärer Beschäftigung einerseits und mit massiver Überforderung, Leistungsdruck, Zeitarbeit und Stress andererseits einher.

„Unternehmungen Solidarischer Ökonomie sind eine Alternative, die eigenen politischen Ziele und das eigene Leben und Arbeiten besser in Einklang zu bringen. Sie sind auch eine Möglichkeit, Erwerbsarbeit zu schaffen, besonders dort, von wo das global anlagesuchende Kapital sich zurückzieht.“
(Embshoff/Giegold 2008:15).

An vielen Orten hat die Ausdehnung des globalisierten und finanzmarktorientierten Kapitalismus zur Stilllegung von Betrieben oder massivem Beschäftigungsabbau geführt. Vor allem in Ländern des Südens ist die zunehmende Informalisierung von Arbeitsverhältnissen kennzeichnend für die seit den 1970er Jahren andauernden sozialen, ökonomischen und politischen Transformationsprozesse in Richtung eines „Finanzmarkt getriebenen Akkumulationsregimes“ (Altvater 2002:20ff). Oftmals als ‚Neoliberalismus von Unten‘ beschrieben (vgl. Altvater 2005:188ff), befindet sich die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung in nicht oder schwach normierten Arbeitsverhältnissen: ohne ordentlichen Arbeitsvertrag, ohne Sozialversicherung, ohne Gewerbeaufsicht oder gewerkschaftlichen Schutz, schlecht bezahlt an Arbeitsplätzen

mit geringem Standard. In Lateinamerika waren nach offiziellen Statistiken 2007 zirka 60% der erwerbstätigen Bevölkerung informell beschäftigt (vgl. Weltbank 2007).

Der informelle Sektor ist häufig in die Subsistenzwirtschaft eingebettet und es gilt, ihn wie folgt zu charakterisieren: Erstens sind die Eintrittsschranken in den informellen Sektor aufgrund des vergleichsweise geringen Kapitaleinsatzes, der einfachen Technologien sowie der niedrigen Einkommen niedriger als in den formellen Sektor. Zweitens bedeutet Informalität eine Auflösung vergleichsweise stabiler sozialer Verhältnisse, die mit Ernährungs-, Wohn-, Versorgungs-, Arbeits- und Einkommenssicherheit sowie mit der Gewissheit, die Zukunft bewerkstelligen zu können, einhergehen. Daraus entsteht ein hoher Grad an sozialer ‚Verwundbarkeit‘, welcher auf einen Mangel an Kooperation bzw. kooperativer Sicherheit verweist. Drittens fehlt es informellen Transaktionen an Schutz von rechtlich normierten Rahmenbedingungen. Die fehlende Transparenz führt zu einer Diskriminierung von Gruppen, die keinem bestimmten Vertrauens-Netzwerk angehören und sozial stigmatisiert sind, wie ethnische Minderheiten, Frauen und Jugendliche. Viertens sind informelle Einheiten in der Regel klein und unterschreiten die Normgröße eines wettbewerbsfähigen formellen Unternehmens. Die daraus resultierende geringe Konkurrenzfähigkeit auf internationalen Märkten wird häufig durch eine Überausbeutung der Arbeitskraft betreffend den Lohn und/oder die Arbeitsbedingungen durch den Entzug von normierten Schutzvorkehrungen kompensiert. Fünftens bedeutet Informalität ein niedriges Niveau an gesellschaftlicher Wertschätzung und Anerkennung sowohl in monetärer als auch in nicht-monetärer ideeller Form. Sechstens werden häufig auch rechtliche Normen umgangen oder gebrochen (Altvater/Mahnkopf 2002:89ff).

Informalität stellt ein diffuses, extralegales Terrain dar, welches sich von formellen Aktivitäten abgrenzt. Wo die Grenzen in den Grauzonen des Übergangs von Formalität zur Informalität und von Legalität zur Illegalität und Kriminalität gezogen werden, ist eine Frage institutioneller, d.h. politischer Regulierung. Informalität ist folglich auch ein diskursiv umkämpftes Terrain.

Die Krisen, Umstrukturierungen und Strukturanpassungen der formellen marktwirtschaftlichen Ökonomie sind ein zentraler Auslöser für informelle Aktivitäten. Es ist daher ausgeschlossen, die Dynamik der Informalität ohne Bezug auf die formelle Ökonomie zu verstehen. Die Expansion des informellen Sektors kann in diesem Sinn als

eine Begleiterscheinung des modernen Kapitalismus betrachtet werden. Die Institutionen und Funktionsprinzipien des Letzteren sind nicht in der Lage, ausreichend Arbeitsplätze für alle Arbeitssuchenden bereit zu stellen. Eine Abgrenzung zwischen den formellen und informellen Wirtschaftssektoren kann keineswegs vorgenommen werden.

„Vielmehr ist die Gesamtwirtschaft von einer asymmetrischen Verzahnung bezahlter, unterbezahlter und unbezahlter, freier, abhängiger und erzwungener, mehr oder weniger gesetzlich geregelter und formalisierter Arbeitsverhältnisse geprägt. Es wird von einer wichtigen Bedeutung der informellen Arbeit für die Volkswirtschaft ausgegangen.“ (Auinger 2007).

Unternehmungen Solidarischer Ökonomie bilden insbesondere in den erwähnten informellen Bereichen eine Möglichkeit, Erwerbsarbeit zu schaffen. Sie versuchen, die aus der formellen Wirtschaft Exkludierten und Marginalisierten zu integrieren und ihre Existenz mittels kollektiver Organisationsformen zu sichern. Diese kooperative Selbstorganisation basiert meist auf lokalen Strategien, welche sich von den traditionellen Handlungslogiken der neoliberalen Wirtschaft zu emanzipieren versuchen. Die eigenständige Logik wirtschaftlichen Handelns stellt Solidarität sowie Reziprozität in den Vordergrund. Sie lehnt die Fokussierung auf Konkurrenz und Gewinnmaximierung kapitalistischer Marktwirtschaften, egal ob im formellen oder informellen Sektor, ab. Dennoch existieren die solidarischen Wirtschaftssysteme als Nischen parallel neben der kapitalistischen Marktwirtschaft und können eine ergänzende Wirkung haben.

3.1.3. Solidarische Ökonomie und die kapitalistische Marktwirtschaft

Die Ressourcenallokation ist in den meisten Projekten und Ansätzen Solidarischer Ökonomie auf ähnliche Weise wie bei Erwerbstätigkeiten im informellen Sektor an den kapitalistischen Markt gebunden. Solidarökonomische Unternehmungen stützen sich häufig auf geld- bzw. wertförmige sowie marktliche Austauschbeziehungen und sind von einer Kapitalakkumulation abhängig. Dennoch lehnen die BefürworterInnen des Konzepts eine starke Orientierung am Konkurrenz- und Gewinnprinzip kapitalistischer Marktwirtschaften entschieden ab. Vielmehr sprechen sich viele für eine Überwindung derselbigen aus. In Anbetracht des sehr weitgreifenden Standpunktes, der mit dem Postulat einer befreienden gesellschaftlichen Praxis einhergeht, drängen sich Probleme hinsichtlich der Schärfe des Begriffs der Solidarischen Ökonomie auf. Die Anforderung

an eine Solidarische Ökonomie, klare Bezugspunkte zur globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft aufzuzeigen, soll folglich diskutiert werden.

Die solidarökonomischen Formen des Produzierens und Verteilens müssen theoretisch auf Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten zum kapitalistischen Wirtschaften untersucht werden. Dieser Vergleich wird sich auf die Kritik der Politischen Ökonomie Karl Marx' stützen (vgl. Marx 1988). Mit Bezug auf die Marx'sche Kapitalismusanalyse werden die für einen Vergleich mit der Solidarischen Ökonomie relevanten konstitutiven Merkmale der kapitalistischen Produktionsweise erläutert.

Eine zentrale Eigenschaft und zugleich die Elementarform der kapitalistischen Produktion stellt die allgemeine Warenform dar. Waren sind Produkte, welche über die Vermittlung eines Werts getauscht werden. Der Preis einer Ware, eine bestimmte Geldsumme, wird als abstrakter Wert zum allgemeinen Äquivalententausch eingesetzt. Waren werden somit nicht nur zum Zwecke der menschlichen Bedürfnisbefriedung und gemäß ihres Gebrauchswertes produziert. Vielmehr werden Waren für den Tausch auf Märkten hergestellt, wodurch ihr Tauschwert ein wesentlich wichtigeres Kriterium für die kapitalistische Produktionsweise darstellt. Die gesellschaftliche Produktionsweise ist in privater Form und über Lohnarbeit organisiert. In einer so genannten Warengesellschaft erhalten menschliche Tätigkeiten die Form der Waren, welche zwischen BesitzerInnen von Produktionsmitteln und jenen der Arbeitskräfte getauscht werden. Beim Eintausch der Ware Arbeitskraft auf dem Markt wird, anders als beim Äquivalententausch anderer Waren, ein Mehrwert produziert, der zugleich die Bedingung für die Produktion legt. Infolge dessen ist der Wert jeder Ware auf die in ihr enthaltene gesellschaftlich notwendige bzw. durchschnittliche Arbeitszeit zurückzuführen. Aus dem Verhältnis zwischen dem Gehalt an gesellschaftlich notwendiger Arbeit und Arbeit, bei der ein Mehrwert produziert wird, ergibt sich gemäß Marx die Mehrwertrate, die auch als Ausbeutungsrate bezeichnet wird. Die kapitalistische Produktionsweise basiert auf einem Klassenkampf, der auf der Ausbeutung einer Klasse, den ArbeiterInnen, seitens der Klassen von EigentümerInnen an Produktionsmitteln und an Kapital beruht (vgl. Heinrich 2005:59f).

Des Weiteren sind für eine kapitalistische Ökonomie die bestehende Instabilität sowie gesellschaftliche Spaltungen, welche auf eine permanente und umfassende Konkurrenzsituation zurückzuführen sind, kennzeichnend. Nach Friedrich Engels (vgl. Engels 1970) bedarf es aufgrund von ständig inhärenten Widersprüchlichkeiten

innerhalb eines kapitalistischen Systems, einer Art der Herrschaft, die sich von der Gesellschaft abspaltet, und in Form eines Staates als Macht- und Kontrollorgan auftritt. Der Staat wird von Engels als eine der Gesellschaft gegenüberstehende Macht und als Instrument der herrschenden Klasse begriffen. In diesem Sinne ist der Kapitalismus als System zu betrachten, in dem Politik und Ökonomie in zwei Sphären getrennt sind. Dabei nimmt die Sphäre der Politik die Gestalt eines Zwangsapparats an, der die kapitalistische Produktionsweise durch Konsens und Gewalt zusammen- und aufrechterhält (vgl. ebd.). Die Sphäre der Ökonomie umfasst rein marktliche Austauschprozesse.

Zusammenfassend lassen sich die Basismerkmale der kapitalistischen Ökonomie über folgende Kriterien charakterisieren:

1. Äquivalenter Tausch von Waren durch Wertevermittlung auf Märkten
2. Wettbewerbs- und Gewinnorientierung
3. Mehrwertproduktion mittels Lohnarbeit
4. Gewaltmonopol einer von der Ökonomie separaten Sphäre

Solidarische Ökonomie strebt an, praktisch oder theoretisch den Anspruch auf Alleinherrschaft der kapitalistischen Marktwirtschaft zu widerlegen. Wie eingangs erläutert, versteht sie sich als Teil der Alternativen zur neoliberalen kapitalistischen Ökonomie.

Folglich werden die Ansätze der Solidarischen Ökonomie auf ihre Möglichkeiten und Grenzen, eine nachhaltige Alternative zur vorherrschenden kapitalistischen Marktwirtschaft zu bilden, untersucht. Die Wirtschaftsweisen werden dabei den oben genannten Merkmalen kapitalistischen Wirtschaftens gegenübergestellt. Inwieweit sich solidarökonomische Ansätze von der kapitalistischen Marktwirtschaft distanzieren und inwieweit ihre Begrenztheit als Nische innerhalb der vorherrschenden Ökonomie andauert, soll hierbei näher erläutert werden.

Die Organisation Solidarischer Ökonomie unterscheidet sich im Wesentlichen von der kapitalistischen Marktwirtschaft dadurch, dass die Produktionsmittel ein Gemeineigentum bilden und die Produktionsentscheidungen über basisdemokratische und/oder genossenschaftliche Selbstorganisation erfolgen. Solidarische Ökonomie strebt auf diese Weise an, den in der dominierenden kapitalistischen Ökonomie bestehenden

hierarchischen Arbeitsverhältnissen entgegenzuwirken. Der Stellenwert einzelner Tätigkeiten und die Einflussmöglichkeiten der Arbeitenden auf den Gesamtprozess sind als gleichwertig zu gestalten (vgl. Habermann et. al 2008: 54). Zusammenfassend ist die gesellschaftliche Produktionsweise einer Solidarischen Ökonomie nicht in privater Form und auch nicht über herkömmliche Lohnarbeit organisiert.

Hinsichtlich des Äquivalententauschs von Waren durch eine Wertevermittlung auf Märkten gestaltet sich eine Abgrenzung Solidarischer Ökonomie von der kapitalistischen Wirtschaftsweise als schwierig. In vielen Ansätzen wird eine so genannte Entkoppelung von Geben und Nehmen sowie ein geldloser bzw. solidarischer Ressourcentausch propagiert. Es bleibt jedoch weitgehend unklar, wie die gesellschaftlichen Beziehungen, wenn nicht über den Tausch, organisiert und gesteuert werden sollen. In Anlehnung an die Freiwirtschaftslehre Silvio Gesells hinterfragen Tauschkreisbewegungen die Logik der Vermittlung sozialer Beziehungen über einen Tauschwert keineswegs. Denn für Silvio Gesell war es vor allem der Geldzins und das daraus hervorgehende leistungslose Einkommen, welches die Wirtschaft belastet und den Preismechanismus verzerrt (vgl. Gesell 1991). Unter 5.4. wird in diesem Zusammenhang anhand des Fallbeispiels des argentinischen landesweiten Tauschkreis-Netzwerkes aufgezeigt, dass insbesondere bei einem starken Zulauf hin zu den Tauschaktivitäten Widersprüche zwischen der Orientierung an Solidarität und Gegenseitigkeit einerseits und der Maximierung des Eigennutzens und der Verbesserung der Lebenssituation andererseits auftreten. Das Konzept der Umsonst- und Gratisökonomie scheint sich zunächst von der Logik des wertförmigen Tauschs zu emanzipieren. Im Gegensatz zum Tauschprinzip steht gemäß des Grundsatzes ‚Alles für alle‘ das Teilen von Waren und Dienstleistungen im Vordergrund (vgl. Habermann et. al 2008:55). Ein emanzipatorischer Charakter, der auch den globalen Abhängigkeitsverhältnissen entgegen tritt, kann diesen Praktiken kaum zugestanden werden. Die Umsonstökonomie greift voll und ganz auf die Erträge kapitalistischen Wirtschaftens zurück und bezieht die Produktionssphäre in keiner Form mitein. Darüber hinaus sind die Ansätze überwiegend in reichen Industrieländern auf kleinsten lokalen Ebenen, in denen Überfluss herrscht, zu verorten und weisen keine Potenziale einer tief greifenden gesellschaftsverändernden Praxis auf (vgl. Brand et. al 2007:238f).

Es bleiben viele Fragen hinsichtlich der Steuerung der Ressourcenallokation in Solidarischen Ökonomien offen. Wie kann die Allokationsfunktion des Preises ersetzt

werden, sodass eine sinnvolle und effiziente Ressourcenverteilung erreicht wird?

Susanne Elsen betont in diesem Zusammenhang:

„[...]die Bedeutung des Steuerungsmediums Solidarität, welches in ökonomischen Austauschprozessen zusätzliche Engagementbereitschaft der beteiligten Akteure freisetzt und ganzheitliche Perspektiven entwickelt. Solidarökonomie steht gegen die Dominanz des Gewinn- und Konkurrenzprinzips als alleinige Steuerungsmodi ökonomischen Handelns. Sie erzeugt Sozialkapital durch Kooperation und solidarischer Bewirtschaftung von Ressourcen.“ (Elsen 2008:102).

Wie bestimmte Anreize, die zu einer derartigen Abkehr von der Wettbewerbs- und Gewinnorientierung kapitalistischer Marktwirtschaften führen sollen, aussehen, bleibt weitgehend offen. Es wird sehr wohl eine Wirtschaftsweise postuliert, in der Nutzen und Gewinn voneinander entkoppelt und solidarische Interessen in den Vordergrund gerückt werden. Ob und auf welche Weise diese bedürfnisorientierte Produktion ökonomische Effizienz – gleichbedeutend einer optimalen Ressourcenallokation – gewährleisten kann, ist von Ansatz zu Ansatz unterschiedlich.

Im Zusammenhang mit einer so genannten von solidarischen Interessen geleiteten gerechten Verteilung muss auch die Eigentumsfrage diskutiert werden. Um Ressourcen verteilen zu können, müssen diese zuerst angeeignet werden. Für die bürgerliche Gesellschaft und den modernen Kapitalismus ist die Eigentumsform des Privateigentums typisch. Diese hat sich im Zuge neuzeitlicher ‚Modernisierungsprozesse‘ entwickelt und andere Formen, wie etwa gemein- oder genossenschaftliche, zunehmend verdrängt.

„Der bürgerliche Eigentumsbegriff versteht dabei unter Privateigentum das umfassende, restlose und individuelle Verfügungsrecht einer Person über einer Sache.“ (Bierhoff 2008:124f).

Die einflussreichsten Eigentumstheorien begründen dieses private Eigentum etwa aus dem ‚natürlichen‘ Recht auf die Früchte der eigenen Arbeit (z.B. John Locke) oder konventionalistisch aus wechselseitiger gesellschaftlicher Anerkennung (z.B. David Hume). Entgegen den naturrechtlichen und konventionalistischen Erklärungen stehen die Ansätze einer kritischen Eigentumstheorie Karl Marx‘. Eigentum beruht gemäß Marx auf einem Prozess, bei dem die private Aneignung von Gütern mit einer gesellschaftlichen Enteignung einhergeht, indem die betreffenden Güter monopolisiert, privaten Profitinteressen untergeordnet und öffentlichen Nutzungschancen entzogen werden (vgl. Heinrich 2005:181). Die Objekte, Güter und Ressourcen, die im Hinblick auf Aneignungsprozesse von Interesse sind, sind dabei in der Regel solche, die für das

ökonomische und soziale Leben von entscheidender Bedeutung sind. Eigentumsfragen sind nicht bloß juristischer oder philosophischer, sondern eminent politischer Natur. Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass Ungleichheit, Macht und Herrschaft maßgeblich durch die Möglichkeit der Eigentumsverfügung bestimmt werden (vgl. ebd.).

Es stellt sich auch die Eigentumsfrage mit Blick auf eine alternative Solidarische Ökonomie. Dabei darf nicht allen Eigentumsformen per se ein ausschließender exklusiver Charakter zugewiesen werden. Eigentum kann auch eine inklusive Wirkung haben wie beispielsweise das Kollektiveigentum, das ein konstitutives Moment von solidarisch wirtschaftenden Kooperativen und Kommunen darstellt. Solidarische Ökonomie muss Wege finden, um Eigentumsverhältnisse und Nutzungsrechte auf eine solidarische Weise zu gestalten. Dabei geht es vor allem um den Anspruch auf globaler, regionaler und lokaler Ebene, das private Eigentum einer kleinen Minderheit jenem der großen Mehrheit der Enteigneten gesellschaftlich (wieder-)anzueignen und zu ihrem gemeinsamen Eigentum zu machen (vgl. Bierhoff 2008:126).

Es muss ferner die Frage, ob eine genossenschaftlich-basisdemokratische Entscheidungsfindung der Komplexität individueller Bedürfnisse gerecht werden kann, aufgegriffen werden. Die in diesem Zusammenhang wichtige Eigenschaft kapitalistischer Marktwirtschaften, entgegen welcher solidarisches Wirtschaften versucht, Alternativen aufzuzeigen, ist die Mehrwertproduktion mittels Lohnarbeit (3.). Aus den Publikationen über Solidarische Ökonomie lässt sich erkennen, dass eine kooperative Wirtschaftsordnung die Grundlage der solidarischen Wirtschaftsform darstellen kann bzw. ihr eine wichtige Vorbildfunktion zukommen kann. Gabriele Herbert fasst den Kern jeder kooperativen Wirtschaftsordnung wie folgt zusammen:

„Produktionsgenossenschaften, selbstverwaltete Betriebe und ihre Finanz-, Dienstleistungs- und Dachorganisationen binden das (einmal erwirtschaftete) Kapital an die Arbeitsplätze und zwingen es damit, sich in der Region, in der sie tätig sind, niederzulassen. Dieses Prinzip wirkt, ob es sich um klein isolierte ‚co-ops‘ in Nordirland, Indien oder Afrika, um große regional gebundene genossenschaftliche Systeme, wie das baskische Mondragón, oder gar um das offizielle System eines ganzen Staates, wie das ehemalige Jugoslawien handelt, das von 1954 bis zu seiner Zerstörung in den 1990er Jahren ein System der Selbstverwaltung in Verfassung und Praxis in vielfältiger Weise zu verwirklichen suchte.“ (Herbert 2006:22)

Gemäß Gabriele Herbert bilden Produktivgenossenschaften und selbstverwaltete Betriebe ein sicheres Fundament für eine Solidarische Ökonomie, die anstrebt, der

neoliberalen Wirtschaftsweise als Alternative entgegengestellt zu werden. Solidarische Ökonomie sollte demnach auf grundlegende Elemente der weltweiten Genossenschaftsbewegungen zurückgreifen. Eines der wichtigsten dieser Elemente kooperativer Ökonomie stellt die gesellschaftliche Vermittlung von Arbeitskraft und Boden dar. Anders als in kapitalistischen Marktwirtschaften bilden beide Produktionsfaktoren keine Waren und werden somit auch nicht über einen Markt vermittelt. In den Genossenschaftsstrukturen sind der Arbeitsmarkt und die daraus resultierende Mehrwertproduktion durch die Ausbeutung der Arbeitskraft praktisch abgeschafft. Da die in den Genossenschaften oder ihren Dachorganisationen Beschäftigten selbst über Investitionen entscheiden, finden diese in der Regel auch Lösungen für Personen, die wegfallende Arbeitsplätze einnehmen. In einer kooperativen Ökonomie hat der Kapitaleinsatz nicht den Zweck ein auf dem Markt nachgefragtes Gut zu produzieren, um, wie es bei Investitionen von Aktiengesellschaften der Fall ist, kurzfristig zu profitieren. Es wird langfristig gedacht und investiert. Darüber hinaus strebt kooperative Selbstverwaltung als Organisationen der Selbstverwaltung, als die sie in der Regel entstanden sind, danach, das Kapital zur Herstellung oder Bereitstellung von gebrauchswertorientierten Produkten in humaner Arbeitsweise zu verwenden. Damit wird das einmal erwirtschaftete Kapital dem traditionellen Kapitalmarkt entzogen und sichert Arbeitsplätze langfristig. Die Arbeit bindet das Kapital an die Region und fördert so die Regionalentwicklung (ebd.:23f).

Genossenschaftliche Selbstverwaltung ist gut geeignet, um ein Fundament für solidarökonomische Ansätze zu bilden. Vor allem können Arbeitsplätze erhalten bzw. neue geschaffen werden. Auf welche Art und Weise eine Solidarische Ökonomie weiterführend die kooperativen Strukturen für sich nutzen kann, hängt vom gesellschaftsverändernden Anspruch des jeweiligen solidarökonomischen Ansatzes ab. Gewiss muss hier angemerkt werden, dass der Zweck jeder Produktion, also auch der genossenschaftlichen, eine Art des Profits ist, der über den Kauf und Verkauf von Waren (Produktionsmittel, Arbeitskraft, Konsumgüter) zustanden kommt. Kapitalistisches Wirtschaften bedeutet immer, für einen gesellschaftlichen Bedarf zu produzieren. Regionale Kooperativen versuchen, der in privater Form organisierten und von den gesamtgesellschaftlichen Interessen isolierten Produktion entgegenzusteuern (vgl. ebd).

Die Positionen, die solidarökonomische Initiativen gegenüber dem kapitalistischen Staat einnehmen, sind sehr unterschiedlich. Meist ergeben sich Widersprüche aufgrund des einerseits stark ausgeprägten ‚Lokalismus‘ der solidarökonomischen Unternehmungen und andererseits aufgrund des Anspruchs, den kapitalistischen Staat über die Erringung der Staatsmacht zu transformieren. Es besteht ein doppeltes Dilemma betreffend das Verhältnis solidarischer Wirtschaftspraktiken zum kapitalistischen Staat (Auinger/Leubolt 2006:44): 1. Ignorieren lokale Initiativen Solidarischer Ökonomie die staatliche Macht vollkommen, können die Bemühungen entweder an der Gesetzeslage oder an Geldnot scheitern. Darüber hinaus laufen die emanzipatorischen AkteurInnen selbst Gefahr, in die aktuellen subalternen Herrschaftsstrukturen integriert zu werden. 2. Dies ist paradoxerweise auch dann zu befürchten, wenn sich politische Kämpfe nur noch um die Erringung der Staatsmacht drehen und die Bewegungen keine Netze außerhalb der Staatsapparate aufbauen. Die aktuellen solidarökonomischen Praktiken weisen im Hinblick auf ihr Verhältnis zum kapitalistischen Staat folgende Tendenzen auf: Sie können z.B. im spanischen Baskenland in Form eines ‚Parallelstaates‘ in Form eines stark diversifizierten Genossenschaftsbundes (ebd.:42) organisiert sein:

Die Kooperative Mondragón ist die weltweit größte Industriekooperative und gilt als Paradebeispiel erfolgreicher betrieblicher Selbstverwaltung. Seit ihrer Gründung hat sie eine ständige Expansion erfahren und zählt zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Unternehmen in Spanien. Jedoch ist die ursprünglich religiöse Motivation des Genossenschaftsbundes heute verschwunden und es wird um vergessene Werte und gegen betriebswirtschaftliche Zugeständnisse im globalen Wettbewerb gekämpft. Am internationalen Markt mithalten zu können, hat seinen Tribut gefordert: 65 Produktionsstätten in Osteuropa, Asien und Lateinamerika wurden zur Senkung der Produktionskosten errichtet. Damit wurden Arbeitsplätze im Baskenland zwar erhalten, jedoch auch Kontroversen innerhalb des Genossenschaftsbundes ausgelöst. Nicht alle ArbeiterInnen stehen hinter der Entscheidung, da in den ausgelagerten Betrieben im klassischen kapitalistischen Stil gearbeitet wird. Die Gratwanderung zwischen solidarökonomischen Werten und dem globalen Kapitalismus ist überaus schwierig (Hafner 2008:25f).

Andere Ansätze Solidarischer Ökonomie zielen weniger auf die Entwicklung eines ‚Parallelstaates‘ ab, sondern nehmen hingegen vermehrt staatliche Unterstützung in Anspruch. Ein gutes Beispiel für eine Form der Solidarischen Ökonomie, die in staatliche Strukturen eingebunden ist, stellt das Experiment der früheren jugoslawischen

Selbstverwaltung dar. Meist wurde das ehemalige jugoslawische System dem sowjetischen ‚Modell‘ gegenübergestellt, da es die zentrale verbindliche Planung ablehnte, Dezentralisierung betonte, weitgehende Partizipationsstrukturen in Ökonomie, Gesellschaft und Politik schuf und damit die Rolle der Partei neu definierte (Herbert 2006:25). Vor allem ist die jugoslawische Selbstverwaltung der Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg als wirtschaftliches Entwicklungsmodell zu betrachten. Trotz der klaren Orientierung des kommunistischen Jugoslawiens zu den westlichen Ländern wurden viele sozialistische Ziele der Gesellschaft beibehalten. Die Selbstverwaltung wurde bis in die späten 1980er Jahre weiterentwickelt und demokratisiert. Trotzdem schafften es die Programme nicht an der Entwicklungsschere vorbei, die innerhalb der Landesgrenzen eklatant auseinander klaffte. Jugoslawien, das sich ab Mitte der 1980er immer mehr in eine Konföderation verwandelte, war immer weniger in der Lage, ein gemeinsames gesamtjugoslawisches Interesse zu definieren (ebd.:26).

Auch in Lateinamerika entstanden im Zuge der liberalen Strukturveränderungen ab den 1970er und 1980er Jahren zunehmend solidarökonomische Projekte, die gemeinwirtschaftliche Wege zur ökonomischen Existenzsicherung innerhalb des kapitalistischen Staates aufzeigten. Die Initiativen, die anfänglich überwiegend auf wirtschaftliche Selbsthilfe ausgerichtet waren, forderten staatliche Unterstützung ein, die ihnen auch vermehrt gewährt wurde. Vor allem in Brasilien und Venezuela und teilweise auch in Argentinien bekennen sich die Regierungen zur Unterstützung der Solidarischen Ökonomie. Eingebunden in nationale Strategien der Demokratisierung und Armutsbekämpfung ist dabei die direkte und indirekte staatliche Intervention meist in öffentlichen Dienstleistungen einer Bereitstellung spezieller Kreditprogramme sowie öffentlicher Auftragsvergaben anzutreffen (Auinger/Leubolt 2006:43).

Inwieweit eine derartige Einbindung lokaler Projekte in staatliche Strukturen den Handlungsspielraum erweitert oder begrenzt, weist auf das oben genannte doppelte Dilemma solidarökonomischer Initiativen im Hinblick auf ihr Verhältnis zum Staat hin: Streben die Bewegungen eine Transformation ‚von unten‘ an oder tritt der Staat an die Stelle der revolutionären Bewegung und es kommt zu einer Transformation ‚von oben‘ (ebd.:44)?

3.1.4. Fazit

Aus der theoretischen Auseinandersetzung mit den diversen Konzepten der Solidarischen Ökonomie geht hervor, dass keine allgemeingültige Definition formuliert werden kann. Obwohl, wie zuvor erläutert, die BefürworterInnen der Solidarischen Ökonomie gerade in der Offenheit des Modells einen großen Vorteil sehen, muss der Begriff auch kritisch beleuchtet werden. Aufgrund der Heterogenität hinsichtlich Größe, Ausmaß und emanzipatorischer Zielvorstellung verschiedener solidarökonomischer Ansätze drängen sich Fragen betreffend ihre angestrebten gesellschaftsverändernden Potenziale auf: Soll Solidarische Ökonomie als eine Nische im Schatten des Kapitalismus (Tauschkreise, Umsonstökonomie, etc.) oder als eine alternative Gesamtperspektive (quasi parallelstaatliche Genossenschaften, Participatory Economics) betrachtet werden?

Zunächst geht aus der eingehenden Beschäftigung mit Solidarischer Ökonomie hervor, dass die meisten Unternehmungen auf kleinster lokaler Ebene verortet sind und im Rahmen der Selbsthilfe bzw. Selbstorganisation stattfinden. Anstelle einer tief greifenden gesellschaftlichen Veränderung scheinen diese Projekte die Bedürfnisbefriedigung lokaler Betroffenen zum alleinigen Ziel zu haben. Die Bedürfnisbefriedigung ist häufig auch die einzige Motivation, um an einer solidarischen Wirtschaftsform zu partizipieren. Wie im Laufe der vorliegenden Arbeit mittels des Fallbeispiels über die Tauschkreisbewegungen in Argentinien aufgezeigt werden soll, laufen derartige Ansätze Gefahr, lediglich eine kurzfristige ‚humane‘ Ergänzung zur formellen Wirtschaft darzustellen, die nicht oder nicht effizient funktioniert. Hingegen stellt das unter 3.2. vorgestellte Konzept einer partizipativen Ökonomie (Participatory Economics) im Rahmen einer Solidarischen Ökonomie den detailliertesten Vorschlag für ein alternatives Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell dar.

Wie Wolfgang Nitsch bei seiner Analyse des transformatorischen Potenzials Solidarischer Ökonomie feststellt (siehe 3.1.1.) kann diese auch eine systemstabilisierende Wirkung haben. Viele Ansätzen und Projekte Solidarischer Ökonomie entstehen häufig unter extremen Bedingungen der Armut bzw. gehen aus dem informellen Sektor hervor. Die aus der formellen Wirtschaft ausgeschlossenen bilden Initiativen der Selbstversorgung in einem vom Staat getrennten sozialen und ökonomischen Terrain. Daher können die solidarökonomischen Ansätze der Selbstorganisation staatliche Förderprogramme ersetzen und einen Rückzug des Staates

in sozialpolitischen Belangen wie der Daseinsvorsorge und Armutsbekämpfung legitimieren.

Abschließend lässt sich zusammenfassen, dass die bestehende Praxis der Solidarischen Ökonomie die grundsätzliche Möglichkeit von alternativen Formen des Wirtschaftens bezeugt. Aufgrund der ideologischen Abgrenzungsschwierigkeiten unter der Vielzahl wie auch der Unterschiedlichkeit an Ansätzen und Praktiken erscheint die Bildung einer international präsenten Dachorganisation schwierig. Die Heterogenität der diversen Bezugsrahmen sowie unterschiedlichen Zielvorstellungen solidarökonomischer Ansätze – ob lokal verortet und als humane Ergänzung des Kapitalismus oder ‚parallelstaatlich‘ organisierte Genossenschaftsbündnisse, die über nationale Ebenen hinausgehen oder visionäre gesamtgesellschaftliche Alternativen zu Marktwirtschaft und Kapitalismus – stehen allgemeingültigen Schlussfolgerungen entgegen. Es bedarf deshalb einer Analyse konkreter solidarökonomischer Praktiken und Ideologien, wie sie in den folgenden Kapiteln der vorliegenden Arbeit vorgenommen wird. Nur mittels einer Einbettung Solidarischer Ökonomie in einen historisch-geographischen Kontext können analytisch verwertbare Ergebnisse erreicht werden.

3.2. Participatory Economics

Participatory Economics, oftmals mit Parecon abgekürzt, beschreibt die Vision eines ökonomischen Systems, dem partizipatorische Entscheidungsfindungsprozesse als wichtigste Instanz zur Steuerung der Wirtschaft zugrunde liegen. Parecon beabsichtigt, eine Alternative sowohl zur kapitalistischen Marktwirtschaft als auch zur (real)sozialistischen Planwirtschaft darzustellen und wird oft als anarchistische Wirtschaftsvision beschrieben. Parecon postuliert somit eine Gesellschaftsvorstellung, die weder von Wettbewerb noch von Kontrolle, sondern von partizipatorischer Arbeitsteilung und Planung geleitet wird. Das Konzept begreift sich als solidarökonomischer Ansatz.

Das ökonomische Modell geht aus den Arbeiten des politischen Aktivisten und US-amerikanischen Autors Michael Albert und seinen Kooperationen mit Robert Hahnel, Ökonom an der *American University* in Washington D.C, hervor.

Michael Albert wurde 1947 geboren und lebt in Woods Hole, USA. Er ist Mitbegründer und Mitarbeiter des unabhängigen non-profit Buchverlags *South End Press*. Dieser

versucht seit seiner Gründung 1977 eine Leserschaft anzusprechen, die sich für eine Politik der radikalen Veränderung interessiert und strebt gleichzeitig an eine Alternative zum unternehmerischen Verlagswesen darzustellen. Der Verlag versteht sich als Förderer des kritischen Denkens und Handelns in den verschiedensten politischen, kulturellen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen. Die *South End Press* ist ein selbstverwalteter Betrieb, dessen kollektive Organisation in hohem Maße auf egalitärer und partizipatorischer Entscheidungsfindung basiert. Jede/r MitarbeiterIn des Verlags trägt Verantwortung über sowohl wichtige redaktionelle als auch administrative Aufgaben, über Routinetätigkeiten und konzeptionelle Aufgaben sowie über repetitive und abwechslungsreichere Arbeiten. Darüber hinaus erhalten alle Angestellten ein gleiches Grundeinkommen. Ferner wird angestrebt, den in traditionellen Unternehmen gängigen diskriminierenden Hierarchien hinsichtlich Rasse und Gender entgegenzusteuern.

Der Verlag war Schlüsselakteur bei der Gründung des *Z-Magazines* sowie der *Z-Magazine*-Webplattform, *Z-Communications* (vgl. www.zmag.org), wodurch der Zugang zu kritischen Informationen erweitert werden konnte. Darüber hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit mit anderen politischen Medien- und Forschungsanstalten wie alternativen Rundfunkorganisationen, etc. (vgl. www.southendpress.org).

Für den folgenden theoretischen Überblick der Parecon wurde vor allem das 1991 von der *Princeton University Press* publizierte ‚The Political Economy of Participatory Economics‘ von Michael Albert und Robert Hahnel sowie das 2006 beim Frankfurter *Trotzdem Verlag* in deutscher Fassung erschienene ‚Parecon. Leben nach dem Kapitalismus‘ von Michael Albert herangezogen. Zusätzlich wurden zahlreiche Informationen den oben erwähnten Internet-Plattformen wie etwa dem so genannten *Z-Net* des *Z-Magazines* entnommen.

3.2.1. Parecon und traditionelle Wirtschaftssysteme

Parecon lehnt sowohl die kapitalistische Marktwirtschaft ab, als es sich auch von der sozialistischen Zentralplanung abgrenzt.

Die Kritik an der kapitalistischen Marktwirtschaft bezieht sich in erster Linie auf die mangelnden konkreten Informationen, die Märkte betreffend den möglichen Folgen von bestimmten wirtschaftlichen Handlungen für andere MarktteilnehmerInnen mit sich bringen. Märkte gewährleisten demnach den Beteiligten keine Informationen über die

sozialen Kosten bestimmter Allokationsentscheidungen. Es kommt zu einer extremen Überbewertung und Förderung von Waren und Leistungen, die auf das Individuum abzielen. Gleichzeitig werden aufgrund einer Unterbewertung von sozialen Leistungen, die externen Effekte missinterpretiert. Externe Effekte sind gemäß Parecon mehr die Regel als die Ausnahme. Generell lehnt Parecon Allokationsmechanismen ab, die auf der Präferenz oder der Bevorzugung einer einzig besten möglichen bzw. alternativen Entscheidung basieren. In Marktwirtschaften besteht trotz unterschiedlichster wirtschaftlicher Optionen eine systematische, voreingenommen, wenn gar manipulierte Ausrichtung der Auswahlmöglichkeiten hin zu individualistischen Präferenzen. Diese Beeinflussung (*engl. bias*) der Wahlmöglichkeiten seitens der Allokationsinstitution führt zu einer Abweichung vom marktwirtschaftlichen Optimum, da es mögliche soziale Folgen ausgrenzt. Das Konzept der Pareto-Optimierung wird von Parecon sehr wohl akzeptiert, sofern es sein Hauptaugenmerk auf soziale Komponenten legt (Albert/Hahnel 1991:11f).

Die Theorie der zentralen Planung wird von Parecon abgelehnt, da sie laut Michael Albert zwangsläufig eine autoritäre Dynamik hervorbringt. Die Informationen, die die ProduzentInnen über ihre Beziehungen mit anderen an der Wirtschaft Beteiligten haben, sind minimal und es kommt zu einer Monopolbildung an Fachwissen in der Zentralplanungsverwaltung. Ferner ist die Zentralplanung schlecht geeignet, um einer Mehrheit an ArbeiterInnen größere Mitsprache an ihren eigenen Belangen, im Gegensatz zu den Anderer, zu gewähren. Die Theorie der zentralen Planung ist gemäß Parecon in keiner Weise mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung zu vereinbaren.

3.2.2. Die Werte einer partizipativen Wirtschaft

Durch die Allokation werden in einem Wirtschaftssystem Produktion und Konsum sowie Arbeit und Freizeit synchronisiert. Unter Allokation (*lat. allocare*) wird die Zuordnung von knappen Ressourcen auf verschiedene Verwendungsmöglichkeiten verstanden. In einer Marktwirtschaft werden die Allokation von Produktionsfaktoren (Arbeit, Boden, Kapital) und die Allokation von Gütern und Dienstleistungen (Konsum, Investition, Export, Import) von den relativen Preisen bestimmt (vgl. Beutel 2006:353). Die Allokation entscheidet darüber, welche der unendlich vielen Möglichkeiten, die einer Wirtschaft offen stehen, realisiert werden. Sie sollte so organisiert sein, dass sie einerseits die Bedürfnisse der Menschen befriedigt und ihre Wertevorstellungen

unterstützt werden, andererseits ihre Kräfte nicht vergeuden müssen, sodass unerwünschte Nebenwirkungen gar nicht erst auftreten (Albert 2006:26f). Die Wertevorstellungen, an denen sich Parecon orientiert, und wie sehr spezifische Institutionen diese Werte fördern oder behindern können, ist Gegenstand dieses Kapitels.

Zur Überwindung des Kapitalismus bietet Parecon eine Vision neu zu schaffender Institutionen an, die sich auf die Leitwerte (a) Gerechtigkeit, (b) Selbstbestimmung, (c) Vielfalt und (d) Solidarität unter ökologisch verträglichen Bedingungen stützen. Das in den traditionellen Wirtschaftssystemen, worunter Michael Albert sowohl die kapitalistische Marktwirtschaft als auch die realkommunistische Planwirtschaft versteht, bestehende Ungleichgewicht zwischen den bevorzugten privaten Interessen und den benachteiligten öffentlichen Belangen wirkt diesen Wertevorstellungen entgegen (Albert/Hahnel 1991:7).

Bevor im nächsten Kapitel auf die organisatorische Struktur der Institutionen der partizipatorischen Planung eingegangen wird, soll zunächst die Bedeutung der oben genannten Werte für die Wirtschaftswelt in einem Parecon-System erklärt werden.

(a) Gerechtigkeit

Gerechtigkeit und Einkommen:

Für die Zuteilung von Einkommen als Belohnung für die wirtschaftlichen Aktivitäten der Menschen existieren nach Michael Albert im Wesentlichen vier Normen (ebd.:44f):

- Norm 1: Einkommen nach dem Beitrag, den jedeR persönlich mit den ihm/ihr verfügbaren Mitteln und Eigentum leistet.
- Norm 2: Einkommen nach dem Beitrag, den jedeR persönlich leistet.
- Norm 3: Einkommen nach dem Aufwand und dem Einsatz oder der Entbehrung, mit dem/der jedeR zum Sozialprodukt beiträgt.
- Norm 4: Einkommen nach dem persönlichen Bedarf.

Gerechtigkeit im Hinblick auf die Einkommensfrage bezieht sich hier auf den moralischen Anspruch, Produktiveigentum zu erwerben und Gewinne zu erzielen. Parecon betrachtet die Erzielung von Einkommen oder den Erwerb von

Produktiveigentum nur dann als gerechtfertigt, wenn dafür im Vorfeld persönliche Opfer gebracht wurden (ebd.).

Norm 1 plädiert für eine Entlohnung gemäß dem verfügbaren produktiven Eigentum, ohne die Art und Weise, wie Gewinne erwirtschaftet werden, moralisch zu hinterfragen. Aus diesem Grund lehnt Parecon diese Norm ab und Albert vertritt über die Vererbung von Produktiveigentum folgende Sichtweise:

„Das Recht, Vermögen zu vererben, ist nämlich deswegen eine besonders empfindliche Verletzung des Prinzips der wirtschaftlichen Selbstbestimmung, weil dadurch den Erblässern, also Leuten, die selbst kaum betroffen sind, gestattet wird, heftig in das Leben anderer einzugreifen. Diese anderen sind es, die nun gegenüber den privilegierten ins Hintertreffen geraten.“ (Albert 2006:39)

Ferner wird in diesem Zusammenhang ein weiterer Weg genannt, im Kapitalismus ohne eigenem Aufwand zu Produktiveigentum zu gelangen: *„Der pure Glückumstand“* (ebd.:39). Dieser sei gewährleistet wenn das Unternehmen, für das gearbeitet oder in das investiert wird, durch die Zuarbeit anderer oder aufgrund einer günstigen Weltkonjunktur Gewinne erzielt. Ein moralischer Anspruch auf einen derartigen Gewinn besteht dennoch nicht, da dieser mit dem Opfer anderer verbunden ist. Eine weitere Möglichkeit, sich eine große Menge an Produktivmitteln zu eigen zu machen, besteht darin, unfaire Vorteile wie äußere Bedingungen oder persönliche Eigenschaften auszunutzen. Informationsvorsprünge oder bessere lokale Voraussetzungen können zu einer Akkumulierung von Eigentum führen, die ungerecht ist, da bereits der Ausgangszustand nicht gerecht war (Albert/Hahnel 1991:47).

Norm 2, das Einkommen nach dem Beitrag, den jeder persönlich leistet, ist für Parecon im Wesentlichen aus denselben Gründen wie Norm 1 ebenso wenig mit Gerechtigkeit zu vereinbaren, obwohl es auf den ersten Blick logisch erscheint, dass wenn jemand mehr Arbeit zum allgemeinen Ergebnis beiträgt und damit mehr Opfer und Einsatz bringt, auch den Gegenwert seines persönlichen Beitrages bekommen müsste. Eine Tatsache, die laut Michael Albert allen *„beitragsorientierten Ansätzen“* (ebd.:44) den moralischen Boden entzieht, ist, dass in der wirtschaftlichen Realität unterschiedliche Leitungsergebnisse bei weitem nicht alleine auf den persönlichen Beitrag zu einem Produkt, über die der/die Einzelne Kontrolle hat, zurückzuführen ist. Das Grenzprodukt des Faktors Arbeit oder – anders ausgedrückt – der Wert der Arbeitsstunden eines Menschen ist nur soviel wert, wie sie von der Tätigkeit anderer Menschen, von

materiellen Komponenten (z.B. Maschinen), von Wissenskomponenten (Ausbildung) und von allgemeinen Umständen abhängig ist (Albert 2006:41).

Der einzige Faktor, von dem die Arbeitsleistung eines Menschen abhängt, aber auch ausschließlich von dem/der Betroffenen selbst bestimmt wird, ist der persönliche Einsatz. Wird dieser Faktor, wie in Norm 3, die die Entlohnung je nach geleistetem Einsatz oder erbrachtem Verzicht vorsieht, in Betracht gezogen, kommt es zwangsläufig zu einer Ablehnung der Leistungsnormen 1 und 2. Unter *Einsatz* versteht Michael Albert das persönliche Opfer, das jemand erbringen muss, um seinen wirtschaftlichen Verpflichtungen nachzukommen. Der besondere Einsatz kann demzufolge in längerer Arbeitszeit oder in einer anstrengenden, unangenehmen, ungesunden oder gefährlichen Tätigkeit bestehen. Parecon unterstützt diese Norm, da sie die einzige Möglichkeit darstellt, wirtschaftliche Selbstbestimmung und Gerechtigkeit zu erlangen. Trotz allem reicht diese Norm als alleinige Bestimmungsgröße für das Einkommen nicht aus, unvorhersehbare Geschehnisse und Umstände, die die Einsatzfähigkeit und daher auch Opferbereitschaft beeinträchtigen können, auszugleichen. Um derartige, so genannte Verkehrsunfälle mit sozialer Verantwortung abfedern zu können, bedarf es nach dem Verständnis der Parecon einer Empathienorm, die bei Katastrophen, Krankheit, Behinderung, etc. anzuwenden ist. In diesen Fällen kommt Norm 4 ins Spiel, die den persönlichen Bedarf als Bestimmungsgröße für das Einkommen der Menschen betrachtet. Diese Norm hat jedoch nichts mit ökonomischer Gerechtigkeit zu tun, da sie ausschließlich zu der Kategorie des Mitgefühls zu zählen ist (ebd.:43).

Gerechtigkeit und Arbeitsbedingungen:

In einer partizipativen Ökonomie kommt der Gerechtigkeitsfrage auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen große Wichtigkeit zu. Parecon lehnt eine gesellschaftliche Organisationsform entschieden ab, die bestimmten Leuten nur ausführende Tätigkeiten wie z.B. Putzen zuweist, während anderen die kreativen Aktivitäten und Leitungsfunktionen vorbehalten bleiben (zit. nach Halimi 2006:10). Dieser in Marktwirtschaften sehr wohl bestehende Unterschied findet nach dem Verständnis der Parecon keine Rechtfertigung. Ähnlich wie im Zusammenhang mit der Entlohnung gemäß dem Einsatz oder der Entbehrung bereits diskutiert wurde, lassen sich bessere Arbeitsbedingungen ebenso wenig durch Eigentum, eine höhere Ausbildung oder Begabung rechtfertigen. Es muss auch in der Frage der Arbeitsbedingungen ein gerechter Ausgleich geschaffen werden (Albert 2006:44). Wie sich diese Unterschiede

in der Arbeitsplatzqualität kompensieren lassen, wird in den folgenden Kapiteln behandelt werden.

(b) Selbstbestimmung

Selbstbestimmung ist in einem Wirtschaftssystem sehr eng mit der Zuordnung der Entscheidungsgewalt verbunden. Wie viel Macht und Partizipation die Beteiligten inne haben, kann sich in Wirtschaftssystemen sehr unterschiedlich gestalten. Während in autoritären Systemen die Konzentration der (Entscheidungs-) Macht bei wenigen AkteurInnen, wie etwa bei der Wirtschaftselite, liegt, besteht in Demokratien eine völlige gleichmäßige Machtverteilung, da jede Stimme und die Mehrheit zählt. In einer partizipativen Ökonomie hingegen entwickelt sich die Machtverteilung in Abhängigkeit davon, wie sehr die jeweilige Entscheidung den/die Einzelne/n tangiert. Wer stärker betroffen ist, dessen/deren Stimme erhält mehr Gewicht. Es ist eine Spannweite für die Beteiligung vorgesehen, in der jedeR ihrer/seiner persönlichen Betroffenheit entsprechend Einfluss auf bestimmte Entscheidungen nehmen kann. Mit der Garantie von partizipatorischer Selbstbestimmung und Partizipation soll verhindert werden, dass wirtschaftliche Entscheidungen gleichsam mechanisch und unabhängig von ihren Auswirkungen zu Stande kommen (ebd.:45f).

(c) Vielfalt

In einem Parecon-System ist die Möglichkeit unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen einem allgemeingültigen ‚Einheitsbrei‘ vorzuziehen. Gemeint ist damit, einer Vereinheitlichung bzw. einer allgemeinen Reglementierung der Arbeits- und Lebensbedingungen, der wirtschaftlichen Versorgung sowie verschiedenen Denkmustern entgegenzusteuern. Vielfalt wird in einer partizipativen Ökonomie gefördert, da sie erlaubt, je nach Bedarf ursprüngliche Entscheidungen flexibel umzugestalten und somit ungewollten Ergebnissen vorbeugt (ebd.:47).

(d) Solidarität

Parecon versteht sich als Wirtschaftssystem, in dem Menschen ihre Interessen solidarisch aufeinander beziehen. Das Anliegen, das Wohl der Mitmenschen zu

berücksichtigen, steht in jeder Hinsicht im Vordergrund. Ausbeutung und ‚unmenschliche Konkurrenz‘ stehen im absoluten Gegensatz zu dem Leitwert der Solidarität (ebd.).

3.2.3. Organisationsstruktur: Produktion, Konsum und Allokation

Die Vision der Parecon sieht eine Schaffung neuer Institutionen zur partizipatorischen Planung der Ressourcenallokation vor.

Neben dem Prinzip der Entlohnung gemäß dem Einsatz beinhaltet die partizipatorische Wirtschaft vier weitere Komponenten: (a) Das Gemeineigentum an Produktionsmitteln, (b) die autonomen ArbeiterInnen- und VerbraucherInnenräte, (c) die ausgewogenen Tätigkeitsbündel und schließlich (d) die partizipatorische Planung.

(a) Eigentum

Produktionsmittel wie u.a. Werkzeuge, Maschinen, Arbeitskräfte und Rohstoffe, die zur Herstellung von Konsumgütern eingesetzt werden, sind in einer partizipatorischen Wirtschaft keinen Eigentumsverhältnissen untergeordnet. Das Eigentum ist nach Michael Albert keine wirtschaftliche Kategorie und demnach negiert Parecon auch jegliche Form von wirtschaftlicher Macht der EigentümerInnen über den Einsatz der Produktionsmittel sowie über den dafür erzielten Ertrag (ebd.:90). Stützt sich eine partizipative Wirtschaft auf die Prinzipien Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Solidarität und Vielfalt sowie auf eine angemessene Zuordnung von Einflussmöglichkeiten, ist jegliche Form von Eigentum obsolet (ebd.:91).

(b) Räte

In einer partizipatorischen Wirtschaft schließen sich ArbeiterInnen und VerbraucherInnen gemäß dem Prinzip der Selbstbestimmung zusammen und bilden kollektive Entscheidungsgremien, die die Organisation von Produktion und Konsum betreffen.

Die Organisation in ArbeiterInnenräten wird als erster Schritt in Richtung gerechte Arbeitsverhältnisse und entgegen Machthierarchien betrachtet (vgl. Albert/Hahnel 1991:23). Das Mitspracherecht bei den Entscheidungen ist so geregelt, dass jederR

beteiligteR ArbeiterIn diese gemäß ihrer/seiner Betroffenheit beeinflussen kann. Für die Abstimmungen in den Räten können unterschiedliche Verfahren gelten. Die Entscheidungen können über ein Konsensprinzip, über einen Mehrheitsbeschluss und/oder über andere Abstimmungsmechanismen, welche mit den Leitwerten eines Parecon-Systems vereinbar sind, gefunden werden. Diese Räte greifen auf allen Ebenen, wo Entscheidungen gefordert sind, angefangen von der Arbeitsgruppe bis zu ganzen Betrieben sowie Industriezweigen.

Die VerbraucherInnenräte sind gleichermaßen gestaffelt auf der Ebene des Haushalts, der Wohneinheit, des Wohnviertels, des Stadtteils, des Stadt- oder Landkreises, der Provinz oder Region, des Bundesstaates bis hinauf zum nationalen Rat. Alle Räte sind, analog zu Organisation der Produktion in den ArbeiterInnenräten, für die Organisation des Konsums zuständig. Lokale Entscheidungen, wie etwa die Errichtung eines Spielplatzes werden demnach von den zuständigen Stadtteilräten getroffen, wenngleich landesweite Entscheidungen, wie etwa der Ausbau eines massiven Verkehrssystems, in den nationalen VerbraucherInnenräten diskutiert werden. Der jeweilige Entscheidungsfindungsprozess ist immer stark von einer Interaktion zwischen den VerbraucherInnen- und ArbeiterInnenräten auf allen Ebenen abhängig. In einem Parecon-Betrieb kommt auf jeden ArbeiterInnenrat ein entsprechender KonsumentInnenrat. Diese Kooperation zwischen den Räten dehnt sich ähnlichermaßen auf größere geographische bzw. linguistische Bezugsrahmen aus (Albert 2006:93f).

(c) Tätigkeitsbündel

In einer partizipativen Wirtschaft soll, wie erklärt, über eine formal demokratische Organisation gleiches Mitspracherecht und Partizipation auf allen Ebenen garantiert werden. Jedoch bedeuten gerechte Entscheidungsbefugnisse bezüglich der Produktion, den Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, etc. nicht per se, dass auch ein Ausgleich in der Arbeitsplatzqualität unterschiedlicher Tätigkeiten gewährleistet ist. Nach Michael Albert wirkt sich die tägliche Arbeitssituation langfristig auf das Urteilsvermögen aus, da eine große Spannweite zwischen geistig und körperlichen abstumpfenden Tätigkeiten und spannenden und aufbauenden Beschäftigungen liegt. MitarbeiterInnen, die regelmäßig mehr Verantwortung tragen und über mehr Informationen verfügen, würden demnach ihre Umgebung beherrschen und sich zu einer ‚KordinatorInnenklasse‘

entwickeln (ebd.:102f). Unterschiedliche Befugnisse am Arbeitsplatz verringern somit zwangsläufig das partizipatorische Potenzial.

Die Arbeitsorganisation basiert auf einem ausgewogen verteilten Tätigkeitsbündel, wobei jede arbeitende Person ein Bündel verschiedener Tätigkeiten zugewiesen bekommt. In der Praxis würden alle ArbeiterInnen einen Teil des Tages oder der Woche eine konzeptionelle Tätigkeit und zu anderen Zeiten einer ausführenden Beschäftigung nachgehen. Alle Tätigkeiten würden zu Bündel zusammengefasst und zugeordnet, dass eine ungefähr vergleichbare Arbeitsplatzqualität für alle gegeben ist (ebd.:103). Es muss hierbei erwähnt werden, dass mittels der ausgewogenen Tätigkeitsbündel die Arbeitsteilung als solche nicht aufgehoben werden sollte.

(d) Partizipatorische Planung

In einem Parecon-System einigen sich ProduzentInnen und VerbraucherInnen ohne Intervention einer Zentralstelle und ohne Konkurrenz und Warentausch auf einen ‚Produktionsplan‘. Diese Möglichkeit zur Allokation wird als *„dezentrale partizipatorische Planung“* (ebd.:120) verstanden.

Die wichtigsten AkteurInnen bei Allokationsentscheidungen setzen sich, wie oben beschrieben, aus den ArbeiterInnen- und VerbraucherInnenräten zusammen. Die ArbeiterInnen entscheiden über Produktion, wengleich die VerbraucherInnen Konsumvorschlägen ausarbeiten – ein iterativer Prozess, der unter Achtung der gegenseitigen Rechte sowie Parecon-Leitwerte ablaufen soll. Um einen derartig notwendige Informationsfluss gewährleisten zu können, müssen folgende Vorbedingungen gewährleistet sein (vgl. Albert/Hahnel 1991:59):

- Die ArbeiterInnen müssen den Nutzen, der für sie selbst in weniger Arbeit oder in angenehmerer, wenn auch unproduktiverer Arbeit liegt, gegen den Verlust für die VerbraucherInnen abwägen. Dementsprechend müssen die VerbraucherInnen den mit dem Konsum der von ihnen gewünschten Waren verbundenen *„Lustgewinn“* (Albert 2006:120) gegen die damit für die ProduzentInnen verbundenen Mehrbelastungen abwägen.
- Die ArbeiterInnen müssen eine gerechte Arbeitsbelastung von einer zu niedrigen oder zu hohen unterscheiden können. Ebenso müssen die VerbraucherInnen vertretbare Konsumwünsche von solchen unterscheiden können, die übertrieben oder zu bescheiden sind (ebd.:121).

- Jede/r muss sich über die gesellschaftlichen Kosten seiner Konsum- und Produktionsvorschläge im Klaren sein, auch über quantifizierbare wie nicht-quantifizierbare Auswirkungen seiner Wahl (ebd.).

Allgemein besteht für eine partizipatorische Allokation ein hoher Informations- und Kommunikationsbedarf. In einem Parecon-System müssen die sozialen Kosten exakt quantifiziert und auch die Lebensbedingungen der Menschen möglichst genau kommuniziert werden. Die Preise stellen hierzu, neben den quantitativen sowie qualitativen Arbeitsleistungen wichtige Indikatoren im Hinblick auf die gesellschaftlichen Opportunitätskosten bestimmter Handlungen dar. Die Preise in einer Parecon sind die Grundlage für die Bewertung von Produktionsvorschlägen. Diese Entscheidung über den gesellschaftlichen Nutzwert, also die Richtpreise bestimmter Produkte und Handlungen, findet auf einer höchst interaktiven Ebene und in breiter gesellschaftlicher Konsultation und Verhandlung statt, sodass alle Beteiligten ein Gefühl für die Tragweite der jeweiligen Entscheidung entwickeln (ebd.:122f).

3.2.4. Kritik und Bewertung

Visionen und Gegenentwürfe liefern Motivation zur Teilnahme an Bewegungen. Sie können das Handeln orientieren und bei der Formulierung von Vorstellungen und Forderungen unterstützen (vgl. Kurswechsel 2005:6). Obwohl sich vermuten lässt, dass es sich bei Parecon um eine utopische Vision handelt, müssen einige kritische Betrachtungen betreffend der streng rationalen Art der Argumentation Michael Alberts angemerkt werden. KritikerInnen zufolge (z.B. Altvater 2006) misslingt es den auf logischen Annahmen basierenden Argumenten der Parecon, der Komplexität und Widersprüchlichkeit menschlicher Bedürfnisse und Gefühlslagen gerecht zu werden. Darüber hinaus wird Parecon als optimales Modell beschrieben, wenngleich keinerlei Hinweise oder Wege geliefert werden, wie die bestehende Allokation durch Marktkonkurrenz, die sie strikt ablehnt, hinter sich gelassen und ein Parecon-System erreicht werden kann.

Parecon ist als Modell zu betrachten, welches nicht die Steigerung der Produktivität zum Ziel einer Wirtschaft hat. Freies Verhandeln scheint nur während der partizipativen, dezentralen Planperiode möglich zu sein, indem in den ArbeiterInnen-

und VerbraucherInnenräten Produktions- und Konsumvorschläge vorgebracht werden. Es präsentiert sich daher auf dem ersten Blick als ein kaum dynamisches Wirtschaftsmodell.

Das Parecon-Modell soll auch auf dieses wesentliche Kriterium zur Beurteilung eines Wirtschaftssystems untersucht werden: Effizienz. Gemäß Michael Albert, kann eine effiziente Allokation und Produktion in einem Parecon-System nur unter der Berücksichtigung der postulierten Leitwerte gewährleistet sein. Es besteht demnach ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Gewährleistung von Effizienz und einer Orientierung an den Werten Gerechtigkeit (sowohl betreffend das Einkommen als auch die Arbeitsbedingungen), Selbstbestimmung, Vielfalt und Solidarität (vgl. Albert 2006: 47f/221). Die kritische Auseinandersetzung mit dem Parecon-Modell soll anhand der drei zentralen Merkmale des Modells diskutiert werden: den ausgewogenen Tätigkeitsbündeln, der Entlohnung nach Opfer und Einsatz sowie einem den Markt ablehnenden Allokationssystem. Es wird folglich untersucht, ob die angedachten Institutionen der partizipatorischen Planung, dem Anspruch einer effizienten Ressourcenallokation gerecht werden können. Anders ausgedrückt: Wie gestalten sich die Anreize um an einem Parecon-System teilzunehmen? Wie funktioniert die Zuteilung der Güter und Ressourcen sowie die Produktion, sodass so wenig wie möglich an Ressourcen, Zeit, Arbeitskraft oder Talent, d.h. Produktionsmittel, die zur Verbesserung des Lebens der Menschen benötigt werden, verschwendet werden? Gemäß Michael Albert strebt Parecon sehr wohl an, Bedürfnisse zu befriedigen, Potenziale zu entwickeln, die Leitwerte zu fördern, ohne dabei Mittel zu vergeuden (ebd.: 221). Effizienz steht in einer partizipatorischen Wirtschaft in Zusammenhang mit Anreizen, die auf die Belohnung des persönlichen Einsatzes zurückzuführen sind. Die Belohnung des Einsatzes sei der einzige leistungsbestimmende Faktor auf den jemand persönlich Einfluss habe. Da in einem Parecon-System die Produktionsentscheidungen sowie die Kosten für Ausbildungen, Arbeitszuordnungen, etc. von der Allgemeinheit getragen werden, stellt nur die Belohnung der persönlichen Verausgabung einen effizienten Anreiz dar.

Um Arbeit zu koordinieren, bedarf es immer, vor allem aber in einem Parecon-System, eines hohen Maßes an Information, politischen Bewusstsein und Motivation. Aus einer Parecon-Kritischen Perspektive drängt sich die Frage auf, ob eine Wirtschaftsordnung, die ausführende bzw. unangenehme und konzeptionelle bzw. angenehme Tätigkeiten

gleichmäßig aufteilt, als per se als gerecht und solidarisch zu betrachten ist. Aus einer derartigen Sichtweise bestünde ein Widerspruch zwischen dem Konzept der ausgewogenen Tätigkeitsbündel und der Orientierung an den Leitwerten, Selbstbestimmung, Vielfalt, Gerechtigkeit und Solidarität. Können diese Werte nicht genauso oder umso mehr in einer Wirtschaft, in der es die Möglichkeit gibt, Tätigkeiten, für welche man/frau qualifiziert ist, auch exklusiv auszuüben gelten? Die Antwort auf diese Frage lässt sich nur in der kapitalistischen Marktwirtschaft erörtern, in welcher die Arbeit nicht in ausgewogenen Tätigkeitsbündel zusammengefasst ist. Im Kapitalismus wird sehr wohl allgemein beliebteren und weniger beliebten Tätigkeiten ausschließlich nachgegangen, die auf sehr unterschiedliche Art monoton, abstumpfend, spannend oder erbauend sein können. Die Langzeitwirkungen der täglichen Arbeitsbelastung sind unabhängig von der Entlohnung, mit dauerhaften Privilegien und Machtbefugnissen gewisser Berufstände verbunden. Parecon versucht dieser im Kapitalismus vorherrschenden Hierarchie der Befugnisse entgegen zu wirken. Vor allem geht es Parecon mittels der Tätigkeitsbündel schlicht und einfach darum, die Einzelbelastungen für den allgemeinen Durchschnitt der Beteiligten gleich leicht bzw. gleich schwer ertragbar zu machen (Albert 206:103):

Weitere Kritikpunkte sind im Hinblick auf die Entlohnung gemäß dem Opfer und Einsatz anzubringen. Es mag als abstrakt und notbehelfend erscheinen, die so genannten unangenehmen bzw. ausführenden Tätigkeiten gleich zu verteilen, um auf diesem Weg eine gerechte Wirtschaftsordnung herzustellen. Umso mehr kann argumentiert werden, dass es bei Michael Alberts Theorie an Strategien zur Vermeidung dieser so bezeichneten mühsamen Tätigkeiten mangelt. In diesem Sinn ist auch bei Parecon kein Ausbruch aus der in kapitalistischen Marktwirtschaften vorherrschenden Korrelation zwischen Begabungen und der Hierarchie der verschiedenen Berufe gegeben. Des Weiteren bezieht sich Albert bei der Arbeitsproduktivität ausschließlich auf das Entgelt für Verausgabung, der ökonomischen Reproduktion wegen. Andere produktive Ressourcen, wie etwa mögliche Weiterentwicklungen aufgrund von individuellen Lernprozessen als Produktivkräfte, werden völlig außen vor gelassen. Darüber hinaus sind die Erbringung von Opfer sowie Einsatz und Anstrengung bei der Erledigung mühsamer Arbeit allesamt subjektive Größen und schwer messbar.

Abschließend ist es die partizipative Planung, welche die gesamte Komplexität von Produktion und Konsum vom Einzelnen ausgehend zu planen gedenkt, an sich kritisch zu betrachten. Von Albert als „*mehrstufiger Diskussionsprozess*“ (ebd.:25) bezeichnet, ist nur schwer vorstellbar, wie sich eine derartig Koordinierung einer Gesamtwirtschaft über ständig abzuhaltende Rätessitzungen auf verschiedensten Ebenen praktisch realisieren lässt.

Bei der kritischen Hinterleuchtung der praktischen Umsetzbarkeit des theoretischen Modells verbleiben viele Unklarheiten, auch ohne die Kernprinzipien wie die ausgewogenen Tätigkeitsbündel, die Entlohnung nach Opfer und Einsatz und das einen Markt ablehnende Allokationssystem in Frage zu stellen. Wer bündelt die verschiedenen Tätigkeiten in Gruppen zusammen? Wer bestimmt, in welchem Ausmaß welcher Einsatz entlohnt wird? Wer legt die Zusammensetzung des Angebots auf der Produktionsseite fest und wie kann die konkrete Nachfrage vorhergesagt werden? Die Antworten auf diese Fragen nach den koordinierenden AkteurInnen finden sich bei Albert in den partizipativen Planungsprozessen, in welchen in den zuständigen Räten über die gesamte Organisation des Wirtschaftssystems per Konsensprinzip entschieden wird. Dem partizipativen Planungsprozess kommt im Rahmen der Parecon-Theorie universal ein sehr hoher Stellenwert zu. Hingegen wird auf konkrete Abläufe der Arbeits- und Technikorganisation in Betrieben kaum eingegangen, sodass sich das Konzept theoretisch schwer auf industrielle und gesamtgesellschaftliche Ebene übertragen lässt.

Trotz allem leistet Parecon einen unvergleichlichen Beitrag zur Diskussion um Alternativen zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Das visionäre Gesellschaftsmodell zeigt Möglichkeiten auf, wie – weit über die Kritik des Kapitalismus hinausgehend – andere Lebens- und Wirtschaftsweisen funktionieren können.

Die partizipatorische Planung dient selbst dem Ziel den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Respekt für das Wohlergehen anderer zu stärken. Dies geschieht in einem Parecon-System über wirtschaftliches Handeln, das sich positiv auf die Allgemeinheit auswirkt. Der Solidarität kommt in einer partizipatorischen Wirtschaft somit ein äußerst wichtiger Stellenwert zu, wodurch sie zu Recht als Teil der Solidarischen Ökonomie zu begreifen ist.

4. ARGENTINIEN: Historische Kontextualisierung und Wirtschaftsentwicklung

Um Entwicklungsstrategien auf ihre Möglichkeiten und Grenzen zu untersuchen, bedarf es einer Einbettung des historisch-geographischen Kontextes in die Geschichte der Nord-Südbeziehungen. Die vorliegende Arbeit erhebt den Anspruch, einzelne lokale, regionale, überregionale oder globale Phänomene der Entwicklungsforschung in Verbindung mit globalgeschichtlichen Prozessen zu betrachten. Somit sollen auch Ansätze der Solidarischen Ökonomie in Zusammenhang mit globaler Geschichte gebracht werden.

Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Argentiniens unter besonderer Berücksichtigung der jeweils relevanten Konzeptionen von Entwicklung. Dabei soll insbesondere die Entwicklung der Weltwirtschaft mit den argentinischen Veränderungsprozessen in Zusammenhang gebracht werden. Das nicht sehr einfache Anliegen der Arbeit, ein Verständnis der argentinischen Gesellschaft der Gegenwart zu ermöglichen, rückt damit ins Zentrum der Analyse. In weiterer Folge der Arbeit sollen aus den Ergebnissen, Schlüsse über die Potenziale solidarökonomischer Ansätze in Argentinien gezogen werden.

4.1. Koloniale Entwicklungsweise (1535-1810)

Triebkraft der europäischen Expansion in den iberoamerikanischen Raum waren wirtschaftliche Interessen, die häufig unter einem christlich-missionarischen Deckmantel ihren Ausdruck fanden. Die Epoche des spanischen und portugiesischen Kolonialismus bewirkte eine starke Ausdehnung des Handels, dessen Zentren sich vom Mittelmeer zum Atlantik verlagerten. Zudem wurde der Handel mit Massengütern immer bedeutsamer und der Kapitalbedarf für die umfangreichen und langfristigen Fernhandelsgeschäfte überstieg die bisherigen Möglichkeiten (WU Telematik 2004-2006). Die Ausweitung des europäischen Merkantilismus, der sich durch massive staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, sowohl den Binnen- als auch den Außenhandel betreffend, Protektionismus und Abschottung vom Weltmarkt kennzeichnete, wurde durch die Intensivierung der kolonialen Ausbeutung unterstützt. So wurden die Kolonien am Aufbau einer eigenen Produktion gehindert und in die Rolle von Rohstofflieferanten für das Mutterland bzw. von den AbnehmerInnen der gewerblichen Produkte vom Mutterland gezwungen (ebd.). Eduardo Galeano machte in

den 1970er Jahren in ‚Die offenen Adern Lateinamerikas‘ (Galeano 1986) auf das Abhängigkeitsverhältnis wie folgt aufmerksam:

„Die den neuen Kolonialgebieten entrissenen Edelmetalle förderten die wirtschaftliche Entwicklung Europas, und man kann sogar sagen, daß (sic!) sie sie ermöglicht haben.“ (Galeano 1986:33)

Darüber hinaus muss der spanische Kolonialismus auch im Kontext der gesellschaftlichen Umbrüche in Europa betrachtet werden. Neben der Ausweitung des Handels war die Epoche stark von Industrialisierungsprozessen, Militarisierung sowie von technologischem Fortschritt geprägt. Durch den Spanischen Erbfolgekrieg³ hatte sich Spanien bedeutend verschuldet und wies, verglichen mit den west- und mitteleuropäischen Nachbarnationen, eine zurückgebliebene Entwicklung im gewerblich-kapitalistischen Sektor auf. In der Aufrechterhaltung des imperialistischen Systems sah Spanien eine Möglichkeit, seine industrielle Entwicklung voranzutreiben, um sich dadurch gegen die aufstrebend Welt- und Handelsmacht Englands durchzusetzen. Mit Verweis auf den Umgang mit der indigenen Bevölkerung weist Friedrich Edelmayer darauf hin, dass sich die Konflikte Europas in der Neuen Welt fortsetzten und damit die erste Globalisierung eines Konflikts darstellten. So wurden beispielsweise *„[...] StellvertreterInnenkriege ausgefochten, in denen keine eigenen Soldaten fielen.“ (Edelmayer et al. 1996:17)*

Nur wenige Jahrzehnte nachdem die ersten spanischen SeefahrerInnen auf der Suche nach der Molukkenroute⁴ den Río de la Plata erreicht hatten, markierte die Entdeckung der Magellanstraße einen folgenschweren Moment für die Einbindung Argentiniens in die kapitalistische Produktionsweise. Das heutige argentinische Territorium wurde ab 1535 als Teil des Vizekönigreichs Peru kolonial erschlossen. Das strategische Ziel der spanischen Conquista – die Eroberung des Inkareiches und die Ausbeutung seiner Edelmetallvorkommen – hatte sich damit massiv verändert. Ab jenen Zeitpunkt ging es

³ Dem Spanischen Erbfolgekrieg (1701-1714) liegt der Zusammenschluss einer Vielzahl an europäischen Mächten rund um die österreichischen Habsburger und England zugrunde. Diese gründeten eine Kriegsallianz, um eine mögliche Koalition zwischen dem spanischen Königreich mit Frankreich unter bourbonischer Vormachstellung, anzufechten (Edelmayer et al. 1996:15).

⁴ Magellan wurde mit seiner Flotte von der spanischen Krone der Auftrag erteilt, eine Südwestpassage zu den Molukken, den so genannten Gewürzinseln, die zwischen Indonesien und Papua Neu Guinea sowie südlich der Philippinen liegen, zu finden. Entscheidend für die Unternehmung war die Vermutung, dass die Molukken so weit im Osten gelegen seien und dadurch besser durch die Westfahrt über den Atlantik zu erreichen wären. So wären die in portugiesischer Hand gelegenen Inseln dem spanischen Anspruchsgebiet zugefallen.

darum, eine dauerhafte maritime Verbindung zwischen der atlantischen Küste und dem in den Anden gelegenen so genannten ‚Silberland‘ herzustellen. Über die Sicherung der Transportwege von der ‚Silberstadt‘ Potosí im heutigen Bolivien zur 1580 gegründeten Hafenstadt Buenos Aires⁵ konnte der Ressourcenabfluss an das spanische Mutterland garantiert werden (Boris/Hiedl 1978:13).

Jedoch im Vergleich zu den übrigen Kolonien, vor allem dem heutigen Mexiko, Peru und Bolivien, übte die La-Plata-Region für die spanischen Konquistadoren eine geringe Anziehungskraft aus. Sie bot weder reiche Bodenschätze noch exotische Produkte, und es fehlte ihr weitgehend ein zur Ausbeutung bereit stehendes indianisches Arbeitskraftreservoir (ebd.).

Um die Mitte des 17. Jahrhunderts hatten die Silberausfuhren stetig zugenommen, verdrängten die Goldförderung, sodass das Silber mehr als 99 Prozent der Mineralausfuhren des hispanischen Amerikas ausmachte (Galeano 1986:33). Trotz der Entwicklung der La-Plata-Region, die von einer inzwischen entstandenen kreolischen Oberschicht und der Mestizenbevölkerung getragen wurde, zeichnete sich eine Ungleichzeitigkeit der ökonomischen und sozialen Strukturen zwischen den nördlichen Gebieten und dem südöstlich gelegenen *Litoral* (= die Küstenregionen) ab. Der Norden bzw. das *Interior* (= die Binnenregionen) des Vizekönigreichs Peru brachte im Laufe der Zeit eine ausgeprägte, diversifizierte Regionalwirtschaft hervor, die vor allem Ackerbau und verschiedene gewerbliche Tätigkeiten umfasste. Dagegen stellte das *Litoral* im 16. und 17. Jahrhundert eine Region ökonomischer Stagnation dar, die fast ausschließlich durch die monokulturelle und marktorientierte Ausrichtung auf extensive Viehwirtschaft bestimmt war. Aufgrund eines chronischen Arbeitskräftemangels im *Litoral* entstanden unter der absoluten ökonomischen Dominanz Viehzucht treibender GroßgrundbesitzerInnen frühe Formen freier Lohnarbeit. Diese frühe Entwicklung von Lohnarbeitsverhältnissen sowie die fast ausschließlich betriebene Viehwirtschaft, die ihrerseits Warenaustauschbeziehungen erzwang, gelten als charakteristische Besonderheiten der Kolonialperiode Argentiniens (vgl. Boris/Hiedl 1978:14).

⁵ Bereits 1535 war es zu einer Gründung von Buenos Aires gekommen. Jedoch scheiterte eine weitere Kolonisation am Widerstand der Pampa-IndianerInnen, sodass durch Kämpfe und Hunger die Siedlung 1537 aufgegeben werden musste.

Als im Rahmen der Bourbonischen Verwaltungsreformen⁶ seitens der spanischen Krone eine wirtschaftliche Neuorganisation angestrebt wurde, kam es 1776 im Zuge einer Abspaltung vom Vizekönigreich Peru zur Gründung des Vizekönigreichs Río de la Plata. Die Handels- und Transportmetropole Buenos Aires bildete die Hauptstadt sowie den Sitz des Vizekönigs. Die Silberausfuhren in Richtung Genua wurden von nun an nicht mehr über Lima, sondern von *Alto Peru*, dem heutigen Bolivien, ausgehend über Buenos Aires abgewickelt. Darüber hinaus begann die spanische Krone die Bedeutung der Kolonien an den Möglichkeiten der Intensivierung des Warentauschs zwischen Mutterland und Kolonie zu bemessen. Die neuen Absatzmärkte in den Kolonien für gewerbliche Produkte aus Spanien sollten die, im Vergleich zu den west- und mitteleuropäischen Nachbarnationen zurückgebliebene, gewerblich-kapitalistische Entwicklung Spaniens vorantreiben helfen (ebd.: 15). Im Gefolge der Bourbonischen Reformen kam es zu einer Erweiterung des Handels in den Kolonien, die mit einer Aufhebung der bisherigen Handelbeschränkungen zwischen den hispanoamerikanischen Häfen und schließlich auch mit dem Mutterland einherging. Somit wurde um den Anfang des 18. Jahrhunderts die endgültige Durchsetzung des Freihandels eingeleitet. Die handelspolitische Öffnung trieb die Vermarktung von Häuten und Talg stark voran, wodurch die Hafenkauflleute von Buenos Aires und die GroßgrundbesitzerInnen des *Litorals* eine ökonomische und politische Vormachtstellung errungen hatten. Damit hatte sich das Zentrum der innerkolonialen Macht von den nördlichen und inneren Provinzen an die Atlantikküste und nach Buenos Aires verschoben. Die Hafenstadt bildete alsbald den Schnittpunkt des Binnenhandels sowie des Kolonial- und Welthandels des gesamten *Cono Sur* und entwickelte ein eigenständiges Wirtschafts- und Sozialsystem. Wenige traditionell wohlhabende Familien des *Litorals* profitierten, während die regionale Ungleichheit gegenüber dem *Interior* bedeutend anstieg.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass zur Klärung der Sonderstellung Argentiniens im lateinamerikanischen Geschichtskontext⁷, ein Rückgriff auf die Kolonialgeschichte unentbehrlich ist. Vor allem die im Gebiet des heutigen Argentinien

⁶ Die Bourbonischen Reformen umfassten ein Bündel an Maßnahmen, die die bisherige Kolonialpolitik Spaniens modernisieren sollten. Sie beinhalteten Freihandelsabkommen, wodurch die industrielle Entwicklung Spaniens über einen intensivierten Handel mit den Kolonien gefördert werden sollte. Damit versuchte Spanien (vergeblich) sich gegen den Protagonisten industrieller Entwicklung – England – durchzusetzen.

⁷ Diese Sonderstellung bezieht sich generell auf die Tatsache, dass Argentinien (besonders Buenos Aires) bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts als das ‚europäischste‘ bzw. ökonomisch und kulturell entwickeltste Zentrum Südamerikas konzipiert wurde.

vorgefundenen natürlichen und gesellschaftlichen Bedingungen sowie die relative späte ökonomische Nutzung des kolonialen Raums ließen von vorherein das handelskapitalistische Element der spanischen Kolonialherrschaft eindeutig und schneller als in anderen Teilen Lateinamerikas hervortreten (vgl. ebd.:16). Dies bedingte eine forcierte soziale und wirtschaftliche Entwicklung des *Litorals*. Trotz allem brachte die koloniale Expansion für Argentinien auch Resultate, die denen anderer spanischer Kolonien ähnelten: das sehr niedrige Niveau und der stagnierende Charakter gewerblicher Produktion, der zurückgebliebene Entwicklungsstand des Ackerbaus sowie das Fehlen einer Schicht freier Bauern und Bäuerinnen, eine monokulturelle und auf den kapitalistischen Weltmarkt zugeschnittene Ausrichtung einzelner Wirtschaftssektoren sowie die dominante Stellung des Großeigentums. Die Verbindung von Großeigentum und Handelskapital war von vornherein auf den ‚äußeren Markt‘ orientiert. Dadurch war es nicht möglich, das Handelskapital für eine Stärkung eines autonomen Binnenmarkts nutzbar zu machen. Vor diesem Hintergrund verfestigte sich nach dem Erlangen der politischen Unabhängigkeit – deren Protagonisten bildeten die GroßgrundbesitzerInnen und Handelskaufleute des La Plata – die Abhängigkeit von den Zentren der industriekapitalistischen Produktion. Diese ging mit einer bedeutsamen Fixierung auf die Rolle der AgrarproduzentInnen für den sich entwickelnden kapitalistischen Weltmarkt einher (ebd.).

4.2. Außenorientierte Entwicklung (1810-1929)

Die drei wesentlichen Elemente des argentinischen Export-Import Systems setzen sich aus dem Bevölkerungswachstum, dem Auslandskapital und der Agrikultur zusammen. Im Folgenden wird auf die durch Wirtschaftswachstum und Agrarexporte gekennzeichnete Phase der argentinischen Ökonomie näher eingegangen.

Der junge argentinische Staat charakterisierte sich durch einen Grundwiderspruch, der sich bereits während der Kolonialphase abzeichnete: die sozioökonomische Desintegration, welche auf die unterschiedlichen Interessen des *Interiors* und der Hafenstadt Buenos Aires zurückzuführen ist. Die Konsolidierung des argentinischen Staates sowie der Industrialisierungsprozess wurden durch Konflikte, die auf der Konkurrenz zwischen der Gewerbeproduktion des Landesinneren und den wachsenden Importen an britischen Fertigwarenindustrie der La-Plata-Region basierte, erschwert.

Hinzu kam, dass um die Mitte des 19. Jahrhunderts die herrschenden politischen Eliten mit ihrer zentralistischen, auf Buenos Aires ausgerichteten Wirtschaftspolitik auch andere *Litoral*-Provinzen gegen sich aufbrachten. Diese befürworteten sehr wohl eine auf den Weltmarkt ausgerichtete Freihandelspolitik, widersetzten sich aber der Monopolisierung der Hafen- und Zollrechte von Buenos Aires.

Die immanent widersprüchlichen Interessens- und Machtverhältnissen bremsten die staatliche Konsolidierung.⁸ Herrschaft und Verwaltung beruhten weiterhin auf personellen Abhängigkeits-, Loyalitäts- und Repressionsverhältnissen, welche die Schaffung einer einheitlichen Rechtsordnung und das Vorantreiben einer gezielten Binnenmarktentwicklung verhinderten (vgl. Rapoport 2006:32).

Die Entwicklung des argentinischen Export-Import-Systems bzw. der außenorientierten Modernisierung basierte auf einer Intensivierung der expansiven Agrarproduktion. Die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt stützte sich auf eine klare Rollenverteilung: Argentinien nahm auf dem Weltmarkt die Position eines Nahrungsmittel- und Agrarrohstofflieferanten sowie die eines Fertigwarenimporteurs ein. Die liberal-kapitalistische Wirtschaftsdoktrin der Agrarbourgeoisie stützte sich im Wesentlichen auf den Ausbau des Eisenbahnnetzes einerseits sowie auf die Besiedlung durch Einwanderung andererseits.

Es wird nun auf die zentralen Faktoren, die das Export-Import-System ausmachten, eingegangen:

- Bevölkerungswachstum
- Infrastrukturverbesserung
- Auslandskapital
- Agrikultur

Insgesamt betrachtet, war die Periode von 1860 bis 1930 durch relativ hohe Wachstumsraten der argentinischen Ökonomie gekennzeichnet (Boris/Hiedl 1978:19).

⁸ Basierend auf Vorschlägen von Provinzgouverneuren lehnte Buenos Aires die 1953 verabschiedete föderalistische Verfassung ab. Mit der Verfassung sollte der Übergang von einem bestehenden Staatenbund zum Bundesstaat vollzogen, die Binnenzölle abgeschafft werden und die Erträge und Zolleinnahmen von Buenos Aires in Zukunft dem ganzen Land gehören. Da sich Buenos Aires nicht genügend bevorzugt sah, kam es zu einem Aufstand, der damit endete, dass Buenos Aires aus der Föderation austrat und sich zu einem selbständigen Staat erklärte (vgl. Rapoport 2006:31).

Eine wesentliche Bedingung für das Wirtschaftswachstum lag im auf die Immigration zurückzuführende Bevölkerungswachstum. Die Oligarchie benötigte die EinwanderInnen als Arbeitskräfte, diese jedoch waren entweder daran interessiert, Land zu pachten oder zu kaufen oder sich als ArbeiterInnen, HandwerkerInnen oder KleinunternehmerInnen bzw. HändlerInnen in den Ballungszentren niederzulassen. Die Mehrheit der EinwanderInnen bestand zwischen 1857 und 1924 zu zirka 75%, aus ItalienerInnen und SpanierInnen, die insgesamt eine Re-Emigrationsrate von über 40% aufwiesen. Viele kamen als SaisonarbeiterInnen, ohne Motivation ansässig zu werden. Die mehrheitlich männlichen MigrantInnen ließen sich in den städtischen Zentren nieder, wo sie den Großteil des entstehenden Proletariats, aber auch der industriellen UnternehmerInnenschaft, stellten (vgl. Rapoport 2006:53ff).

Für die Periode weiter charakteristisch waren moderne Elemente wie der Ausbau der Infrastruktur, der neben der Eisenbahn auch die Post und die Telegraphie betraf, die Entwicklung eines Bankenwesens sowie die Anhebung des Bildungsniveaus. Diese stützen sich auf das sozio-politische Fundament des Caudillismo, wodurch sich kein demokratisches Partizipationsprinzip als Grundlage des Staates herausbilden konnte (ebd.: 46). Vielmehr baute der junge argentinische Staat auf einem Netz personaler Beziehungen und Bündnisse auf.

Die argentinische Phase als Agrarexportökonomie zeichnete sich ähnlich wie in den Außensektoren anderer lateinamerikanischen Staaten durch eine Abhängigkeit der Exportwirtschaft von wenigen Primärerzeugnissen aus. Dies bedeutete, dass die Dynamik der Wirtschaft wesentlich durch das Auslandskapital bestimmt wurde. Um 1880 betrug der Anteil des Getreideexports am Gesamtexport um die 50% und Argentinien sicherte sich damit lange Zeit eine führende Rolle der globalen Getreideproduktion. Hauptabnehmer der argentinischen Getreideausfuhren, die zu 90% aus Weizen bestanden, war Großbritannien (Boris/Hiedl 1978:19). Weizen wurde im unverarbeiteten und nicht gemahlenen Zustand exportiert, wodurch die Getreideausfuhren keinen Aufschwung einer verarbeitenden, weltmarktorientierten Industrie zur Folge hatten (vgl. Rapoport 2006:66ff). Der Getreideanbau wurde anstatt von LandbesitzerInnen mehrheitlich von aus Norditalien eingewanderten PächterInnen ausgeübt. Die Kurzfristigkeit der Pachtverträge führte einerseits zu einer Boden belastenden, extensiven, wenig diversifizierten Anbauweise und andererseits zu einer

sehr geringen gesellschaftlichen Integration der FarmerInnen, die trotz der enormen Exportleistung weiterhin eine marginalisierte Schicht darstellten (ebd.:42).

Die Fleischexporte gewannen nach 1900 im Zuge der Entwicklung von Gefrier- und Kühlverfahren in der industriellen Verarbeitung von Fleisch an Bedeutung. Zuvor konnte Fleisch nur getrocknet bzw. als eingesalzenes Dörrfleisch für größere Transporte präpariert werden. Durch die neuen Konservierungsverfahren verbesserten sich ab 1920 die Absatzchancen von Schaf- und Rindfleisch in Europa, insbesondere in Großbritannien, enorm. Die Fleischexporte machten bis 1929 den bedeutsamsten argentinischen Großindustriesektor aus (vgl. Boris/Hiedl 1978:21).

Während sich die Provinzen der Pampa sowie des *Litorals* zu Zentren der exportorientierten Agrarproduktion entwickelten, wurden die Provinzen des Interiors zu RohstoffproduzentInnen für die im Großraum Buenos Aires konzentrierten Binnenmarktindustrien der Nahrungsmittel-, Genussmittel- und Bekleidungsbranchen.

Der Ausbau der Bahnverbindungen bedeutete nicht nur verbesserte Verkehrsverhältnisse, sondern auch das massive Eindringen europäischer Industriewaren und damit den endgültigen Niedergang des prä-industriellen Gewerbes (Rapoport:68). Die Konzentration auf Anbau und die Herstellung von Halbfertigwaren aus Agrarprodukten, die in Buenos Aires weiterverarbeitet wurden, führte zu einer starken Binnenwanderung, sodass 1936 bereits 12% der Bevölkerung Buenos Aires' aus dem Interior kamen (ebd.:69f).

Der Industriesektor konzentrierte sich also räumlich auf Buenos Aires und auf einige Städte im *Litoral*. Branchenmäßig umfasste er überwiegend die Konsumgüterindustrie des Lebensmittelsektors und konnte sich nur in geringem Ausmaß in der Textil-, Leder-, Holz- und einfachen Metallverarbeitung entwickeln (Boris/Hiedl 1978:25). Der Deckungsgrad der internen Nachfrage blieb durch die nationale Industrie – abgesehen vom Lebensmittelbereich – bis in die 1930er Jahre sehr gering. Entscheidend war, dass es zu keiner Entwicklung einer Grundstoff- und Kapitalgüterindustrie kam. Die Importe im Zeitraum zwischen 1900 und 1930 bestanden zu zwei Drittel aus Rohmaterialien und Kapitalgütern. Es fehlte vor allem an einer Stahlerzeugung, sodass Roheisen und alle komplexeren Maschinen zur Gänze importiert werden mussten (vgl. Rapoport 2006:73ff).

Wesentliche Voraussetzung und zugleich das Resultat der festen Etablierung des Export-Import-Systems war die Errichtung eines zentralisierten und starken

Nationalstaats, der in der Lage war, die dauerhafte Verbindung zum Weltmarkt zu garantieren (Boris/Hiedl 1978:30). In der Phase der außenorientierten Entwicklungsweise vollzog sich auch eine politische Entwicklung, die auf den Ansprüchen unterschiedlicher sozialer Interessensgruppen basierten und eine Erweiterung der Parteienlandschaft zur Folge hatten.

Der Erfolg der Agrarexportökonomie hatte den Mittelschichten ein im internationalen Vergleich hohes Einkommen gesichert, sodass sie im Zuge der Konsolidierung des argentinischen Staates nun auch die politische Partizipation beanspruchte. Vor allem die reich gewordene obere Mittelschicht kritisierte das korrupte System der herrschenden Oligarchie. Da die 1891 als oppositionelle Mittelstandspartei gegründete *Unión Cívica Radical* weder für die Interessen der EinwanderInnen noch jener der ArbeiterInnenklasse oder der ländlichen Bevölkerung des *Interior* eintrat, kam sie über die Forderung nach Erweiterung der politischen Partizipation innerhalb des bestehenden Systems und die Einführung des allgemeinen männlichen Wahlrechts nicht hinaus. Trotzdem war die Partei über viele Jahre hinweg die einzige oppositionelle politische Kraft, die auch Wahlen gewinnen konnte (ebd.:32f).

Die Entstehung der argentinischen ArbeiterInnenklasse war untrennbar mit den EinwanderInnen verbunden.

„Der massenhafte Import von Arbeitskräften als notwendiges Element der ökonomischen Expansion stellte sowohl quantitativ wie qualitativ das dominierende Moment der Entstehung und Entwicklung der argentinischen Arbeiterklasse dar.“ (ebd.:36)

Auch war sie Resultat der inneren Klassendifferenzierung während der spanischen Kolonisation bzw. der Befreiungskriege. Die ArbeiterInnenklasse bildete sich zuerst im Agrarsektor, im Handel, im Dienstleistungsbereich und in der kleingewerblich-industriellen Produktion heraus (ebd.). Die soziale Lage der ArbeiterInnen war aufgrund von regional und sektoral verschiedener Hintergründe sehr heterogen.

Die ArbeiterInnenbewegung ist im Gewerkschaftsbereich auf ähnliche Weise wie der politische Organisationsgrad in den Ballungszentren konzentriert. Somit zählt die 1890 als erster übergeordneter Gewerkschaftsverband gegründete *Federación de Trabajadores* 1914 36% der Mitglieder aus der städtischen Bevölkerung (Rapport 2006:62ff). Das Bild der argentinischen ArbeiterInnenklasse bis in die 1920er Jahre ist insgesamt von keiner stark organisierten Verbindung zwischen sozialen und politischen Kämpfen geprägt. Auch die ökonomische Ebene zeichnete sich durch keine

einheitlichen Aufstände aus, weil diese überwiegend militant und spontan entstanden. Da die sozialen Bewegungen in der Periode des exportorientierten Regimes nur schwach organisiert waren und ihre Anliegen nicht in ein allgemeines politisches Bewusstsein umwandeln konnten, wurden die Kämpfe auch auf parlamentarischer Ebene nur reformistisch geführt (Boris/Hiedl 1978:44).

Vor dem Hintergrund, dass die Phase der außenorientierten Entwicklung in die Weltwirtschaftskrise von 1929 mündete, lässt sich Folgendes zusammenfassen:

Das Import-Export-Regime bedeutete für Argentinien eine Wachstumsphase, der eine extensive Akkumulation sowie eine national außenorientierte Regulation zugrunde lag. Diese Zeit zeichnete sich durch eine ungehinderte Rohstoff- bzw. Primärgüterausfuhr bei einer gleichzeitig ungehinderten Einfuhr von Kapital-, Konsum- und Industriegütern aus Europa und den USA aus (vgl. Auinger 2007). Die neuen lateinamerikanischen Absatzmärkte boten auch Anlagemöglichkeiten für Geldkapital sowie Beteiligungen am Rohstoffabbau. Damit war es der Außensektor, vor allem die Exportwirtschaft, der wesentlich zur Bildung des Volkseinkommens beitrug und die bestimmende Variable für das Bruttoinlandsprodukt darstellte. Ein auf wenige Primärgüter ausgerichteter und somit kaum diversifizierter Exportsektor stellte das dynamische Zentrum der argentinischen Ökonomie dar. Die einseitige, asymmetrische Abhängigkeit auf ökonomischer, technologischer und kultureller Ebene von den entwickelten Gesellschaften Europas und Nordamerikas ging mit einer sich verfestigenden gesellschaftlichen Polarisierung und strukturellen Heterogenität in Argentinien einher. Infolge des Fokus‘ auf den Außensektor kam es teilweise zu einer Umverteilung des Landes sowie zur Trennung der Arbeitskräfte von ihren Subsistenzmitteln (vgl. ebd.). Die Arbeitskräftefreisetzung stand in Zusammenhang mit Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozessen sowie starken Migrationsbewegungen. Das Resultat dieser Entwicklungen waren schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen sowie eine hohe Arbeitslosenquote.

Die Weltwirtschaftskrise von 1929/30 markierte die Zäsur des exportorientierten Wirtschaftsmodells und brachte einen Dynamikverlust des argentinischen Außensektors, nach Maria da Conceição Tavares eine ‚externe Strangulierung‘ (*estrangulamiento externo*), mit sich (Tavares 1998). Die Dynamik der argentinischen Ökonomie sollte ähnlich wie in anderen Teilen Lateinamerikas folglich erhebliche Veränderungen erfahren.

4.3. Nationalstaatszentrierte Entwicklung (1929-1989)

4.3.1. Industrialisierung und Peronismus

Der Beginn einer neuen wirtschaftspolitischen Ära ging in Argentinien sowie im gesamten lateinamerikanischen Raum mit einem Niedergang des traditionellen, auf Rohstoffexport basierenden Wirtschaftsmodells einher. Ein dramatischer Rückgang der Export- und Deviseneinnahmen führte zu bis zu 50% geringeren Importkapazitäten. Aus diesen Limitierungen ergab sich, dass die vorhandenen Produktionsfaktoren, darunter Kapital, in neue Bereiche gelenkt werden mussten. Nur die Eröffnung neuer Investitionsmöglichkeiten durch den Aufbau von Industrien konnte für einen produktiven Einsatz der vorhandenen Ressourcen sowie der freigesetzten ländlichen Bevölkerungsteile sorgen. Die darauf folgenden politökonomischen Maßnahmen der Importrestriktionen und Kontrollen oder der Währungsaufwertung dienten somit in erster Linie zum Schutz gegen das Ungleichgewicht im Außensektor. Die Politik löste eine Industrialisierungswelle aus, welche gemäß Maria da Conceição Tavares den Übergang von einem *Hacia Afuera* – einem nach außen gerichteten – zu einem *Hacia Adentro* – einem binnenorientierten bzw. autozentrierten Wirtschaftsmodell markierte (Tavares 1998:209ff).

Der argentinische sowie der lateinamerikanische Außenhandel befand sich wegen der generell unzureichenden Weltmarktnachfrage nach den traditionellen Exportprodukten zwischen 1914 und 1945 in der Krise. Aus diesem Grund war auch die in erster Linie in Betracht zu ziehende ‚Alternativ-Strategie‘ aus der Weltwirtschaftskrise von 1929ff – die Förderung eines größeren Agrargüterexports – begrenzt. Darüber hinaus erlitten die Rohstoffe in den 1930er Jahren schwere Preisverluste, welche auch deshalb nicht über eine quantitative Zunahme kompensiert werden konnten, da die Nachfrage sehr unelastisch reagierte (Furtado 1998:232). In den 1940er Jahren wurde infolge dieser Rohstoffproblematik die These abgeleitet, dass Wirtschaftsentwicklung nachhaltig nur durch den Aufbau von Industrien gefördert werden könne. Insbesondere Raúl Prebisch⁹

⁹ Raúl Prebisch (1901–1985) stammte aus Argentinien und galt als prominentester Vertreter des lateinamerikanischen Strukturalismus in den Wirtschaftswissenschaften. Er wurde 1949 zum ersten Exekutivsekretär der CEPAL ernannt und avancierte 1965 zum Generalsekretär der UN-Konferenz für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD). 1950 löste er mit der Schrift *The Economic Development of Latin America and its Principal Problems* die Debatte um die *terms of trade* aus (Kaller-Dietrich/Mayer 2005).

wies auf die Stagnation der Nachfrage nach Primärgütern¹⁰, vor allem bei Nahrungsmitteln, hin. Prebisch argumentierte, dass die aus dem Rohstoffexport der lateinamerikanischen Länder resultierenden Gewinne stets nur den Industrieländern zugutekommen würden. In Anschluss an diese Überlegungen entwickelte die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, die CEPAL, eine Argumentation, die von der Überzeugung herrührte, dass eine Spezialisierung auf Primärerzeugnisse den Spielraum in Hinblick auf Änderungen der *terms of trade* für die Entwicklungsländer einengt. Diese Meinung stützte sich vor allem auf Studien über die Preis- und Einkommenselastizitäten der Exportwaren von Entwicklungsländern, die die CEPAL durchgeführt hatte. Die Einführung der Politik einer Importsubstituierenden Industrialisierung in Lateinamerika gegen Ende der 1940er Jahre fiel mit den Studien der CEPAL zeitlich zusammen und bedeutete einen Wendepunkt der Wirtschaftspolitik (vgl. Prebisch 1998).

Neben diesem Kurswechsel begann in Argentinien mit der Weltwirtschaftskrise das bis in die 1980er Jahre hinreichende Wechselspiel zwischen Militärdiktaturen und zivilen, demokratisch gewählten Regierungen (Boris/Tittor 2006:12).

Der argentinische Industrialisierungsprozess wurde von staatlicher Kredit-, Preis-, Währungs- und Zollpolitik aktiv unterstützt. Bis in die 1940er Jahre führte diese interventionistische und protektionistische Linie argentinischer Regierungen zu einem Industrialisierungsschub, der im Wesentlichen Massen- und Gebrauchsgüter betraf.

„Dieser Prozess brachte im Laufe der Jahre und Jahrzehnte (bis 1955) eine neue argentinische Industrieunternehmerschicht hervor, die mit ihrer Binnenmarktkonzentriertheit und protektionistischen Einstellung eine grundsätzlich andere wirtschaftspolitische Orientierung als die Großgrundbesitzer aufwies. Die Zahl der Beschäftigten im sekundären Sektor stieg [...] von 1,1 Millionen auf 2,3 Millionen. Auch im Dienstleistungssektor kam es zu einem ähnlich explosiven Wachstum der Arbeitsplätze: Von 1,8 Millionen auf 3,3 Millionen.“ (ebd.:13)

Die Veränderung der Sozialstruktur Argentiniens infolge des ersten Industrialisierungsschubs der 1930er Jahre stand in engem Zusammenhang mit der Herausbildung des Peronismus, dessen wirtschaftspolitischen Eckpfeiler Lohn- und Sozialpolitik sowie Industrialisierungsbestrebungen darstellten. Im Zuge eines Militärputsch berief sich Oberst Perón als Leiter des ‚Arbeits- und Wohlstandsministeriums‘ eindeutig auf die Interessen der (insbesondere neuen)

¹⁰ Mit Ausnahme des Erdöls (Anm. d. Verf.).

IndustriearbeiterInnen. Schließlich kam es 1946 zu freien Wahlen, in denen Juan Domingo Perón über eine Koalition aus VertreterInnen der Agraroligarchie bis hin zu RepräsentantInnen der Kommunistischen Partei eine eindeutig Mehrheit gewann (vgl. ebd.:14). Die Entwicklungen ab 1930 stärkten jene Kräfte um Perón, die die Ursache der Wirtschaftskrise nicht in der ArbeiterInnenschaft, sondern im Zusammenspiel von Oligarchie und Auslandskapital sahen und der damit eingeschränkten politischen und ökonomischen Souveränität Argentinien.

„Sozialstrukturell und politisch waren die peronistische Bewegung und Regierung – ungeachtet aller inneren Pluralität – der politische Ausdruck eines Klassenbündnisses zwischen neuen Industrieunternehmern, städtischer Arbeiterklasse und Teilen der urbanen Mittelschichten unter Anleitung bestimmter Kreise des Militärs.“ (ebd.)

In der Nachkriegszeit verfügte Argentinien über hohe Gold- und Devisenreserven, die sich günstig auf die *terms of trade* auswirkten. Der peronistische Staat war damit in der Lage, ehrgeizige Nationalisierungsprogramme anzugehen. Neben der Zentralbank wurden in dieser Periode auch die Telefongesellschaft, die Eisenbahnen sowie die Energieversorgung verstaatlicht (vgl. ebd.). Darüber hinaus war es Perón möglich, die bis dahin vorgenommene Verbesserung der Lage der ArbeiterInnen wie die Begünstigung der gewerkschaftlichen Organisation, die Einführung von Sozial- und Krankenversicherungen, die Verbesserung des Gesundheitswesens für ArbeiterInnen, Lohnerhöhungen, Freizeitangebote, etc. umzusetzen (vgl. ebd.).

Die politisch wichtigste Machtbasis stellte die peronistische Dachgewerkschaft, die *CGT (Confederación General de Trabajo)*, dar. Perón verschaffte den Gewerkschaften erstmals politischen Einfluss und untergrub dabei ihre Unabhängigkeit, sodass sie zu der staatstragenden Stütze seines Regimes wurden (Rapoport 2006:315). Der Peronismus galt als idealtypisches Modell des Populismus in Lateinamerika (Riekenberg 2009:148). Perón verkörperte eine charismatische Führerpersönlichkeit, während das autoritäre, wenngleich demokratisch gewählte Regime durch politische, klientelistisch mobilisierte Massen unterstützt wurde. Die Unterstützung der Gewerkschaften, die korrekt zustande gekommenen Wahlergebnisse und einige demokratiepolitisch Maßnahmen wie etwa die Einführung des Frauenwahlrechts können nicht über den autoritären, gegen die Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie gerichteten Charakter des Regimes hinwegtäuschen. Andere Meinungen hatten in der spät-peronistischen Staatskonzeption, die immer totalitärere Züge annahm, keinen Platz. Ein ausschließlicher Herrschaftsanspruch, eine wachsende Repression, der

bis zur Absurdität gesteigerte Personenkult um den Präsidenten und die mit der Machtfülle wachsenden Korruptionsfälle bestärkten die von der alten Oligarchie bis zu Linksintellektuellen reichende Opposition in ihrer unversöhnlichen Haltung gegenüber dem Regime (Rapoport 2006:318).

Zur Finanzierung der neuen nationalstaatszentrierten Politik wurde vor allem der Außenhandel unter strikte staatliche Kontrolle gebracht: Die zentrale Devisenbewirtschaftung wurde kontrolliert, sodass alle Devisenerlöse an die Zentralbank verkauft werden mussten. Grundprinzip war, dass der Staat die Agrarexportökonomie zur Finanzierung seiner Industriepolitik benutzte. Durch niedrige Abnahmepreise wurde dem Agrarsektor Einkommen entzogen, die in den Industriesektor umgelenkt wurden. Neben der Umleitung der Profite aus dem Agrarexportsektor versuchte der Staat die nationalen Industrialisierungsbestrebungen durch Regulierung der Importe zu unterstützen (ebd..345).

Der Sturz des peronistischen Regimes war Ausdruck der veränderten wirtschaftlichen und politischen Lage in Argentinien selbst und auf dem Weltmarkt. Während die Kriegs- und Nachkriegszeit eine sehr günstige Konjunktur für argentinische Agrarexportgüter am Weltmarkt bedeuteten, zeichnete sich im Verlauf der 1950er Jahre ein Ende dieser Phase ab. Die Exportschwierigkeiten nahmen zu und ließen auch die staatliche Redistributionspolitik, die die Einnahmen aus dem außenorientierten Agrarsektor in die Industrie- und Dienstleistungssektoren lenkte, ins Stocken geraten (vgl. Boris/Tittor 2006:14f).

4.3.2. Zwischen Diktatur und Demokratie: Die nach-peronistische Ära

Die nach-peronistische Ära kann als eine extreme Pendelbewegung zwischen zivilen Regierungen und Militärdiktaturen bzw. jenen Kräften für oder gegen Perón beschrieben werden. Die Phase war politisch wie ökonomisch von einer tief greifenden Instabilität geprägt. Der Handlungsspielraum für eine aktive Politik war in dieser Periode aufgrund folgender beiden Faktoren begrenzt:

- einer Spaltung der peronistischen Bewegungen in zwei Flügel, die zusammen zu dieser Zeit immer noch zwischen 30% und 40% der Stimmen verfügten, jedoch von den Militärdiktaturen politisch exkludiert oder verboten wurden. 1973 kam es nach mehreren Militärdiktaturperioden zur triumphalen Rückkehr von Juan Domingo Perón auf die politische Bühne. Heftige soziale Auseinandersetzungen

sowie eine Tendenz zur Hyperinflation und Zerfallserscheinungen des Staatsapparats infolge des Todes des greisen populistischen Führers konnten auch von dessen dritter Ehefrau Isabel, die das oberste Regierungsamt übernommen hatte, nicht eingedämmt werden. So führte eine abermalige Intervention des Militärs 1976 zu einer Diktatur eines neuen Typs, die Argentinien – unter großen Opfern – bis 1983 zu ertragen hatte (ebd.:16).

- einer stagnierenden ökonomischen Entwicklung. Obwohl die Binnennachfrage nach Primär- und Dauerkonsumgütern anstieg, blieb die Struktur der Volkswirtschaft unverändert auf die Erlöse aus der Landwirtschaft angewiesen. Die Importe für die argentinische Industrie mussten mit den Einnahmen bezahlt werden. Die landwirtschaftliche Entwicklung, konnte in den 1960er und 1970er Jahren Zuwachsraten aufweisen, welche auf die Verbreitung der Mechanisierung in Verbindung mit einem vermehrten Einsatz von Pflanzenschutzmittel sowie verbesserten Saatgut zurückzuführen war. Darüber hinaus war der Agrarsektor durch die Steuer- und Kreditbedingungen begünstigt. Die Industrie war auch nach 1955 außer Stande die Ausschöpfung des Binnenmarktes mit einer Strategie zur Eroberung von Exportmärkten zu verbinden (vgl. Rapoport 2006:486). Auch die Öffnung des Landes für Auslandskapital und die transnationalen Konzerne, die ab 1960 verstärkt in Argentinien Fuß fassten, schafften es nicht, zum Motor eines nachhaltigen industriellen (Export-) Wachstums zu werden.

Der allmähliche Rückzug des Staates aus der Wirtschaft wirkte vor allem in sozialer Hinsicht desaströs. Bereits vor dem Militärputsch 1976 hatte sich der Trend zur sozialen Ungleichheit verstärkt. Die Einkommenskonzentration auf die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung nahm zu, während der Anteil der armen Teile weiterhin absank. Insbesondere klaffte die Schere in Bezug auf das Entwicklungsgefälle zwischen dem Großraum Buenos Aires und den Provinzen merklich auseinander (ebd.:575).

Im Laufe der Diktatur machten es sich die argentinischen Militärs zur Aufgabe, das Land von der Guerilla zu säubern und das, was die Junta ‚subversives Gedankengut‘ nannte, sowie ‚TerroristInnen‘, die als ‚jede Person, die Ideen gegen die westliche und christliche Zivilisation propagiert‘ (ebd.:619f) definiert wurden, auszurotten. In den folgenden Jahren ermordeten die Militärs 10.000 bis 30.000 Personen oder ließen sie verschwinden. Am konsequentesten und brutalsten ging die Niederschlagung der

Gewerkschaften von statten. Die Militärjunta ließ nicht nur aktive GewerkschaftlerInnen verfolgen oder ermorden und verbot alle gewerkschaftlichen Aktivitäten. Sie untergrub auch die Artikulationsmöglichkeiten von generell fortschrittlichen Gruppen und Segmenten der Bevölkerung wie etwa der Jugend, Intellektuellen-Kreisen von PolitikerInnen, bestimmten kirchlichen Kräften, etc (vgl. Boris/Tittor 2006:18).

In wirtschaftlicher Hinsicht ging es dem Regime mittel- und langfristig um die Beseitigung der ökonomischen Entwicklungsblockaden des bisherigen Importsubstitutionsmodells. Die Militärregierung hatte zum Ziel, das nationalstaatszentrierte und binnenmarktorientierte argentinische Modell zu eliminieren und zu öffnen. Die Zölle wurden gesenkt, der Finanzmarkt weitgehend liberalisiert, die Landwirtschaft gefördert und der Finanz- und Bankensektor begünstigt.

„Die Arbeitsverhältnisse wagte sie [die Militärregierung] allerdings nicht entscheidend anzutasten, auch gab es keine Privatisierungen in großem Stil. Der neoliberale Vorstoß war insbesondere inkonsequent und stark finanz-spekulativ ausgerichtet; die größten Vermögen wurde [sic!] durch zinsgünstige Aufnahme internationaler Kredite und durch Weitergabe dieser Kredite zu hohen Zinssätzen in Argentinien selbst realisiert.“ (ebd.:19)

Als 1983 der zivil gewählte Raúl Alfonsín der Mitte-links Partei *Unión Cívica Radical (UCR)* die Regierung antrat und damit das Ende der Militärdiktatur markierte, war die Wirtschaftslage katastrophal und die Gesellschaft tief gespalten. Die Aufarbeitung der Militärperiode wurde zwar unter Alfonsín in Angriff genommen, jedoch bald von Gegenoffensiven seitens des Militärs zum Stillstand gebracht worden (vgl. Riekenberg 2009:183). Die hohe Auslandsverschuldung, die um die 40 Milliarden US-Dollar betrug und durch die schwache ökonomische Entwicklung der 1980er Jahre nicht verringert werden konnte, lastete schwer auf der Regierung Alfonsín. Versuche einer Fortsetzung der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie scheiterten aufgrund von Auseinandersetzungen mit Gruppen, die für ein außenorientiertes Wachstumsmodell eintraten. Gegen Ende der 1980er und in der Schlussphase der Amtszeit Alfonsíns war es der Regierung nicht mehr möglich die zahlreichen Steuerungsaufgaben zu lösen.

Die Veränderungen der argentinischen Sozialstruktur stehen im Verlauf des 20. Jahrhunderts in engem Zusammenhang mit den jeweiligen Interessen der so genannten *grupos económicos*, der Segmente der Gesellschaft und ihren Organisationen wie etwa die exportorientierten GroßgrundbesitzerInnen oder die gewerkschaftlich gebundenen urban-industrielle ArbeiterInnenklasse. Entsprechend der jeweiligen politischen und

ökonomischen Rahmenbedingungen, die sich häufig rund um das Spannungsverhältnis zwischen Außen- und Binnenwirtschaft drehten, entwickelten sich auch die Segmente der herrschenden Klasse unterschiedlich. Während der Militärdiktatur hatte sich die innere Differenzierung der Sozialstruktur enorm verstärkt und verkompliziert. Darüber hinaus kam es in dieser Phase zu einem allmählichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, einer Ausdehnung der Beschäftigung im informellen Sektor, einer noch höheren Armutsquote sowie zu einer verstärkten sozioökonomischen Polarisierung (vgl. Boris/Tittor 2006:20f).

Gegen Ende der 1990er Jahre hatten die Probleme der argentinischen Ökonomie einen Tiefpunkt erreicht. Bereits 1990 war das Pro-Kopf-Einkommen 25% unter jenem von 1975 gelegen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sank im Verlauf der 1980er Jahre um insgesamt 23,5%. Ähnlich lag die Industrieproduktion 1990 unter dem Niveau von 1975 und die Reallöhne im Industriesektor hatten sich in den darauf folgenden 25 Jahren sogar halbiert (Boris 2002:5). Als schließlich die hohe Inflation in eine Hyperinflation überging und Argentinien von Aufständen und Plünderung erschüttert wurde, trat der Präsident vorzeitig zurück und konzidierte dem als Nachfolger gewählten Peronisten Carlos Menem die Regierungsvollmacht (vgl. Boris/Tittor 2006:20).

4.4. (Neo-) Liberale Entwicklungsweise (1990-2002)

Die vorliegende Arbeit fokussiert aufgrund ihrer Fragestellung den Zeitraum der neoliberalen Entwicklungsweise, da es während dieser Periode zu einer intensiven Ausweitung solidarökonomischer Ansätze und Unternehmungen kam. An diesem Punkt der Arbeit sollen nun auch im Hinblick auf die vorangegangenen Kapitel zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, zusammenfassende Feststellungen getroffen werden: Die wechselnde Dynamik der Wirtschaft rund um die Spannungen zwischen Binnen- und Außenwirtschaft steht in engen Zusammenhang mit den historisch immer wiederkehrenden Krisen. Die so genannte ‚Argentinien-Krise‘ von 2001/02 stellt die soziale und ökonomische Zuspitzung derartiger wirtschaftspolitischer Veränderungsprozesse dar.

Die Entwicklungsprobleme der argentinischen Gesellschaft weisen neben einer extremen sozialen Ungleichheit und einer starken Weltmarktabhängigkeit einige sozioökonomische Spezifika auf. Insbesondere kommt es in Argentinien historisch sehr

früh zu einer Verallgemeinerung der kapitalistischen Warenproduktion. Diese zusammen mit einer frühen Urbanisierung und Ausweitung der Staatstätigkeit ging mit einem starken Wachstum urbaner Mittelschichten einher. Bis in die in etwa 1980er Jahre weist Argentinien das breiteste Mittelschichtensegment in Lateinamerika auf (ebd.:25). Darüber hinaus bedürfen die drei zentralen Segmente der herrschenden Klasse Argentiniens besonderer Berücksichtigung. Diese setzen sich über viele historische Phasen hinweg klassisch aus folgenden Gruppierungen zusammen (vgl. ebd.:21f):

- Die Agrarbourgeoisie mit ihren Beziehungen zu agrarnahen Industriezweigen im Handels- und Finanzsektor.
- Die einheimische Industriebourgeoisie, deren Einfluss während des Hochs der importsubstituierenden Industrialisierung wuchs und ab den 1970er Jahren allmählich an Bedeutung zu verlieren begann.
- Die Fraktion der ausländischen Kapitale und damit verbundene neuen Industriezweige.

4.4.1. Menemismo: Die ökonomische Weichenstellung der 1990er Jahre

Carlos Saul Menem, Vertreter des traditionellen Flügels der peronistischen Partei, gewann die Präsidentschaftswahlen von 1989 und vollzog einen Paradigmenwechsel in Richtung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, der die endgültige Verabschiedung von allen Maßnahmen des Modells der importsubstituierenden Industrialisierung bedeutete. Beide Amtszeiten Menems waren durch auswuchernde Korruption, politische Einflussnahme auf die Justiz und geringen Respekt vor den demokratischen Institutionen gekennzeichnet (Llanos/Nolte 2003:93).

In Kooperation mit den wichtigsten VertreterInnen der argentinischen Agraroligarchie, dem Großunternehmen Bunge & Born, leitete die Regierung Menem eine Schocktherapie für die zunächst erfolgreiche Bekämpfung der Inflation, der wirtschaftlichen Rezession und der Arbeitslosigkeit ein. Kern dieser Maßnahmen war die Abschaffung von Subventionen, Steuerentlastungen und zahlreiche Transferzahlungen im öffentlichen Sektor. Innerhalb kürzester Zeit kam es zur Einführung des so genannten *Currency-Board-Systems*, eines Wechselkursregimes, wonach der Peso verfassungsrechtlich gesichert an den US-Dollar gebunden war, eine

uneingeschränkte Einlösungsmöglichkeit der Landeswährung an die Ankerwährung garantiert wurde und die umlaufende Geldmenge durch eine entsprechende Dollarreserve gedeckt war. Diese wesentlichen Inhalte des Konvertibilitätsgesetzes von 1991 erwiesen sich als wirkungsvolle Strategie, um gegen die Hyperinflation anzukämpfen (vgl. Boris 2002:5). Mit der Konvertibilität erreichte Argentinien eine Geldwertstabilität, die für die neoliberale Umgestaltung notwendig war. Die Privatisierung und Deregulierung des gesamten Bank- und Finanzsystems waren hierfür die erforderlichen Begleitmaßnahmen.

Insgesamt betrachtet umfasste die Wirtschaftspolitik Menems der 1990er Jahre ganz im Sinne des Washingtoner Konsenses folgende Inhalte:

„Neben der Wechselkursfixierung (1) waren es die schnelle und umfassende Privatisierung von Staatsunternehmen (2), [...] die Senkung der durchschnittlichen Importzölle von 50 auf etwa 10% und der Abbau fast aller nicht-tarifärer Handelshemmnisse (3) sowie die Umschuldung der argentinischen Schuldenlast im Rahmen des Brady-Plans, die eine Verringerung der Zins- und Tilgungsbelastungen des Staates beinhaltete (4), sowie die Erhöhung der Staatseinnahmen durch die Anhebung der Mehrwertsteuer, verschärfte Steuerkontrolle etc. verbesserten die Einnahmeseite des Staates derart, dass bald Haushaltsüberschüsse erzielt wurden (5), schließlich kommt hinzu, dass auch eine gewisse Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse begonnen wurde“ (ebd.:5f)

Auf Grundlage eines Konsenses zwischen den mächtigsten Wirtschaftskartellen und den ausländischen GläubigerInnen wurde die Umwandlung von Schuldtitel in Unternehmensbeteiligungen von (z.T. ehemals staatlichen) privaten Unternehmen eingeleitet. Die Privatisierung staatlicher Betriebe des Telekommunikations-, Post-, Luftfahrts-, Wasser-, Energie-, Eisenbahn- und Gassektors bildete eine zentrale Säule der Wirtschaftspolitik der frühen 1990er Jahren. Dank der gleichzeitigen Liberalisierung der Finanz- und Steuergesetze konnten die Gewinne dieser Unternehmen nun legal ins Ausland transferiert werden. Somit war es die Verflechtung zwischen Oligarchie und den staatlichen Strukturen, die dem Privatisierungs- und Liberalisierungsprozess unter Menem seinen eigenen Charakter verlieh (vgl. Morazan 2004:28).

Die Erfolge der neoliberalen Umstrukturierung stellten sich relativ früh ein: Neben einer drastischen Verringerung der Inflation nahmen die ausländischen Investitionen zu und der Binnenkonsum sowie das Wirtschaftswachstum erhöhten sich. Die starke argentinische Währung hatte den Vorteil, den Teufelskreis von Inflation und Abwertung

zu durchbrechen und gleichermaßen den Nominalwert der inneren Staatsschulden und die reale Last der Auslandsverschuldung zu stabilisieren. Durch den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und die Senkung der Zölle, die 1989 noch durchschnittlich 39% betragen hatten, auf durchschnittlich 10% – ohne dass Rohstoffe verzollt werden mussten – vervierfachte sich der Außenhandel (Boris/Tittor 2006:28).

Die zunächst positiven ökonomischen Kennziffern konnten sich jedoch mittelfristig nicht durchsetzen. Ende 1994, nach der Mexiko-Krise, kam es erstmals zu heftigen Kapitalabflüssen, da ausländische und inländische Investoren befürchteten, die starke Abwertung der mexikanischen Währung würde sich auf den argentinischen Peso übertragen. Die argentinischen Banken wurden mit enormen Liquiditätsproblemen konfrontiert, die sie nur mittels neuen IWF-Krediten überwinden konnten (vgl. Musacchio/Becker 2007).

Neben dem Abbau des staatlichen Sektors war die gesamte Regierungsperiode von einem extremen Deindustrialisierungsprozess gekennzeichnet, der sich über ständig steigende Arbeitslosigkeit und Einkommenspolarisierung äußerte.

1998/1999 wurde die argentinische Wirtschaft neuerlich durch die Brasilien-Krise erschüttert. Der 60%ige Wertverlust des brasilianischen Reals gegenüber dem Dollar führte zu einer deutlichen Verschlechterung der argentinischen Handelsbilanz. Diese blieb nur gegenüber den USA aufgrund ihrer Dollarbindung unverändert. Gegenüber seinen anderen AußenhandelspartnerInnen – darunter vor allem die Mercosur-Staaten, aber auch Europa – verzeichnete Argentinien große Leistungsbilanzdefizite. Die Aufrechterhaltung des neoliberalen Modells der Konvertibilität war wiederum nur durch einen ständigen Zustrom von Auslandskapital möglich. Neben dem erwähnten Stocken des Warenabsatzes waren die schwache Binnennachfrage sowie Unterauslastung der Industrie kennzeichnend für eine 1998 einsetzende Rezession, die sich in den Folgejahren verschärfte (vgl. Musacchio/Becker 2007).

4.4.2. Die Globalisierungskrise 2001/02 und ihre sozialen Folgen

Je länger die Regierungen an der neoliberalen Strategie festhielten und diese durch Auslandsverschuldung finanzierten, desto höher wurden die Kosten des Modells für die argentinische Volkswirtschaft (Fritz 2002:25). Nachdem der Wirtschaftsminister Cavallo im Dezember 2001 geäußert hatte, das vom Internationalen Währungsfond (IWF) vorgegebene Haushaltsziel nicht zu erreichen, weigerte sich der Währungsfond,

einen zugesagten 1,25 Milliarden US-Dollar-Kredit an Argentinien auszuführen. Darauf brach eine tiefgehende Vertrauenskrise hinsichtlich der argentinischen Zahlungsfähigkeit aus, die durch Nachrichten über weiterhin rückläufige Entwicklungen des Bruttoinlandsprodukts entstanden waren (vgl. Morazan 2004: 34f).

Als andere Geldzuflüsse ausblieben und die Kapitalflucht sich beschleunigte, griff die Regierung zu dem Mittel der Sperrung der Bankkonten, dem so genannten *corralito*, um das Bankensystem aufrechtzuerhalten. Die Kontosperrung – nur in begrenzte Mengen konnten monatlich Abhebungen getätigt werden – verschlimmerte die Krise des Vertrauens in die Wirtschaft im In- und Ausland. Ende 2001 transformierte sich die seit 1998 andauernde Rezession in eine tiefe Währungs-, Finanz- und gesamtwirtschaftliche Krise, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die politische Stabilität des Landes ernsthaft bedrohte.

Als Präsident De la Rúa am 19. Dezember in einer Rede den Notstand ausrief, weiteten sich die Demonstrationen breiter Bevölkerungsgruppen in einen Volksaufstand aus. Gleichzeitig wurde der *default*, der Staatsbankrott, erklärt und der Peso von seiner Bindung an den Dollar gelöst.

Die sozialen Auswirkungen der Krise waren gravierend. Mitte 2002 galten 50% der Bevölkerung als verarmt, die Arbeitslosenrate lag bei 23%. Obwohl sich alte regionale Unterschiede einebneten, blieb die kulturelle Kluft zwischen Buenos Aires und dem *Interior* bestehen (vgl. Riekenberg 2009:190). Generell ist festzustellen, dass die nördlichen Provinzen und der Nordosten am stärksten von Armut und Unterernährung betroffen waren. Verschärft wurde diese Situation durch das relativ schnelle Bevölkerungswachstum der Region. Im Vergleich als relativ wohlhabend dazu gelten bis heute die zentralen Provinzen, aber auch der äußerste Süden.

Armut im regionalen Vergleich:

**Incidencia de la pobreza e indigencia en el total urbano EPH y por región estadística -
Octubre 2002**

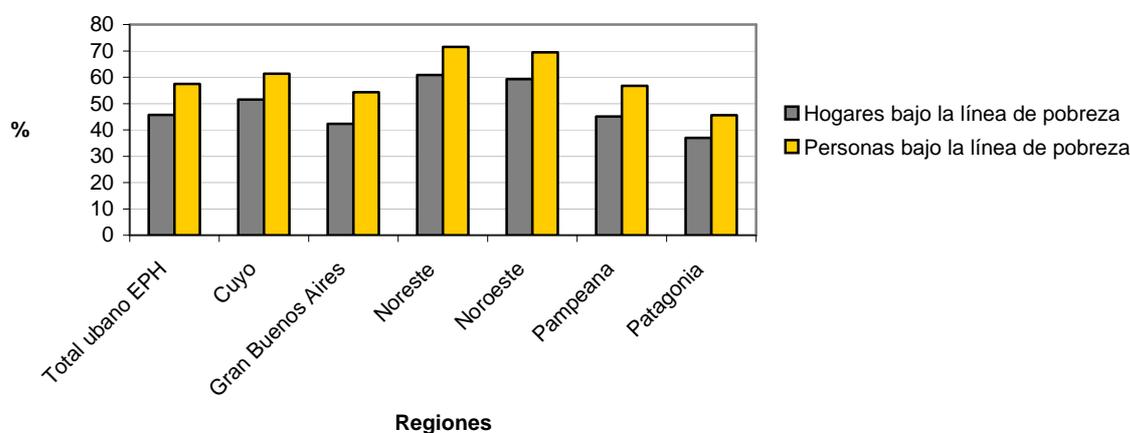


Abb. 3: Stand der städtischen Armuts- und Bedürftigkeitsrate betreffend Haushalte und Personen in Regionen unterschieden.

Quelle: *Instituto Nacional de Estadística y Censos (Indec)*, gemäß einer Haushaltsbefragung 2002.

Neben der Armut in den Provinzen des *Interior* waren es überwiegend die Zentralprovinzen, die am stärksten mit der städtischen Armut sowie mit der Slumbildung zu kämpfen hatten. Die Zuwanderung aus Nachbarstaaten wie Bolivien und Peru sowie die Binnenwanderung aus abgelegenen Regionen des *Interior* trugen trotz einer Abschwächung in den 1990er Jahren immer noch dazu bei, dass in den Großstädten die Zahl der SlumbewohnerInnen weiterhin anwuchs. In Rosario liegt der Anteil der SlumbewohnerInnen an der Gesamtbevölkerung heute bei über 15 % (Indec 2006). Zudem kam Zuwachs für die Slums auch von den so genannten Neu-Armen, die sich vor allem aus Teilen der früher breiten Mittelschicht zusammensetzten.

Städtische Armut:

País	Año	Pobreza nacional (%)	Pobreza en Área metropolitana (%)
Argentina	1990	47,9	21,2
	2002	57,5	41,5

Abb. 4: Armutsrate auf nationaler und städtischer Ebene im Vergleich
Quelle: vgl. Indec 2006

Die ökonomische und soziale Krise vertiefte sich bis zum Herbst 2002. Ab diesem Zeitpunkt erst gab es leichte Signale der Besserung (Boris/Tittor 2006:39ff).

Folgende Darstellung soll die Armutsentwicklung im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts veranschaulichen:

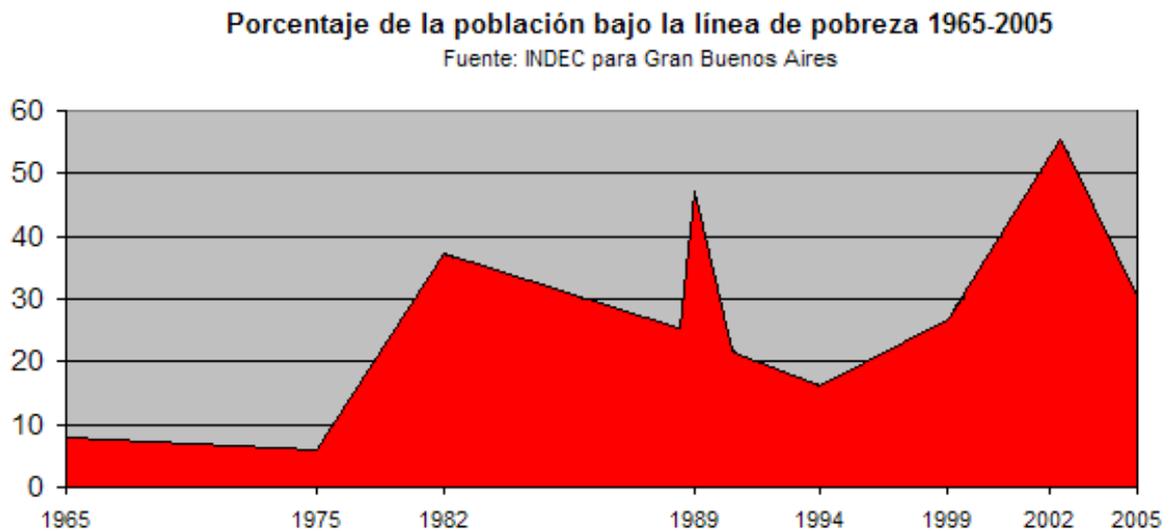


Abb. 5: Prozentsatz der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerungsgruppen in Gran Buenos Aires zwischen 1965-2005.
Quelle: Indec 2006.

Die Entwicklung der Armut in Argentinien ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also ab der Absetzung von Perón 1955, kann als Ergebnis einer politisch und wirtschaftlich sehr schwankenden Phase gesehen werden. Es kam zu ständigen Regierungswechseln, die sich auch in einer sehr instabilen Wirtschaftspolitik mit stark wechselnden Ideologien niederschlugen.

Der Zusammenbruch der Wirtschaft 2001 wirkte sich neben dem allgemeinen Anstieg der Armutsrate auch bedeutsam auf die soziale Ungleichheit aus. Im Jahr 2002 hatte sich der Gini-Koeffizient auf ähnliche Weise wie der Human Development-Index deutlich verschlechtert. Die Einkommensschere zwischen Arm und Reich hatte sich durch die Währungsabwertung und Inflation weit geöffnet. Betrachtet man die kontemporäre Armutsentwicklung in Argentinien vor einem historischen Hintergrund, zeichnet sich ein bedeutender Abwärtstrend ab. Bis zirka Mitte 1970er Jahre war die Armutsrate noch unter 10% gelegen (Indec 2006). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte Argentinien im internationalen, vor allem im lateinamerikanischen

Vergleich, eine der egalitärsten Wohlstandsverteilungen aufzuweisen. Der vergleichsweise hohe Durchschnittslohn war einer der Hauptfaktoren, die die italienische Immigration verursacht hatten.

Die soziale ‚Explosion‘ der Wirtschaftskrise von 2001/02 hängt eng mit der Entstehung und Ausdehnung von Solidarischer Ökonomie in Argentinien zusammen. Vor allem die im Folgenden vorgestellten Tauschnetzwerke erfuhren in dieser Phase enormen Zulauf, indem sie sozial oder ökonomisch exkludierte Bevölkerungsgruppen auffingen.

Insgesamt entstanden viele politische und soziale Bewegungen, die gebündelt in allgemeinen Aufständen auftraten. Die Volksaufstände manifestierten sich über Massendemonstrationen, Straßenblockaden, Streiks, Betriebsbesetzungen, etc., deren zentrale Forderung „*¡Que se vayan todos!*“ (Sie sollen alle gehen!) lautete.

4.4.3. Die Abkehr vom Neoliberalismus: Entdollarisierung

Die Finanzkrise und der Zusammenbruch der Währungsparität diskreditierten das Modell der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Die Not- und Übergangsregierung Eduardo Duhalde (Jänner 2002 bis Mai 2003) sollte einen neuen Kurs finden, wenngleich sie überwiegend versuchte, den weiteren Zerfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts und den rapiden Niedergang der Ökonomie zu bremsen. Das Maßnahmenpaket Duhalde basierte auf drei Pfeilern (Fritz 2002:29):

- 1) die Freigabe des Wechselkurses
- 2) die vollständige Entdollarisierung des Bankensystems
- 3) die Vertiefung der öffentlichen Sparpolitik.

Die Freigabe des argentinischen Pesos bedeutete auch das Ende des im Jänner 2002 eingeführten dualen Währungsregimes, das einen Fixkurs von 1,40 Pesos zum US-Dollar eingeführt hatte. Im Zuge einer Entdollarisierung der Ökonomie wurden alle Forderungen und Verbindlichkeiten, die bisher auf US-Dollar lauteten, auf argentinische Pesos umgestellt. Gleichzeitig wurden alle Dollar-Einlagen im Bankensystem zum Kurs von 1,40 in Peso-Einlagen umgewandelt. Es war der IWF, der die Währungsliberalisierung forderte. Mit ihr ist die Dollar-Nachfrage und zugleich der Wechselkurs des Peso enorm gestiegen, sodass die Dollar-Peso-Parität im Juni 2002 ein Verhältnis von 1:4 erreichte (vgl. ebd.).

Eine der zentralsten Errungenschaften Duhaldes war das Einfrieren der Tarife für Basisdienstleistungen und öffentliche Güter (Wasser, Elektrizität, Gas, Telefongebühren, Metro-, Bus- und Eisenbahnfahrten, etc.), die für die Lebenslage der Unter- und Mittelschichten von großer Bedeutung waren. Durch diese Maßnahmen wurden den in diesen Bereichen aktiven nationalen und internationalen Unternehmen die Profitmöglichkeiten deutlich beschnitten (vgl. Boris/Tittor 2006:50).

Die Rhetorik und konkreten Maßnahmen, die der Wirtschaftspolitik Néstor Kirchners Zustimmung bescherten, gehen unmittelbar auf die Kritik der sozialen Proteste ein, indem sie in Richtung einer ‚De-Menemisierung‘ des Landes weisen. Dies gilt erstens für wirtschaftspolitische Äußerungen, die die Eigenständigkeit Argentiniens gegenüber dem IWF und den USA sowie in neomerkantilistischer Manier den Binnenmarkt und einen aktiven Staat hervorheben.

Wie schon Duhalde setzt Kirchner zweitens auf gezielte sozialpolitische Zugeständnisse. Eine gewisse wirtschaftspolitische Neujustierung im Interesse des Binnenmarktes wird dabei auch von weiten Teilen der nationalen Wirtschaft akzeptiert, die letztendlich auch zu den Opfern des argentinischen Modells der 1990er Jahre gehörten (Fritz 2002:30).

Die Wirtschaftspolitik Kirchners zeichnet sich trotz geringem Handlungsspielraum durch eine Wachstumspolitik und Stabilisierung sowie Erweiterung des Binnenmarktes aus. Der Wiederaufbau der Wirtschaft enthielt nicht nur konjunkturpolitische, sondern auch Beschäftigungs- und regionalpolitische Aspekte. Die Maßnahmen der Regierung Kirchner dienten vor allem der Aufrechterhaltung einer starken Außenorientierung, bei der der Exportsektor das dynamische Zentrum des Wirtschaftswachstums darstellt. Die auf dem internationalen Rohstoffmarkt steigenden Agrarpreise boten für eine derartige Politik den notwendigen Handlungsspielraum (vgl. Becker/Musacchio 2007).

Die Rekonstruktion der nach neoliberaler Führung sehr fragmentierten wirtschaftlichen Strukturen vollzieht sich langsam und widersprüchlich. Dieter Boris kritisiert in diesem Zusammenhang das Fehlen einer systematischen Industriepolitik. Die Binnenkonjunktur wurde zwar durch eine recht deutlich ansteigende Konsumnachfrage belebt, jedoch sei es bezeichnend,

„ [...] dass die Industriegüterexporte im Jahre 2003 nur mit 1% zum gesamten Exportwachstum beigetragen haben. [...] Zur mangelhaften Konzentration auf eine systematische Industriepolitik und die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen in diesem und anderen Bereichen kommt offensichtlich auch ein Problem bei der Durchführung und Abwicklung bestimmter öffentlicher Projekte

hinzu. Die angekündigten öffentlichen Programme sind bislang nur mühsam und verspätet umgesetzt worden, was außer auf Schwierigkeiten im Banken- und Finanzbereich auch auf den Mangel an geeigneten technischem und bürokratischem Personal in den öffentlichen Verwaltungen zurückzuführen ist, da dieses ja bekanntlich in der Ära Menem sehr stark ausgedünnt worden war.“ (Boris/Tittor 2006:61)

Das Umschuldungsabkommen Néstor Kirchners mit dem IWF wies zum Teil überraschende Elemente auf und wurde – sicherlich etwas überzogen – als Sieg Kirchners über den IWF gedeutet (Boris 2003:2).

Es erfolgte die Zahlungseinstellung aller Zins- und Tilgungsraten gegenüber privaten ausländischen Gläubigern. Die Zahlungen an die multilateralen Finanzinstitutionen wie Weltbank und IWF und die lateinamerikanische Entwicklungsbank liefen weiter. Die ausgehandelten Umschuldungsmaßnahmen sahen vor, dass in den folgenden drei Jahren fällige Kapitalrückzahlungen von über 21 Milliarden Dollar refinanziert werden sollten – also in neue Schuldentitel umgewandelt werden. Davon entfielen 12,5 Milliarden auf den IWF, 5,5 Milliarden auf die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank sowie 3 Milliarden auf den Pariser Klub.

Entscheidend war, dass sich Argentinien verpflichtete, einen primären Haushaltsüberschuss des Bruttoinlandsprodukts von 3% zu erzielen, wovon die Schulden bezahlt werden sollten. Hierbei hätte der IWF einen höheren Prozentsatz gefordert, konnte sich aber gegen die Regierung Kirchner nicht durchsetzen. Die Höhe des Haushaltsüberschusses wurde in Abhängigkeit des Wirtschaftswachstums, der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung der Armutsquote definiert. Der IWF übte stets Druck auf eine Erhöhung dieses Haushaltsüberschusses bzw. der Rückzahlungsquote aus, wobei die Regierung Kirchner hart blieb. Bezüglich weiterer Verhandlungspunkte bzw. Forderungen des IWF wie z.B. einer Teilprivatisierung der Banken, der Aufhebung der seit 2002 unter Duhalde eingefrorenen Tarife überwiegend ausländischer Dienstleistungen u.a. im Bereich Wasser-, Elektrizitäts- und Kommunikationsbereich konnte sich die argentinische Regierung ebenfalls durchsetzen (Boris/Tittor 2006:53f).

Wie oben erläutert galt das neoliberale Modell spätestens nach dem Zusammenbruch der Währungsparität als diskreditiert. Auch die Art und Weise der Durchsetzung der Entdollarisierung bzw. ‚Pesofizierung‘ markierte eine Abkehr vom menemistischen Akkumulationsmodell. Dieses war stark auf den spekulativen Finanzmarkt und das mit

den internationalen Finanzinstitutionen assoziierte Auslandskapital ausgerichtet. Seine VertreterInnen fanden sich überwiegend in der traditionellen Agraroligarchie und besaßen häufig Anteile (in US-Dollar) an unter Menem privatisierten Dienstleistungsunternehmen. Die VertreterInnen dieses Interessenssektors waren aus diesem Grund für eine komplette Dollarisierung, als einzig mögliche Form des Krisenmanagements, eingetreten. Letztendlich konnten aber Menems politische Gegner Eduardo Duhalde und Néstor Kirchner, die stark mit den peronistischen Gewerkschaften – dem ebenso traditionell dominanten *grupo economico* – in Verbindung standen, eine anti-neoliberale Währungsabwertung durchsetzen. Insofern vollzog sich ein deutlicher wirtschaftspolitischer Paradigmenwechsel (ebd.:56f).

Nach wie vor zeichnet sich auch der neue wirtschaftspolitische Kurs durch eine starke Außenorientierung aus. Die günstige Konjunktur auf dem Rohstoffmarkt macht den Export von Agrarprodukten und damit die tendenzielle Spezialisierung auf wenige Primärerzeugnisse zum dynamischen Element des Wirtschaftswachstums. Wenngleich die Regierungen nach der Finanzkrise interventionistische Maßnahmen wie z.B. die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen in bestimmten Bereichen fördern, besteht weiterhin eine enorme Abhängigkeit von den internationalen Agrarpreisen. Im Sinne einer neomerkantilistischen Strategie wird versucht, Wirtschaftszweige, die für den Export von Interesse sind, durch staatliche Maßnahmen wie z.B. Subventionen besonders zu fördern. Der Neomerkantilismus setzt den Glauben an die ‚Machbarkeit‘ wettbewerbsstarker Industrien durch gesonderte ‚Programme‘ voraus. Diese Förderung der Industrien ist wie bereits erwähnt zumindest systematisch nicht erkennbar. Die bestehende Wechselkurspolitik konnte nur gewissen Zweigen der Konsumgüterindustrie eine Protektion bieten. Das Fehlen einer spezifisch abgestimmten Industriepolitik scheint eine der zentralen Schwächen des neuen Modells zu sein. Generell sind die während der Militärdiktatur der 1970er Jahre systematisch zu Grunde gerichtete Staatsapparate Grund für die schlecht funktionierenden Interventionsmechanismen (vgl. Becker/Musacchio 2007).

Auf die Frage welche Möglichkeiten derzeit eine argentinische Regierung habe, sich vom neoliberalen Kurs abzuwenden, antwortete die Soziologin maristella Svampa im Juli 2006 in einem Interview:

„Viele hatten 2001 begriffen: das [sic!] neoliberale Model erzeugt ein nicht hinnehmbares Maß an sozialer Exklusion. Ab 2003 begann man zusehends,

diese Ausgrenzung zu naturalisieren. Die Botschaft der Regierung lautet: Bei einer zielgerichteten Politik der Fürsorge für die sozial Ausgegrenzten sollen die den Platz akzeptieren, den man ihnen im System zuweist. [...] Es gibt keine Erneuerung der politischen Institutionen, um auch Formen der direkten Demokratie einzubeziehen. Man kann der Regierung Kirchner kaum bescheinigen, dass sie eine wirkliche post-neoliberal Agenda entwickelt hat.“
(Freitag/Svampa 2006)

5. SOZIALE BEWEGUNGEN UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN SOLIDARISCHER ÖKONOMIE IN ARGENTINIEN

Im bisherigen Teil der vorliegenden Arbeit wurden neben einer Einführung in die Theoriegeschichte der Entwicklungsökonomie der solidarökonomische Ansatz sowie das Parecon-Modell erläutert. In Anschluss daran wurde der historisch-geographische Bezugsrahmen Argentinien unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts vorgestellt. Wie schon angedeutet, brachte die letzte große Wirtschaftskrise Argentiniens die Entstehung von zahlreichen neuen kreativen Formen des Widerstands (Habermann 2004:12) mit sich. Konkret waren es die Ereignisse, die am 19. und 20. Dezember bei den *Cacerolazos*, den so genannten Kochtopfdemonstrationen, kulminierten, die den Ausgangspunkt für weitere Prozesse darstellten. Der Schwerpunkt in diesem Kapitel soll auf die emanzipatorischen Veränderungen jenseits des zuvor erläuterten regierungspolitischen Krisenmanagements oder der IWF-Verhandlungen gelegt werden. Wie und wo entstehen Widerstandsansätze und Alternativen? Unter welchen Lebensumständen äußern sich die neuen Formen der Vergesellschaftung? Was sind die Potenziale und Widersprüche der solidarökonomischen Praktiken?

5.1. Soziale Bewegungen

Betrachtet man die unterschiedlichen Entwicklungsparadigmen im Verlauf der Geschichte Argentiniens, können zusammenfassend einige allgemeine Feststellungen getroffen werden. Um die Frage nach den Potenzialen aktueller solidarökonomischer Ansätze in Richtung eines neuen Entwicklungsparadigmas, müssen die historisch dominanten Entwicklungsmodelle unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Sozialen Bewegungen und der ArbeiterInnenproteste erörtert werden.

Unter den Vorzeichen der kolonialen Expansion kam dem Handelskapitalismus in Argentinien früh ein hoher Stellenwert zu. Die Integration in das kapitalistische System und die Entstehung der Lohnarbeit vollzog sich somit im Vergleich zu anderen Kolonien des iberamerikanischen Raums sehr rasch. Durch die Kombination des latent dominanten Großeigentums mit dem stark nach Außen gerichteten Handelskapital wurden Bestrebungen, der Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Zentren entgegen zu wirken, sowie jegliche Protestansätze, untergraben.

Die außenorientierte Entwicklungsphase, welche nach der Unabhängigkeit eingeleitet wurde, zeichnete sich durch eine enorme Abhängigkeit der Exportwirtschaft von wenigen Primärgütern aus, deren Erlöse nicht in eine Stärkung des argentinischen Binnenmarktes gelenkt wurden. Trotz dieser allgemeinen Wachstumsphase, die etwa bis 1930 andauerte, blieb die soziale Hierarchie weitgehend ungebrochen. Es überwogen schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen sowie eine hohe Arbeitslosigkeit. Soziale Bewegungen waren von geringer Bedeutung und existierten nur auf kleinster Ebene. ArbeitInnenproteste passierten sehr punktuell, waren untereinander kaum koordiniert und nicht aufeinander bezogen (vgl. Boris/Tittor 2006:12). Marxistisches und anarchistisches Gedankengut gelangte erstmals zu Beginn des 20. Jahrhunderts über die europäischen ArbeitsmigrantInnen, die einen Großteil des neuen urbanen Proletariats ausmachten, an die La-Plata-Region. Darüber hinaus kam es infolge einer Serie von ArbeiterInnen-Demonstrationen und Streiks anarchistischer Gewerkschaften zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizeikräften und DemonstrantInnen in Buenos Aires. Die so genannte *Semana Trágica* (Tragische Woche) forderte mehrere hunderte Todesopfer unter den ArbeiterInnen (vgl. Rapoport 2006:133f).

Der weiterhin bestehenden dominanten Rolle jener Interessensgruppen die mit dem Auslandskapital oder mit dem Großgrundbesitz assoziiert waren, konnte erst der Peronismus entgegen wirken. Die gewerkschaftliche Organisierung gewann damit erheblich an Bedeutung. Dennoch war die neue politische Partizipation an eine klientelistische Einbindung vor allem der urbanen Massen sowie an materielle Konzessionen und Zugeständnisse gebunden. Trotz erster arbeitsrechtlicher Errungenschaften, blieb die soziale Zerklüftung und strukturelle Heterogenität bestehen, sodass sie mit einem Ausschluss bedeutsamer Bevölkerungsteile aus dem Entwicklungsprozess einherging. Der Nationalstaat erhielt seine personalistisch geprägten Interessensbeziehungen mittels Repression und Kontrolle aufrecht.

Als im Laufe der peronistischen Ära die Regierungen zunehmend an anti-liberalen und anti-intellektuellen Zügen gewannen und sich die Weltwirtschaftslage gewandelt hatte, gerieten die von den urban-industriellen ArbeiterInnen erreichten sozialen und rechtlichen Errungenschaften unter Druck.

Es hatte sich bereits gegen Ende der peronistischen Ära eine so genannte neue ‚Gegenmacht von Unten‘ herausgebildet, die aus dem breiten Spektrum von linken Gewerkschaften, Stadtteilorganisationen, SchülerInnen- und StudentInnengruppen, autonomen ArbeiterInnen-Vertretungen, KünstlerInnen- und Intellektuellen-Kreisen

sowie bewaffneten Organisationen bestand und sich im Laufe der 1960er Jahre immer besser vernetzte. Der bedeutsamste Volksaufstand dieser Zeit war jener in der Provinz Córdoba, der *Cordobazo* von 1969. ArbeiterInnen und StudentInnen hatten sich vereint um, orientiert an marxistischen Gedankengut, für ArbeiterInnenrechte einzutreten, die im Zuge der aktuell herrschenden Militärdiktatur unter General Onganía außer Kraft gesetzt wurden (ebd.: 542f).

Infolge einer Phase eines mehrfachen Wechsels zwischen Demokratie und Diktatur, kam es 1976 zur Errichtung der repressivsten und folgenschwersten Militärdiktatur der Geschichte Argentiniens, die das Land bis 1983 zu ertragen hatte (vgl. Boris/Tittor 2006:14ff).

„Am konsequentesten und brutalsten ‚löste‘ die Militärjunta die Niederschlagung der Gewerkschaften, insofern sie nicht nur aktive Gewerkschaftler verfolgen und ermorden ließ, alle gewerkschaftlichen Aktivitäten und Artikulationsmöglichkeiten verbot, sondern ganz generell fortschrittliche Gruppen und Segmente der Bevölkerung (aus der Jugend, den Intellektuellen-Kreisen, von Politikern, bestimmten kirchlichen Kreisen usw.) unter Druck setzte und verfolgte.“ (ebd.: 18)

Trotz der fast gänzlichen Zerschlagung jeglichen sozialen und politischen Engagements, formierte sich in den letzten Jahren der Diktatur ein aktiver Widerstand gegen die Militärherrschaft. Dieser gewann vor allem nach der desaströsen Niederlage im Malvinen-Krieg 1982 an Stärke, hatte jedoch seinen Ursprung im Bestreben der *Madres de Plaza de Mayo*¹¹, die bereits in den 1970er Jahren für das ‚Wiedererscheinen der Verschwundenen‘ vor dem Regierungspalast demonstriert hatten (Armborst/Colectivo Situaciones 2003:204).

In den 1980er Jahren unter der ersten zivil-demokratischen Regierung Alfonsín fanden die sozialen Proteste nur vereinzelt statt, Arbeitskonflikte erreichten bis in die erste Hälfte einen historischen Tiefstand. Auffällig war eine zunehmende Integration von Antirepressionsforderungen in die Protestaktionen. Viele Menschenrechtsorganisationen begannen lokale Aktivitäten zu unterstützen und weiteten im Laufe der 1990er Jahre ihre Forderungen immer stärker auch auf soziale Rechte aus. Da sich während und infolge der Militärdiktatur eine partielle Deindustrialisierung vollzogen hatte, gingen auch die gewerkschaftlichen Konflikte zurück (vgl. ebd.). Im Allgemeinen war es für Protestierende Anfang bis Mitte der 1990er Jahre schwierig unter der Regierung Menem, ihre Forderungen als legitim zu

¹¹ ‚Die Mütter des Platzes der Mairevolution‘

präsentieren. Es herrschte eine hegemoniale öffentliche Meinung, welche alle Positionen die sich nicht mit dem *Menemismo* vereinbaren ließen, als

„realitätsfremd, überholt, verantwortungslos, irregeleitet, wenn nicht gar als böswillige Sabotage darstellte“ (Boris/Tittor 2006:69).

Mitte der 1990er Jahre begannen sich die sozialen Proteste auszuweiten. In Anschluss an die Hyperinflation von 1995 hatten Arbeitslosigkeit und Armutsraten einen historischen Höchstwert erreicht. Während dieser Phase kam es in Argentinien zu ersten solidarökonomischen Praktiken auf kleinster lokaler Ebene. So wurde auch der erste Tauschring von Bernal im Mai des Jahres gegründet (siehe Fallbeispiel unter 5.4.). Mit Unterstützung der *Piquetero*-Organisationen schaffte es die städtische Unterschicht seit vielen Jahren wieder als mächtiger politischer Akteur aufzutreten, ohne sich zunächst vom Peronismus vereinnahmen zu lassen (ebd. 70).

5.2. Politische Artikulation der arbeitslosen *Piqueteros*

Bereits Mitte der 1990er Jahre war es in Argentinien zu ersten Protesten von Erwerbslosen gekommen, die besondere mediale Aufmerksamkeit erlangten, als sie in einigen Orten des *Interior* zu Straßensperren (*Piquetes*) führten.

*„1996 blockierten ca. 20.000 Menschen in den benachbarten Orten Cutural-Co und Plaza Huincol, in der im Südwesten gelegenen Provinz Neuquén, sieben Tage und sechs Nächste die Zufahrtsstraßen und forderten – nach der folgenreichen Privatisierung des Erdgasunternehmens YPF¹² – neue Arbeitsplätze und ein Treffen mit dem örtlichen Gouverneur. Die argentinische Bundespolizei sah sich nicht in der Lage, die Straßen zu räumen und zog sich zurück. Der Gouverneur akzeptierte nach sechs Tagen die Forderungen der Aufständischen nach Wasser und Licht und versprach Unterstützungszahlungen, nachdem er mit einer Delegation der Protestierenden verhandelt hatte – die sich erstmals *Piqueteros* nannten.“ (Boris/Tittor 2006:77f)*

Rückblickend waren diese Ereignisse der Ausgangspunkt für die Entstehung der *Piquetero*-Bewegung. Die Aktionsform der Straßensperren durch die *Piqueteros* geht mit Forderungen nach Arbeitsplätzen, ausstehenden Löhnen und Unterstützungsprogrammen sowie mit dem Ziel, Entlassungen zu verhindern, behördliche Korruption und Pfründenverteilung anzuprangern einher. Darüber hinaus werden Themen wie Kollektivität, Autonomie und Selbstbewusstsein am Arbeitsplatz

¹² Yacimientos Petrolíferos Fiscales

thematisiert. AdressatInnen der Protestbewegung sind einerseits der Staat, andererseits private Unternehmen.

Viele AktivistInnen betonen, dass sie bei den *Piqueteros* ein Gefühl von Zusammengehörigkeit (wieder-)gewonnen hätten, welches ihren Selbstwert gestärkt habe. Bildungsprogramme und die relative Verbesserung der Grundversorgung ihrer Mitglieder, die über den Zugang zu Medikamenten, Suppenküchen, Arbeitsmöglichkeiten in Kooperativen, etc. erreicht wurden, können trotz eines Rückgangs der Proteste seit 2000 als Erfolge betrachtet werden.

Im Verlauf der Entwicklung und in Anschluss an die ersten Erfolge der *Piqueteros* – sowohl in den Provinzen des *Interior* als auch in den Armenvierteln von Buenos Aires – hatte sich die Bewegung enorm vergrößert. Ihre Forderungen wurden zunehmend politischer und am 2001 erstmals stattfindenden Kongress der Arbeitslosen konnte eine bedeutsame Vernetzung einzelner Gruppen erreicht werden. Anfang 2002 hatten die *Piquetero*-Organisationen über 100.000 aktive UnterstützerInnen (ebd.:80). Die Gruppierungen zeichneten sich durch eine große Vielfalt an verschiedenen Strömungen, durch unterschiedliche politische Stile, durch verschiedene ideologische Traditionen und strategische Orientierungen aus.

Vor allem in den Armenvierteln im Großraum von Buenos Aires, die von der sozialen Atomisierung (vgl. ebd.) besonders betroffen waren, ging die Entstehung vieler *Piquetero*-Organisationen aus älteren, wiederbelebten Stadtteilbewegungen hervor. Unter den Personen die den *Piquetero*-Organisationen beitraten, hatten viele einen kirchlichen Hintergrund. Einige kamen von NGOs und wiesen stark lokal verankerte politische Erfahrungen auf. Auftrieb erfuhr die Bewegung infolge von Unterstützungen seitens politischer Parteien, die sich zum einen aus den peronistischen Basisstrukturen und aus dem gewerkschaftlichen Spektrum zusammensetzten. Zum anderen begannen um die Jahrtausendwende einige kleine linke Parteien, die Forderungen der Erwerbslosen-Proteste in ihre Programme aufzunehmen. Dies bedeutete für die *Piquetero*-Organisationen zusätzliche organisatorische und finanzielle Ressourcen. Jedoch brachten diese Unterstützungen, die erheblich zur Ausweitung der Bewegungen beigetragen hatten, klientelistische Vereinnahmungsversuche mit sich. Ein großer Teil der Bewegung bekennt sich aktuell zur Regierung Kirchner. Obwohl es seit 2003 zu keiner gemeinsamen Mobilisierung aller Strömungen mehr kam, ist die Zahl der DemonstrationsteilnehmerInnen dennoch sehr hoch und es werden nach wie vor

landesweite Protesttage organisiert, an denen wichtige Zufahrtstraße blockiert werden (vgl. ebd.:81ff).

5.3. Orte der Entstehung Solidarischer Ökonomie: Stadtteilversammlungen und selbstverwaltete Betriebe

Die Aufeinanderfolge der Ereignisse im Dezember 2001 zusammen mit dem der begrenzte Zugriff auf Bankkonten (*Corralito*) und die darauf folgenden *Cacerolazos* (Kochtopfdemonstrationen) erzeugten einen radikal veränderten Alltagskontext. Dieser war durch einen hohes Maß an politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit gekennzeichnet (vgl. *Colectivo Situaciones* 2003a:116). Fünf Präsidenten wechselten einander binnen nur zwei Wochen ab, Wirtschaftsplänen folgten einander, während eine ökonomische Depression das Wachstum der Arbeitslosenzahl beschleunigte.

Vor allem in Buenos Aires bildeten sich unter diesen Vorzeichen an vielen Straßenecken Stadtteilversammlungen, so genannte *Asambleas Barriales*, bei denen über die fatale ökonomische Situation debattiert wurde. Viele *Asambleas*, die häufig über hundert TeilnehmerInnen zählten, begannen kostenlose Essensverteilung und Volksküchen zu organisieren, wodurch erst im direkten Umfeld sichtbar wurde, wie viel Armut bereits existierte (Boris/Tittor 2006:92).

Im Wesentlichen handelte es sich bei der Bewegung der Stadtteilversammlungen um neu entstandene Formen, den öffentlichen Raum zu beleben sowie den gesellschaftlichen Bruch infolge der Dezemberereignisse zu interpretieren und zu diskutieren. Es wurden neue Möglichkeiten der öffentlichen Beteiligung erschlossen, indem die Straßen, Ecken und Plätze subjektiv neu konfiguriert wurden (*Colectivo Situaciones* 2003a:117). Tägliches Zusammentreffen bei Aktivitäten wie Versammlungen, Workshops und Festivals stärkte die Gemeinschaft und schuf vorher nicht bestehende Beziehungen zwischen den BewohnerInnen der Stadtviertel. Für die KünstlerInnen und AutorInnengruppe *Colectivo Situaciones* sind die *Asambleas* selbst Ausdruck eines Widerstands gegen die realen Herrschaftsstrukturen. Die StadtteilbewohnerInnen seien demnach im Zuge der Auseinandersetzung und Bildung ihrer Subjektivität ein praktischer Versuch einer Wiederaneignung der Lebensbedingungen (vgl. ebd.:120).

Für die Entstehung solidarökonomischer Praktiken und Ansätze bildeten die *Asambleas* ein ideales Terrain, um Formen wirtschaftlicher Selbstorganisation zu entwickeln. Vor

allem boten sie Möglichkeiten der praktischen und theoretischen Vernetzung. Im Kontext der Krise lag es im Interesse vieler BewohnerInnen, an lokal verorteten, bedürfnisorientierten und versorgende Formen des Wirtschaftens abseits der stagnierenden und unsicheren formellen Ökonomie teilzunehmen. So stieg die Zahl der Personen, die sich in den Stadtvierteln zusammenschlossen, um ihren Lebensunterhalt über Tauschringe und Müllsortieren zu organisieren, enorm an¹³.

Dennoch darf in diesem Zusammenhang nicht außer Acht gelassen werden, dass der Großteil der ProtagonistInnen – sowohl der *Cacerolazos* als auch der *Asambleas* – aus der urbanen Mittelklasse stammte. Viele waren zuvor sogar AnhängerInnen der menemistischen Politik gewesen und suchten Orte und Möglichkeiten, ihren Enttäuschungen Ausdruck zu verleihen. Die Entstehung Solidarischer Ökonomie verlief in einem sozial sehr heterogenen Umfeld. Manche *Asambleas* grenzten sich stark von den Unterschichten ab und konzentrierten ihren Protest auf die eigenen Einschränkungen, andere hingegen solidarisierten sich stärker mit den unteren Bevölkerungsschichten. Obwohl die Stadtteil-Bewegungen ab etwa Mitte des Jahres 2002 einen allgemeinen Rückgang der Mobilisierung erlebten und sich viele Beteiligte entfernten, bestehen sie weiterhin, auch wenn sie nur geringe TeilnehmerInnenzahlen aufweisen. Die Volksküchen, die sozialen und kulturellen Zentren, lokalen Radios und Bildungsangebote, darunter Alphabetisierungsprogramme und Nachhilfeunterricht, existieren zum gegebenen Zeitpunkt weiter. Darüber hinaus solidarisieren sich die *Asambleas* mit anderen Protesten (Boris/Tittor 2006:92).

Seit Beginn der 1990er Jahre bildet die selbstorganisierte Wiederinstandsetzung von Betrieben eine Möglichkeit, solidarischen Wirtschaftsformen in Argentinien einen institutionellen Rahmen zu verschaffen. Die Bewegung der wieder gewonnenen Betriebe (*Empresas Recuperadas*) erfüllen die unter 3.1.1. erläuterten Kriterien eines solidarökonomischen Ansatzes: Die durch die Belegschaft übernommenen Betriebe setzen sich für eine Vergemeinschaftung der Produktionsmittel ein und stellen das Privateigentum, Profit und Gewinnmaximierung des Kapitalismus praktisch in Frage. Die ArbeiterInnen treffen ihre Produktionsentscheidungen basisdemokratisch und wählen KoordinatorInnen, die jederzeit abgesetzt werden können. In Versammlungen werden Produktionsentscheidungen diskutiert, sodass Informationsasymmetrien vermieden werden. Es bestehen egalitäre Machtstrukturen, da es weder ChefInnen,

¹³ Wie erwähnt, wird unter 5.4. die solidarökonomische Initiative der *Clubes de Trueque* (Tauschklubs) einer eingängigen Analyse unterzogen.

MeisterInnen noch VorarbeiterInnen gibt. Arbeitszeiten und Arbeitsorganisation werden entsprechend den eigenen Bedürfnisse angepasst, um möglichst nützliche Produkte unter erträglichen Bedingungen herzustellen.

Als Folge der neoliberalen Öffnung und dem damit einhergegangen Wegfallen staatlicher Protektion kam es während der Regierungsperiode Menems zu vielen Betriebsschließungen. Ferner war diese Phase stark von einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Lohnkürzungen sowie von einer Nicht-Bezahlung von Löhnen und Gehältern geprägt. Die Wiederaufnahme der Produktion in Eigenregie verfolgte fast immer das Ziel, Betriebsschließung zu verhindern und das daran gekoppelte Einkommen zu behalten.

„Die Besetzungen entstehen als Überlebensprojekte in einer defensiven Situation.“ (Arnold 2003:146)

Nach der 1998 einsetzenden Rezession verschärfte sich die wirtschaftliche Situation soweit, dass Ende 2001 mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung Argentiniens von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen waren (Zibechi 2003:135). Viele der neuen Arbeitslosen mussten alsbald erkennen, dass sie aus der formellen Wirtschaft in einen prekären und schlecht bezahlten Randbereich der Gesellschaft, in den informellen Sektor, gedrängt wurden.

In dieser schwierigen Phase kam es zu vielen Besetzungen bankrotter Betriebe seitens der Belegschaften, die zunächst mit vielschichtigen praktischen Problemen beschäftigt waren. Der Abwehr von Räumungsversuchen sowie dem fehlenden Zugang zu Krediten und den Schwierigkeiten, die Produktion koordiniert wieder aufzunehmen, konnte nur mittels der Unterstützung, der Spenden und der Solidarität breiter Bevölkerungsteile, darunter vor allem Menschenrechtsbewegungen und Einzelpersonen aus der lokalen Politik sowie seitens der *Asambleas* und *Piquetero*-Organisationen, begegnet werden (vgl. Boris/Tittor 2006:86). Die zuvor kaum untereinander vernetzten selbstverwalteten Betriebe gründeten im Jahr 2000 den Dachverband MNER¹⁴. Ein Großteil der besetzten Fabriken waren Kooperativen (vgl. Zibechi 2003:137).

„Die Bedeutung der Bewegung ist nicht so sehr in der Zahl der Involvierten (160-180 besetzte Betriebe, in denen circa [sic!] 10.000 Menschen arbeiten) zu sehen, sondern vielmehr auf der symbolischen Ebene zu suchen. Die Möglichkeit der Besetzung war eine kollektive Antwort auf die zuvor allmächtige Drohung der Betriebsschließung und der Arbeitslosigkeit, die der sukzessiven

¹⁴ Movimiento Nacional de Empresas Recuperadas – Nationale Bewegung wieder gewonnener Unternehmen

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen die Tür öffnete.“ (Boris/Tittor 2006:88)

Die betriebliche Selbstverwaltung in Argentinien zeigt, dass solidarökonomische Ansätze in Krisenzeiten des Kapitalismus zunehmend an Signifikanz erlangen.

5.4. FALLBEISPIEL: Die solidarökonomischen Erfahrungen der Tauschnetzwerke in Argentinien

In diesem Abschnitt soll neben den genannten Bewegungen ein weiteres solidarökonomisches Organisationsmodell, welches im Kontext der Argentinien-Krise stark an Bedeutung gewinnen konnte, näher behandelt werden. Dem Phänomen der *Clubes de Trueque*, der Tauschkreis-Bewegungen, soll in Form eines Fallbeispiels eine detaillierte Betrachtung zukommen. Aus den Erkenntnissen dieser Analyse soll die Beantwortung der zentralen Fragestellungen der vorliegenden Arbeit hergeleitet werden. Diese beschäftigen sich überwiegend mit der Nachhaltigkeit solidarökonomischer Ansätze und suchen nach Möglichkeiten und Grenzen, die sich bei der Durchsetzung von konkreten Projekten auftun. Fragen wie *In welchem Verhältnis steht eine Solidarische Ökonomie zur kapitalistischen Marktwirtschaft, abgeleitet von den argentinischen Erfahrungen?* und *Welche Schlussfolgerungen lassen sich im Hinblick auf die moralische Dimension der Ökonomie ziehen?* sollen geklärt werden.

5.4.1. El Trueque Argentino: Entstehungsgeschichte¹⁵

Die Entstehung der argentinischen Tauschkreis-Bewegung beruht auf einer Nachbarschaftsinitiative in Bernal, einem Vorort von Buenos Aires. Personen rund um die ökologische Gruppe *Programa de Autosuficiencia Regional* (Programm regionaler Selbstversorgung), die seit Ende der 1980er Jahre an selbstversorgenden und nachhaltigen Projekten arbeitet, schlossen sich 1995 zusammen und gründeten den ersten Tauschring. Ursprünglich wurde der erste *Club de Trueque* (Tauschklub) ins Leben gerufen, um auf solidarische Weise und als Alternative zur formellen Ökonomie,

¹⁵ Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Tauschkreis-Bewegung basiert überwiegend auf Beiträgen der im September 2002 an der Universität *General Sarmiento* stattfindenden Tagung *Trueque y Economía Solidaria* (Tausch und Solidarische Ökonomie). Im Anschluss an die Konferenz publizierte Susana Hintze 2003 die Beiträge und Überlegungen zum Thema verschiedenster AutorInnen und *Trueque*-AktivistInnen in einem Sammelwerk.

die in eigenen Gärten angebauten Produkte zu tauschen (vgl. Colectivo Situaciones 2003b:152).

Die Entwicklung der ersten Tauschversuche fanden zunächst in einem sehr kleinen lokalen Rahmen in Stadtteilen und Dörfern statt und zählten kaum mehr als 30 Mitglieder. Ziel der *Clubes de Trueque* war es, unter dem Vorzeichen der gemeinsamen Selbsthilfe für jene aus der formellen Wirtschaft Ausgeschlossenen einen geschützten Markt entstehen zu lassen. Dieser sollte in Zeiten einer wachsenden Globalisierung die Bedürfnisse für die VerliererInnen dieser Phase ausgleichen. Wie unter 4.4. erläutert, brachte die neoliberale Umgestaltung neben einer Verschärfung der sozialen Ungleichheit und eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit auch eine enorme Ausweitung des prekären informellen Sektors mit sich.

Nachdem der direkte Tausch eines Produktes gegen ein anderes schnell an seine Grenzen geraten war, entschieden sich die *Trueque*-InitiatorInnen für die Einführung eines multilateralen Systems. Damit war es nicht mehr notwendig, ausschließlich Produkt gegen Produkt direkt zu tauschen. JedeR TeilnehmerIn hatte eine Liste angelegt, in welche der Schuldsaldo eines jeweiligen Produkte-Tausches eingetragen wurde. Da die *Trueque*-Aktivitäten nur in kleinen Gruppen und mit wenigen untereinander bekannten TeilnehmerInnen statt fanden, konnte Monat für Monat jeweils ein Bilanzausgleich erzielt werden (vgl. Laporte 2003:166). Als die Tauschaktivitäten anwuchsen, erwies sich die Methode als ineffizient, da der anfallende Aufwand immer komplexer wurde und nicht mehr zu bewerkstelligen war. Darüber hinaus wurde trotz einer Ausdehnung der Tauschaktivitäten die gesamte Buchführung ausschließlich in Bernal durchgeführt (vgl. Colectivo Situaciones 2003b:153).

In Anbetracht der Tatsache, dass nur ein Jahr nach der Gründung des ersten Tauschrings in Bernal landesweit bereits 1.000 *Trueque*-Mitglieder bei über 50 so genannten *nodos* (Knotenpunkte) involviert waren, musste ein System gefunden werden, das eine Verbindung zwischen den verschiedenen Tauschclubs ermöglichte. Mit der Erfindung der Tauschwährung *créditos*, die häufig als Sozialgeld (*moneda social*) bezeichnet wurde und eine Kreditfunktion besaß, konnte eine Vernetzung vorangetrieben werden. Die kooperierenden Tauschringe konstituierten sich als allgemeines landesweites Tauschnetzwerk, als das so genannte *Red Global del Trueque* (RGT). Infolge der Gründung des Netzwerkes wuchsen die Knotenpunkte und ihre Mitgliederzahlen stetig an (Thimmel 2003:161). Im Herbst des Jahres 2001 – direkt proportional zur Wirtschaftskrise – weitete sich das *Trueque*-Phänomen explosionsartig aus. Vor diesem

Hintergrund verzehnfachte sich die Zahl der Personen, die an Tauschklubs teilnahmen, innerhalb eines Dreivierteljahres.

Jahr	Anzahl der <i>nodos</i>	Anzahl an teilnehmenden Personen	Durchschnittliche Mitgliederzahl per <i>nodo</i>
1995	1	20	Zwischen 10 und 20
1996	17	400	Zwischen 10 und 30
1997	40	2.500	Zwischen 10 und 100
1998	83	5.500	Zwischen 20 und 300
1999	200	20.000	Zwischen 40 und 400
2000	400	85.000	Zwischen 50 und 1.500
2001	1.800	800.000	Zwischen 150 und 4.000
2002	5.000	2.500.000	Zwischen 150 und 20.000

Abb. 6: Größenentwicklung des *Trueque*-Phänomens in Argentinien; 1995 - 2002.

Quelle: Abramovich / Vázquez 2003

Die Wirtschaftskrise war das auslösende Moment für das kometenhafte Wachstum und die rasante Multiplikation der Knotenpunkte. Insbesondere in den Wochen nach der Sperrung der Bankkonten, dem so genannten *Corralito*, im Dezember 2001 stießen tägliche etwa 5.000 Menschen neu zu den Tauschringen (Colectivo Situaciones 2003b:154). Die Abwertung des argentinischen Pesos und der damit einhergehende Preisanstieg für Grundnahrungsmittel sowie eine sich verschärfende Rezession löste einen dynamischen Anstieg der Armutsraten aus. Wie in Abbildung 4 unter Kapitel 4.4.2. ersichtlich, ist der Anteil der Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben, zwischen 1994 und 2002 von zirka 15 % auf über 50% gestiegen. Breite Bevölkerungsschichten, viele darunter aus der Mittelklasse, wurden im Zuge der Argentinien-Krise vom Konsum aus dem formellen Markt ausgeschlossen. Besonders der Kollaps des Konvertibilitätsregimes führte zu einem enormen Verlust der Kaufkraft, da monetäre Ressourcen bedeutend weniger wert waren. Der *Trueque* bot in der Krisenzeit für viele neu zuströmende TeilnehmerInnen eine Strategie, sich mit ihren verfügbaren produktiven Ressourcen wie Arbeitskraft und Produktionsmittel einen Lebensunterhalt zu verschaffen. Güter und Dienstleistungen, die an der formellen Marktwirtschaft kaum oder nicht mehr wettbewerbsfähig waren, konnten über den Tausch innerhalb einer Parallelökonomie sehr wohl angeboten bzw. produziert werden. Warum dabei die Bedürfnisorientierung sowie der Tausch mit Grundversorgungsgütern nicht immer von oberster Priorität war und welche weiteren Aspekte zu dem rasanten

Kollaps des *Trueque*-Systems bereits zu Beginn des Jahres 2003 geführt hatten, soll in Kapitel 5.4.3. diskutiert werden.

5.4.2. Selbstverständnis und Funktionsweise des *Trueque Argentino*

Die *Clubes de Trueque* verstehen sich als zivilgesellschaftlich organisierte ökonomische Selbsthilfeeinrichtungen, die wirtschaftliche und soziale Ziele verfolgen. Die solidarisch handelnden TeilnehmerInnen haben eine doppelte Funktion zu erfüllen, indem sie als KonsumentInnen und ProduzentInnen zugleich agieren. Das Zusammenwirken beider Aufgaben innerhalb nur einer Funktion wird gemäß der *Trueque*-Philosophie als *Prosumción* bezeichnet. Der in einem Tauschring faire Umgang miteinander und die Verinnerlichung der *Trueque*-Grundpfeiler sind für die ProsumentInnen (*Prosumidores*) unerlässlich. Nur über eine gut funktionierende Kommunikation der Tauschring-Normen kann ein gegenseitiges Vertrauen zueinander sowie eine soziale Bindung zur Institution des Tauschklubs hergestellt werden (Schillat 2008:47).

Güter und Dienstleistungen jeder Art können auf den Märkten reziprok getauscht werden. Es geht darum, Bedürfnisse zu befriedigen, die in der formellen Wirtschaft auf der Strecke bleiben.

„Zu finden war fast alles, von Lebensmitteln über gebrauchte oder selbstgefertigte Gegenstände hin zu Dienstleistungen wie Handwerk oder Medizin. Hausfrauen bereiteten Speisen und Konserven zu oder boten Torten und Gebäck aus ihrer Eigenproduktion an. Vom Land brachten Bauern oftmals Obst und Gemüse in die städtischen Klubs. Im Nicht-Lebensmittelbereich war sowohl neue als auch gebrauchte Ware zu finden, in erster Linie Kleidung und Schuhe, daneben allerlei Gegenstände, welche die Haushalte nicht mehr verwendeten, aber auch selbst hergestellte Dekorations- und Kunsthandwerksartikel. Neuwaren wurden vor allem von Geschäftsinhabern beigesteuert, die ihre Läden schließen mussten und Lagerbestände im Trueque absetzten. Auch entlassene Arbeiter, die ihre Abfindungen in Form von Produkten ihres Unternehmens (oft Kleidung) erhielten, boten Überschüsse an.“
(Roßmeißl 2004:15)

5.4.3. Zusammenbruch des *Trueque*-Systems

Der Zusammenbruch des *Trueque*-Systems erfolgt im Oktober und November 2002. Ursächlich für den Kollaps war eine Kombination aus einer Vielzahl an Faktoren, die mit einer nur wenig solidarisch ausgeprägten Haltung vieler Beteiligten zu tun hatte.

Ein wichtiger Grund für das Scheitern war die Tatsache, dass nur wenige TeilnehmerInnen der Denkfigur des/der ProsumentIn auch nahe kamen. Mit der

exponentiell steigenden Mitgliedschaft stieg auch die Zahl jener Beteiligten, die lediglich einkaufen wollten, ohne selbst Produkte anzubieten. Die abrupte Abkehr von den Tauschaktivitäten resultierte für viele aus der Tatsache, dass gebrauchte Kleidung und Haushaltswaren im Überfluss angeboten wurden, während es zunehmend an frischen Nahrungsmitteln fehlte.

„Vor allem aber gab es zu wenig von dem, was alle am meisten wollten: Essen. Stattdessen boten die meisten an, was sie in ihrer Wohnung fanden: Kerzenständer, Kissen in Herzform, Blumen aus Plastik, in der Not hatte dies jedoch für niemanden Wert.“ (Habermann 2004:18)

Da sich die Wirtschaftskrise mittlerweile zu einer Hungerkrise entwickelt hatte, griffen viele auf ein im Oktober des Jahres 2002 von der Regierung gestartetes Notprogramm, das so genannte *„Programa de Jefes de Familia“*, zurück, das großen Bevölkerungsteilen auf niedrigstem Niveau eine Grundversorgung mit Lebensmitteln sichern konnte (Colectivo Situaciones 2003b:164). Das Überangebot der Tauschware in Kombination mit einem durch Fälschungen bedingten Anstieg der sich im Umlauf befindenden Geldmenge führte zu einem in der *Trueque*-Theorie unmöglichen Phänomen der Inflation.

Versuche, den genannten inhärenten Problemen zu begegnen, schlugen fehl, weil nur ein eher geringer Teil der *Trueque*-NutzerInnen tatsächlich an den Versammlungen der Klubs teilnahm und es kaum zu Kooperationen mit anderen sozialen Organisationen kam (Boris/Tittor 2006:94).

6. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN SOLIDARISCHER ÖKONOMIE ALS ENTWICKLUNGSMODELL

Nachdem im Verlauf der Arbeit sowohl der historisch-geographische Kontext Argentiniens erläutert als auch ein Einblick in die Praxis der Solidarischen Ökonomie geboten wurde, soll von den Ergebnissen abgeleitet werden, über welche Potenziale solidarökonomische Ansätze hinsichtlich einer nachhaltigen Alternative zur formellen kapitalistischen Wirtschaft verfügen.

Es wurde dabei die kritische Analyse der alternativen Wirtschaftskonzepte den diskutierten historischen Konstanten der argentinischen Entwicklung gegenübergestellt. Unter besonderer Berücksichtigung der Entstehungsphase zahlreicher neuer sozialer Bewegungen seit Mitte der 1990er Jahre (siehe 5.1.) wurden in weiterer Folge Theorie und Empirie zusammengeführt. Letztendlich sollten Antworten auf die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen Solidarischer Ökonomie als entwicklungsförderndes Modell gefunden werden.

Solidarische Ökonomie und Parecon werden in der aktuellen wissenschaftlichen Diskussion um Alternativen zum Kapitalismus häufig als potenzielle gesellschaftsverändernde Strategien behandelt. Doch welche Tragweite können die angestrebten Veränderungen in sich bergen? Die argentinischen Erfahrungen, die den empirischen Bezugspunkt der vorliegenden Analyse darstellen, sollten eine Annäherung an diese zentrale Fragestellung ermöglichen.

Argentinien zählte über lange Zeit nicht zu jenen Ländern, die abseits des gewerkschaftlichen Spektrums eine ausgeprägte Protestkultur aufzuweisen hatten. Seit etwa Mitte der 1990er Jahre und geballt um die Jahrtausendwende expandierten die sozialen Proteste erheblich und wurden militanter (vgl. Boris/Tittor 2006:67ff sowie 5.1.). Ansätze Solidarischer Ökonomie wurden in Argentinien vor allem während der Phase des akuten wirtschaftlichen Engpasses und überwiegend als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2001/02 praktisch erprobt. Gewiss handelte es sich dabei überwiegend um Experimente, hauptsächlich mit dem Vorhaben, einer raschen Bedürfnisbefriedigung nachzukommen. Aus diesem Grund mag es zunächst problematisch erscheinen, verschiedenste Unternehmungen Solidarischer Ökonomie als so genannte nachhaltige Entwicklungsmodelle einzuordnen. Ohne den Anspruch der Allgemeingültigkeit zu erheben, dürfen solidarökonomische Ansätze sehr wohl, wie aus

den Beispielen aus Argentinien hervorgeht, als Entwicklungsstrategien betrachtet werden, welche in prekären Situationen Möglichkeiten zur Verbesserung von Lebenssituationen bieten.

Im Nachhinein lässt sich über das argentinische Beispiel der Tauschkreise feststellen, dass es sich um ein kollektives Phänomen handelte, das sich binnen kurzer Zeit von einer kleinen, lokalen Ebene auf Massen ausweitete. Die Tauschklubvereinigungen werden dennoch nicht als soziale Bewegungen begriffen, da sie sich weder für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse aussprachen, noch zu kollektiven AkteurInnen wurden oder politische Forderungen artikulierten (Boris/Tittor 2006:93).

Auf ähnliche Weise wie Tauschkreise, Stadtteilversammlungen, Belegschaftsübernahmen, etc. Experimente einer emanzipatorischen Praxis darstellen, präsentiert Michael Albert sein Konzept der Parecon als Experiment einer emanzipatorischen Wirtschaftstheorie. Ohne die breit angelegte Kritik über die Durchführbarkeit seiner Vision zu vernachlässigen, leistet Parecon einen wertvollen Beitrag zur Diskussion um neue Entwicklungsstrategien. Dies tut sie schon aufgrund der Tatsache, dass utopisches Denken für einen Diskurs um Alternativen unverzichtbar ist.

Dennoch soll im Rahmen dieser Untersuchung, auf die Auseinandersetzung mit der Kritik, welche die Solidarische Ökonomie von vielerorts erfährt, kein geringeres Augenmerk gelegt werden. Es wird häufig argumentiert, dass es sich um keine ‚wahrhaftige‘ Alternative handle, da es weder zum Bruch der Reproduktionsketten noch zur Aufhebung des ursprünglichen Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit käme (vgl. u.a. Exner 2009). Auch die solidarökonomischen Organisationsmodelle der Tauschkreise und Regionalwährungen, welche in dieser Arbeit eine besondere Berücksichtigung erfahren, werden vor allem kritisiert, weil sie die strukturellen Probleme des Kapitalismus nicht zu verändern planen. Es handle sich um eine bloße Abwandlung der Marktwirtschaft, ohne deren Konkurrenzlogik grundlegend zu hinterfragen.

„Die Marktwirtschaft ist in erster Linie eine ‚Beziehung‘ zwischen Waren statt zwischen Menschen. An ihr kann daher nur teilnehmen, wer auch etwas zu tauschen hat. [...] Die Schwächsten in einer Gesellschaft, nämlich jene, die über keinen Besitz verfügen und nicht einmal ihre Arbeitskraft eintauschen können, bleiben folglich ausgeschlossen. In der Praxis der Tauschkreise werden solche Menschen mitunter einfach mitversorgt. Das spricht zwar für das soziale

Gewissen der Beteiligten, ändert aber nichts an der prinzipiellen Marktnatur des Tauschkreises.“ (Exner/Grohmann 2005)

Die Konflikte des Kapitalismus werden lediglich in marktkonforme Nischen verlagert, die mit ihrer systemstabilisierenden Wirkung dem Neoliberalismus sogar die Tür öffnen können. Es ist somit in diesem Zusammenhang notwendig auf einen möglichen Teufelskreis, welcher zu einer zunehmenden Legitimation eines neoliberal agierenden Staates führen kann, hinzuweisen. Die Delegation von öffentlichen Aufgaben und Verantwortungen auf die Individuen bzw. auf untergeordnete Verwaltungen ist für den neoliberalen Staat ein typisches Merkmal. Die Bedürfnisbefriedigung über Selbstorganisation wird befürwortet oder sogar gefördert, sodass die Anliegen etwa solidarökonomischer Initiativen in einer Nischenposition verhaftet bleiben, ohne eine gesamtgesellschaftliche Systemgefährdung darzustellen. Der prekäre und informelle Rahmen in welchem die Organisationen meist verortet sind, wird bewusst genutzt um auf die Beteiligten ökonomischen Druck auszuüben.

Es drängt sich das zentrale Dilemma der Untersuchung in den Vordergrund, das sowohl die realen als auch theoretischen Grenzen des Konzept der Solidarischen Ökonomie betrifft. Wie aus der Analyse unter Abschnitt 3 und auch unter 5. aus dem Fallbeispiel über die Tauschnetzwerke in Argentinien hervorgeht, haben solidarökonomische Projekte für die formelle kapitalistische Marktwirtschaft häufig eine ergänzende Wirkung, indem sie den davon Ausgeschlossenen oder Marginalisierten Möglichkeiten zur Existenzsicherung bieten. Die Erkenntnis aus den in dieser Arbeit diskutierten Erfahrungen, dass eine Solidarische Ökonomie überwiegend im Nischenbereich verhaftet ist, scheint sich immer wieder zu bestätigen.

Des Weiteren darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Solidarische Ökonomie eine Begleiterscheinung des Kapitalismus ist und ohne demselbigen nicht existieren würde. Die geschützten solidarischen Märkte gewinnen vor allem dann an Bedeutung, wenn die dominante kapitalistische Wirtschaftsform in eine Krise gerät und es nicht schafft vorhandene Produktionspotentiale zu nutzen. Solidarökonomische Initiativen, wie etwa die argentinischen *Clubes de Trueque* schaffen es zumindest kurzfristig die materielle Existenzsicherung bestimmter Bevölkerungsteile wiederherzustellen. In Ländern des Südens sind die Initiativen überwiegend in prekären oder informellen Sektoren verortet. Hingegen laufen manche Projekte in Industrieländern Gefahr, als

utopische Oasen für intellektuelle Mittelklassekreise abgestempelt zu werden (vgl. Altvater 2006:9).

Die vorliegende Arbeit soll zusammenfassend einen Beitrag zur aktuellen Diskussion rund um die entwicklungsfördernden Potenziale Solidarischer Ökonomie leisten. Die aus der Analyse hervorgehenden Schlussfolgerungen betreffend die eingeschränkte Wirkungsspanne sowie die Unschärfe des Konzepts, werden durch die Erfahrungen der argentinischen Tauschnetzwerke praktisch belegt.

Trotz aller Kritik dürfen die meist nur kurzfristigen und existenzsichernden Effekte Solidarischer Ökonomie, die aus wirtschaftlicher Not hervorgehen, nicht diskreditiert werden. Die Initiativen könnten gegebenenfalls ihre Einflussosphäre erweitern, kommt es zu einer vermehrten Solidarisierung der Mittelklassen mit den Unterschichten. In den argentinischen Stadteilversammlungen zeichnete sich während der Phase der akuten Krise eine derartige Annäherung ab (Boris/Tittor 2006:91f).

Solidarische Ökonomie ermöglicht, dass anderes Wirtschaften sichtbar gemacht wird. Möglichkeiten und Alternativen werden praktisch erprobt und (vor)gelebt. Es bilden sich Netzwerke unterschiedlichster Arten und Dimensionen, die sich für egalitäre, demokratische Entscheidungsfindungen und Arbeitsweisen aussprechen und diese auch umsetzen. Die für den Kapitalismus typischen und selten hinterfragten Handlungslogiken werden reflektiert und zum Teil sogar gebrochen, sodass ein neues Bewusstsein für alternative Wirtschaftsformen geschaffen wird. Aus dieser Perspektive können auch die gescheiterten argentinischen Erfahrungen einen positiven Beitrag für die Suche nach Entwicklungsstrategien leisten.

QUELLENNACHWEIS

Literatur

Abramovich, Ana Luz / Vázquez, Gonzalo (2003): La experiencia del trueque en la Argentina: Otro mercado es posible. In: Central de Trabajadores Argentinos, Instituto de Estudios y Formación (Hrsg.) (2003): Seminario de Economía Social, Begleitheft zum Seminar; 23 – 61.

Albert, Michael/Hahnel, Robert (1991): The Political Economy of Participatory Economics. Princeton: Princeton University Press.

Albert, Michael (2006): Parecon [participatory economics]. Das Leben nach dem Kapitalismus. Frankfurt am Main: Trotzdem Verlagsgenossenschaft.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (2002): Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Altvater, Elmar (2006): Solidarisches Wirtschaften: prekär oder emanzipativ? In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA; 9-22.

Altvater, Elmar (2008): Solidarische und nachhaltige Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA; 96-100.

Arnold, Alix (2003): Besetzte Betriebe: Anmerkungen zum Dilemma der Selbstverwaltung im Kapitalismus. In: Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin: Assoziation A; 146-151.

Armborst, Stefan/Colectivo Situaciones (2003): Herrschaft – Krise – Widerstand. Chronologie der jüngsten Geschichte Argentiniens. In: Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin: Assoziation A; 203-219.

Auinger, Markus/Leubolt, Bernhard (2006): Lokale Initiativen und staatliche Regulation. Die Bedeutung des Staates für die Solidarische Ökonomie. In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA; 40-45.

Beutel, Jörg (2006): Mikroökonomie. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.

Bierhoff, Oliver (2008): Aneignung und Enteignung. Die Aktualität der Eigentumsfrage bei der Suche nach einer Solidarischen Ökonomie. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA; 124-126.

Boris, Dieter/Hiedl, Peter (1978): Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart. Köln: Pahl-Rufenstein.

Boris, Dieter (2002): Die argentinische Tragödie 2001/2002. Kollaps des neoliberalen Modells im Cono Sur. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 12. Hamburg: VSA.

Boris, Dieter (2003): Der Kirchner-Effekt trifft den IWF. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung; Nr. 10; 2-3.

Boris, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, Soziale Bewegungen und Alternativen. Hamburg: VSA.

Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (2007): ABC der Alternativen. Von „Ästhetik des Widerstands“ bis „Ziviler Ungehorsam“. Hamburg: VSA.

Colectivo Situaciones (2003a): „Asambleas“: Die Versammlungen in den Stadtteilen. In: Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin: Assoziation A; 116-129.

Colectivo Situaciones (2003b): Über den Tausch zu einer neuen Ökonomie. Praxis und Probleme der Tauschnetzwerke in Argentinien. In: Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): ¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien, Berlin: Assoziation A; 152-160.

Edelmayer, Friedrich/Hausberger, Bernd/ Weinzierl, Michael (Hrsg.) (1996): Die beiden Amerikas. Die Neue Welt unter kolonialer Herrschaft. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.

Elsen, Susanne (2008): Die Ökonomie des Gemeinwesens. Eine sozialpolitische Entwicklungsaufgabe. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA; 101-109.

Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA; 11-24.

Engels, Friedrich (1970): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Im Anschluss an Lewis H. Morgans Forschungen. Berlin: Dietz.

Fritz, Barbara (2002): Reasons to cry Argentina. In: Brennpunkt Lateinamerika. Nr. 3/02; 25-32.

Furtado, Celso (1998): Desarrollo y Subdesarrollo. In: Cepal (1998): Cincuenta años de pensamiento en la Cepal. Vol. I; Santiago de Chile; 229-241.

Galeano, Eduardo (1986) [1971]: Die offenen Adern Lateinamerikas. 5. Auflage. Wuppertal: Peter Hammer.

Gesell, Silvio (1991) [1920]: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. In: Gesammelte Werke; Band 11. Lütjenburg: Gauke.

Habermann, Friederike (2004): Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien. Königstein/Taunus: Ulrike Helmer Verlag.

Habermann, Friederike/Möller, Carola/Peters, Ulla (2008): Solidarische Ökonomie kann Vieles sein. Zum Beispiel waren- und herrschaftskritisches Wirtschaften – Arbeiten – Leben. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA; 54-56.

Hafner, Astrid (2008): Mondragón – Erfolg auf der ganzen Linien? In: Solidarische Ökonomie. Dossier der Katholischen Sozialakademie Österreichs. 3/2008; 25-26.

Halimi, Serge (2006): Zu Besuch im Labor der Utopien. In: Le Monde Diplomatique Nr. 8045, 10-11. Berlin: TAZ.

Heinrich, Michael (2005): Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

Herbert, Gabriele (2006): Die „unsichtbare Hand“ in der Selbstverwaltung. In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA; 22-31.

Jäger, Johannes/Novy, Andreas (2003): Politische Implikationen von Entwicklungstheorien. Die Dialektik von theoretischer Praxis und Entwicklungsprozess. In: Fischer, Karin/et. al (Hrsg.) (2003): Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind; 91-102.

Kolland, Franz (2003): Entwicklungstheorien bis in die 1980er- Jahre und ihre politischen Implikationen. In: Fischer, Karin/et. al (Hrsg.) (2003): Internationale Entwicklung. Eine Einführung in Probleme, Mechanismen und Theorien. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind; 56-70.

Kurswechsel, editorial (2005): Alternative Ökonomien, Alternative Gesellschaften. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen. Nr. 1/05. Wien: Sonderzahl.

Laporte, Luis Nicolás (2003): La Red Global de Trueque Solidario. Una introducción. In: Hintze, Susana (Hrsg.) (2003): Trueque y Economía Solidaria. Buenos Aires: Prometeo Libros; 163-179.

Llanos, Mariana/Nolte, Detlef (2003): Menem wirft das Handtuch. Ein politischer Neuanfang in Argentinien unter Néstor Kirchner? In: Brennpunkt Lateinamerika. Nr. 10/03; 89-103.

Marx, Karl (1988) [1867]: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. 1. Band: Der Produktionsprozess des Kapitals. Hamburg: Faks. Ausgabe.

Morazan, Pedro (2004): Tangotanz auf dem Vulkan. Interne und externe Ursachen der Schuldenkrise. 3. Band: Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen. Siegburg: Südwind. 26-42.

Musacchio, Andrés/ Becker, Joachim (2007): La crisis argentina: Solo un problema cambiario? In: Becker, Joachim (Hrsg.): Cuando el capital golpe. Las crisis financieras en el Cono Sur. Montevideo (i.E.).

Nitsch, Wolfgang (2006): Das transformatorische Potenzial der Solidarischen Ökonomie. In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): Solidarische Ökonomie. Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Hamburg: VSA; 157-162.

Novy, Andreas (2002a): Die Methodologie interpretativer Sozialforschung. IIR Discussion Paper 2002/01.

Novy, Andreas (2002b): Entwicklung gestalten. Gesellschaftsveränderung in der Einen Welt. GEP. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.

Prebisch, Raúl (1998): El desarrollo económico de la América Latina y algunos de sus principales problemas. In: Cepal: Cincuenta años de pensamiento en la Cepal. Vol. I, Santiago de Chile; 63-129.

Rapoport, Mario (2006): *História Económica, Política y Social de la Argentina (1880-2003)*. Buenos Aires: Grupo Editorial Planeta.

Schillat, Monika (2008): Weil im Tauschring Zeit nicht Geld ist, wir keineR reich und niemand bleibt arm! In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA; 46-48.

Singer, Paul (2008): Die Solidarische Ökonomie in Brasilien. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA; 152-155.

Szentes, Tamás (2005): Development in the History of Economics. In: Jomo, Kwame Sundaram (Hrsg.) (2005): *The origins of development economics: How schools of economic thought have adressed development*. London: Zed books; 146-157.

Tavares, Maria da Conceição (1998): Auge y declinación del proceso de sustitución de importaciones en el Brasil. In: Cepal (1998): *Cincuenta años de pensamiento en la Cepal*. Vol. I; Santiago de Chile; 207-227.

Thimmel, Stefan (2003): Tauschbörsen: Gescheitertes Experiment oder Erfahrung für die Zukunft? In: Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): *¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*, Berlin: Assoziation A; 161-172.

Voß, Elisabeth (2008): Solidarische Ökonomien als Alternativen zum Neoliberalismus. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hrsg.) (2008): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA; 62-64.

Zibechi, Raúl (2003): Zum Produzieren braucht es keine Chefs! Besetzte Fabriken als Teil der Bewegung. In: Colectivo Situaciones (Hrsg.) (2003): *¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien*, Berlin: Assoziation A; 135-145.

Internetquellen

Auinger, Markus (2007): Arbeitsorganisation und Internationalisierung. Vom peripheren Fordismus zu Deregulierung und Solidarischer Ökonomie. 11/2007.

http://www.lai.at/wissenschaft/lehrgang/semester/ws-2007-08/rvo-ko/files/arbeitsorganisation_markus-auinger.pdf [Zugriff: 10.4.2009]

Ederer, Stefan (2007): Skriptum der Ringvorlesung: Grundlagen der Entwicklungsökonomie.

<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/files/lva/WS07Oekonomie1.pdf> [Zugriff: 25.1.2009]

Exner, Andreas/Grohmann, Stephanie (2005): Bye Bye Zinskritik... Über die Grenzen der Tauschkreise und den Unsinn der Freiwirtschaft. In: Streifzüge Magazin 33/2005.

<http://www.streifzuege.org/2005/bye-bye-zinskritik> [Zugriff: 22.03.2009]

Exner, Andreas (2009): Was ist oder soll sein Solidarische Ökonomie? 15.1.2009

<http://www.social-innovation.org/?p=1017> [Zugriff: 14.3.2009]

Freitag, die Ost-West-Wochenzeitung (2006): Stoßtrups der Regierung. Die Soziologin Maristella Svampa über die Zähmung des sozialen Protests in Argentinien und den neuen alten Peronismus des Präsidenten Néstor Kirchner. 7.7.2006

<http://www.freitag.de/2006/28/06280801.php> [Zugriff 25.7.2009]

Instituto Nacional de Estadística y Censos (2006):

- http://www.indec.gov.ar/nuevaweb/cuadros/74/pob_toct02.pdf (Abb.3) [Zugriff 23.7.2008]
- http://www.indec.gov.ar/nuevaweb/cuadros/74/pobreza_edad_sem_02_06.xls (Abb. 4) [Zugriff: 3.3.2009]
- http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Pobreza_1965-2005_Gran_Buenos_Aires.png (Abb.5) [Zugriff: 3.3.2009]

Jäger, Johannes/Novy, Andreas (2005): Internationale Politische Ökonomie. Mit Beispielen aus Lateinamerika. Lateinamerika-Studien Online.

<http://www.lateinamerika-studien.at/content/wirtschaft/ipo/pdf/theorien.pdf>
[Zugriff: 12.3.2009]

Kaller-Dietrich, Martina/Mayer, David (2005): Geschichte Lateinamerikas im 19. und 20. Jahrhunderts. Lateinamerika-Studien Online.
<http://www.lateinamerika-studien.at/content/geschichtepolitik/geschichte/geschichte-titel.html>
[Zugriff: 20.7.2009]

Ministerio do Trabalho e Emprego (MTE)
<http://www.mte.gov.br/institucional/historia.asp> [Zugriff 08.08.2009]

Roßmeißl, Barbara (2004): Tauschhandel in Argentinien: Möglichkeiten und Grenzen einer Parallelökonomie in Zeiten der Wirtschaftskrise. Diplomarbeit: Universität Passau.
http://www.sozialoekonomie.info/Forschung/Diplomarbeiten/DiPA_Rossmeissl_ue/dipa_rossmeissl_ue.html [Zugriff: 15.08.2009]

South End Press
<http://www.southendpress.org> [Zugriff: 03.03.2009]

Telematik, AutorInnenkollektiv (2001-2004): Politische Ökonomie. Frühkapitalismus.
<http://www.wu-wien.ac.at/inst/vw3/telematik/> [Zugriff: 5.3.2009]

Weltbank (2007): La informalidad en ALC. Barreras al crecimiento y al bienestar social.
<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/BANCOMUNDIAL/EXTSPPAISES/LACINSPANISHEXT/0,,contentMDK:21345557~pagePK:146736~piPK:226340~theSitePK:489669,00.html> [Zugriff: 15.4.2009]

Z-Communications
<http://www.zmag.org> [Zugriff: 03.03.2009]

ZUSAMMENFASSUNG

Die Untersuchung nähert sich dem alternativen Wirtschaftskonzept der Solidarischen Ökonomie mit dem Ziel ihr gesellschaftsveränderndes Potenzial als Entwicklungsmodell in Argentinien zu erörtern. Im Rahmen eines interdisziplinären Zugangs und basierend auf der Methodologie der interpretativen Sozialforschung wird der Forschungsgegenstand in die Entwicklungsökonomie eingebettet.

Auf den transformatorischen Anspruch der Solidarischen Ökonomie wird besonderes Augenmerk gelegt. Es werden Organisation und Formen der unterschiedlichen Ansätze und Projekte aufgezeigt und die Reichweite der Begrifflichkeit diskutiert. Die Entstehung der meisten neuen solidarökonomischen Bewegungen unter Bedingungen des globalisierten Kapitalismus ist in prekären, informellen Sektoren verortet. Die solidarökonomischen Ansätze werden auf dieses wechselseitige Verhältnis zur formellen kapitalistischen Marktwirtschaft untersucht.

Zudem wird Participatory Economics, die Vision eines ökonomischen Systems, dem partizipatorische Entscheidungsfindungsprozesse zur Steuerung der Wirtschaft zugrunde liegen, vorgestellt. Parecon begreift sich als emanzipatorische Wirtschaftstheorie sowie als Teil der Solidarischen Ökonomie.

Um die erläuterten Theorien in einen historisch-geographischen Kontext einzubetten, werden die verschiedenen relevanten Entwicklungsparadigmen der Geschichte Argentiniens unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Bewegungen aufgearbeitet. Letztendlich rückt die Praxis der Solidarischen Ökonomie in Argentinien, die seit den 1990er Jahren und insbesondere infolge der Wirtschaftskrise von 2001/02 starken Zulauf erfuhr, in den Vordergrund. Die solidarökonomischen Erfahrungen der argentinischen Tauschkreis-Bewegung werden in Form eines Fallbeispiel näher behandelt.

Die Arbeit soll einen Beitrag zur aktuellen Diskussion rund um die entwicklungsfördernden Potenziale Solidarischer Ökonomie leisten. Die aus der Analyse hervorgehenden Schlussfolgerungen betreffend die eingeschränkte Wirkungsspanne sowie die Unschärfe des Konzepts werden – ohne die Errungenschaften solidarökonomischer Unternehmungen zu diskreditieren – durch die Erfahrungen der argentinischen Tauschnetzwerke praktisch belegt.

SUMMARY

The thesis analyses the underlying potentials of Solidarity Economics to present an effective development policy in Argentina. Based on an interdisciplinary approach as well as on the method of interpretative social science, the research subject is incorporated into development economics.

Principles, functionalities and claimed ambitions by project holders of Solidarity Economics are being discussed. Since many projects evolve out of informal and precarious sectors of society, their relationship with the formal market economy will be studied.

Participatory Economics, a proposed economic system which uses participatory decision making as a mechanism to guide production, consumption and allocation, is being introduced in detail as the approach is conceived as a part of Solidarity Economics.

The historical-geographical context of Argentina is being presented by discussing the different development paradigms relevant in specific periods. The contributions of current social movements as well as the general contradictory behaviour inherent to capitalist market economy will be brought into focus.

A case study dealing with the Argentinian barter exchange network should eventually offer an insight into the practical experiences of Solidarity Economics. It should help finding answers to the proposed questions on potential transformations Solidarity Economics might imply.

LEBENS LAUF

Name:	Cornelia Redl
Geburtsdatum:	25.01.1984
Geburtsort:	Linz
Adresse:	Sechshauserstraße 5/18, 1150 Wien, Österreich
E-Mail:	cornelia_redl@yahoo.de

Bildungsweg

1994 - 2003	<i>Linz International School Auhof (L.I.S.A.)</i> , AHS mit Englisch als Unterrichtssprache.
Aug. 1999 - Jul. 2000	Teilnahme an Schüleraustausch in Mexiko: Außerordentliche Hörerin an der <i>Universidad del Valle Atemajác (UNIVA)</i> , Guadalajara.
Jun. 2003	Matura und zwei ‚Higher Level Certificates‘ des International Baccalaureate (IB) in Englisch und Spanisch.
Okt. 2003 - Nov. 2009	Studium der Internationalen Entwicklung, <i>Universität Wien</i> .
Nov. - Dez. 2005	Universitätsexkursion „ <i>Die boliviarische Revolution</i> “, Venezuela.
Feb. - Aug. 2007	Studienaufenthalt an der <i>Universidad de Buenos Aires (UBA)</i> , Argentinien - <i>LA-Stipendium</i> der Universität Wien.

Sprachen

Deutsch	Muttersprache
Englisch	Sehr gut (8-jährige Schulausbildung an AHS mit Unterrichtssprache Englisch)
Spanisch	Sehr gut (2 Sem. <i>UNIVA</i> , Mexiko und 1 Sem. <i>UBA</i> , Argentinien)
Französisch	Gut (6-jährige Schulausbildung)
Portugiesisch	Gut (Sprachkurse am Institut für Romanistik, <i>Universität Wien</i>)